

# Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

2/2020

THEMA IM FOKUS

## Europäische Perspektiven

4 | **Europäische Perspektiven**  
Analysen und Zukunftsszenarien  
von Ulrike Guérot

10 | **Europapolitisch denken  
und handeln**  
Die Europäische Union zwischen  
Effektivität, Partizipation und  
Legitimation  
von Jürgen Kalb

18 | **Ungleichheit in Europa**  
Was die Menschen erwarten und  
was jetzt getan werden muss  
von Sina Dürrenfeldt, Andrä Gärber  
und Thomas Hartmann

23 | **Europa er-fahren**  
Wie EU-Programme die Jugend  
und Jugendarbeit stärken  
von Claudius Siebel

30 | **What's politics got to do with it?**  
European youth work programmes  
and the development of critical  
youth citizenship  
von Yael Ohana

35 | **Europapolitische Bildung in  
der Schule**  
Oder: warum die nonformale  
politische Bildung gerade hier  
eine wichtige Aufgabe hat!  
von Ulrich Ballhausen

Außerschulische Bildung  
Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

2/2020



## Zu diesem Heft

Welche Perspektiven hat das europäische Projekt? Welchen Erzählungen wollen wir folgen, wenn wir auf Europa schauen? Stellen wir die Krisen, die die europäische Integration aktuell in Frage stellen, in den Mittelpunkt oder wollen wir eher Wege aufzeigen, wie eine Erneuerung Europas erfolgen kann und fragen, welche Rolle dabei die politische Bildung, die internationale Jugendarbeit und eine aktive europäische Bürgerschaft spielen können?

Die in dieser Ausgabe versammelten Beiträge knüpfen an eine jugendpolitische Initiative an, die in Heft 4/2016 der „Außerschulischen Bildung“ veröffentlicht wurde. Diese fragt danach, wie es gelingen könne, sich auf Europas Potenziale zu konzentrieren und diese zu stärken, und schlägt eine Erneuerung Europas in 10 Punkten vor.

Deutschland übernimmt am 1. Juli 2020 die Deutschen Ratspräsidentschaft sowie im November 2020 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats. Angesichts des weltweiten Ausbruchs der Coronapandemie werden diese Ämter mit ganz besonderen Herausforderungen verbunden sein. Damit Deutschland nicht nur als Krisenmanager auf aktuelle Problemlagen reagiert, braucht es Führungskraft, Integrations- und Vermittlungsfähigkeit und die Weitsicht, auch andere große europäische Themen wie die Gestaltung des Brexit, die Bewältigung der Klimakrise oder den zunehmenden Nationalismus einzelner Mitgliedsstaaten in den Blick zu nehmen.

Ausgehend von einer Analyse der gegenwärtigen Situation in Europa und der Frage, welches Europa sich die Menschen wünschen, werden in diesem Heft Perspektiven europäischer politischer Bildung vorgestellt. Zudem werden die Chancen, die eine Europäische Ratspräsidentschaft für die Ausgestaltung der Jugendpolitik hat, beschrieben.

Der Soziologe Heinz Bude sagt in einem Interview im Tagesspiegel (vom 21.04.2020): „Europa muss nicht auf der Intensivstation künstlich beatmet werden. Aber Europa hat gemerkt, dass ihm die Luft wegbleiben kann. Und wenn wir uns nicht gegenseitig Sauerstoff zur Verfügung stellen, dann krepieren wir.“ Er zeigt damit – verpackt in einem hochaktuellem, drastischen Sprachbild – wie wichtig europäische Solidarität, Einigkeit und Geschlossenheit sind. Welchen Beitrag die politische Bildung hier leisten kann und muss, soll in dieser Ausgabe deutlich werden.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



*Friedrun Erben*

Friedrun Erben

### Thema des nächsten Heftes:

Die Klimakrise und die gesellschaftlichen Folgen

### Thema im Fokus:

#### Europäische Perspektiven

- 4 **Europäische Perspektiven** von Ulrike Guérot
- 10 **Europapolitisch denken und handeln** von Jürgen Kalb
- 18 **Ungleichheit in Europa** von Sina Dürrenfeldt, Andra Gärber und Thomas Hartmann
- 23 **Europa er-fahren** von Claudius Siebel
- 30 **What's politics got to do with it?** von Yael Ohana
- 35 **Europapolitische Bildung in der Schule** von Ulrich Ballhausen
- 38 **Die Bedeutung des Quality Label for Youth Centres für das wannseeFORUM** Interview mit Dr. Roman Fröhlich und Tina Leskien, Stiftung wannseeFORUM

### Forum

- 41 **„Bildung passiert in Wechselwirkung“** von Christine Zeuner und Antje Pabst

### Politische Bildung praktisch

- 49 **Wege ins Ausland für junge Menschen mit weniger Möglichkeiten – Inspiration Frankreich** von Judith Breuer

### Jahresthema im AdB

- 55 **Wenn sich alles verändert** von Ursula Münch

### Rezensionen

- 61 **Rezensionen**

### AdB aktuell

- 72 **AdB aktuell**

### Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 81 **Personalien**
- 83 **Aus Profession und Politik**
- 89 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 92 **Veranstaltungen**
- 93 **Zeitschriftenschau**
- 95 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: [www.adb.de/zeitschrift\\_ab](http://www.adb.de/zeitschrift_ab)  
Ab der Ausgabe 1/2020 erscheint die Fachzeitschrift als Print- und Online-Ausgabe unter <https://fachzeitschrift.adb.de>

# Europäische Perspektiven

## Analysen und Zukunftsszenarien

**Was prägt die europäische Identität und wie kann die europäische Demokratie gestaltet werden? Welche Werte sind mit Europa verbunden? In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass europäische Werte nur dann etwas wert sind, wenn sie in ein Recht gegossen sind. Aus diesem Grund wird die europäische Rechtsetzung in den Fokus gerückt und die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft verstanden, bei der der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz für alle Bürger\*innen Europas gleichermaßen gilt.** von Ulrike Guérot

„Einheit in Vielfalt“ lautet das europäische Mantra schlechthin. Gerade Europa-Gegner nutzen es derzeit gerne, um dem europäischen Einigungsbemühen das Subsidiaritätsprinzip entgegenzustellen, demzufolge jede kleinere Einheit das machen soll, was sie besser kann. Der Idee der europäischen Einigung wird gerne unterstellt, sie wolle einen zentralisierten Staat und eine „Einheitssoße“ europäischer Identität schaffen, bei dem die nationalen Charakteristika verloren gingen. Aber ist das sinnvoll? Oft erscheint der Begriff Subsidiarität wie eine Chiffre, die im Grunde besagt, dass Europa im Kleinen, im Leben der Menschen vor Ort nichts zu suchen habe, sondern sich um das Große und Ganze kümmern solle. Europa, kurz gesagt, solle nicht in die Alltagsbelange der Menschen hereingreifen. Eine Demokratie aber funktioniert durch Beteiligung, nicht durch Heraushalten. Nicht umsonst drängt darum der Begriff der europäischen *Souveränität* vehement in die Debatte, der dem Begriff der *Subsidiarität* diametral gegenübersteht. Denn der Begriff der Subsidiarität ist strukturell inkompatibel mit einem europäischen Gemeinwesen, das sich prinzipiell dem Grundsatz der Rechtsgleichheit verschrieben hat, und nichts anderes ist die EU-Rechtsgemeinschaft im Kern. Als hybride EU-Rechtsgemeinschaft sichert die EU prinzipi-

ell transnationale Rechtsgleichheit und Rechtsstaatlichkeit für EU-Mitgliedsstaaten, man könnte sogar sagen, die EU ist nichts anderes als eine Rechtsgemeinschaft: „*L'Europe est nulle part plus réelle que dans le domaine du droit*“. So formulierte es einmal die französische Soziologin *Dominique Schnapper* (Schnapper 1994). Das derzeitige Gerede über europäische Identität, Werte oder Nation aber lenkt davon im Grunde ab: Werte sind nur dann etwas wert, wenn sie in Recht gegossen sind, insofern wird die Frage der europäischen Rechtsetzung zur entscheidenden Frage: Wer kann in Europa durchsetzen, was er will?

### Europäische Lagerbildung

Zunehmend stehen sich zwei gesamteuropäische Lager gegenüber: das Lager der sogenannten europäischen Identitären, die sich interessanterweise paneuropäisch organisieren, wie bei dem Parteitag von Fréjus im September 2018, wo sich das französische *Rassemblement National*, die österreichische FPÖ, Repräsentanten der PiS oder der AfD als Nationalisten einvernehmlich für ein „Europa der Vaterländer“ ausgesprochen haben; und die links-liberale, demokratische europäische Mitte von *Yanis Varoufakis* bis *Emmanuel Macron*, die für ein offenes, demokratisches,

liberales bzw. soziales Europa eintritt. Wichtig ist hier, dass der Kampf um Europa inzwischen paneuropäisch geführt wird, die politischen Strukturen dies indes noch nicht abbilden: Am 7. Februar 2018 scheiterte die Einführung sogenannter transnationaler Listen im Europäischen Parlament maßgeblich an den Stimmen der konservativen EVP. Wo der politische Frontverlauf längst pan-europäisch und transnational ist, zwingen die Strukturen die politische Auseinandersetzung gleichsam immer noch in nationale, demokratische Korsette: weder gibt es veritable transnationale Listen in Europa, noch ein europäisches Parteienstatut. Die derzeitigen europäischen Parteien sind *nur* Zusammenschlüsse nationaler Parteien. Anders formuliert, es gibt politischen Druck auf die nationalen Parteiensysteme in ganz Europa, sich europäisch zu organisieren. Man könnte auch sagen: Derzeit sprengt ein politischer Prozess in Europa die nationalen Parteiensysteme und die europäische Demokratie sucht sich Bahn zu brechen bzw. einen neuen politischen Körper auf europäischer Ebene zu formieren.

Diese europäische Politisierung ist neu. Der eher technokratische oder zweckfunktionale Charakter der EU-Rechtsgemeinschaft wurde bisher im Grunde nie bestritten. Heute aber stehen die legitimatorischen Grundlagen der EU im Mittelpunkt der Kritik. Derzeit spalten sich fast alle europäischen Staaten, ihre Parteiensysteme und die Gesellschaften entlang der Frage: Wie hältst du es mit Europa? Diese Frage ersetzt zunehmend das politische Rechts-Links-Schema: Frankreich ist gespalten entlang der Linie *Emmanuel Macron vs. Marine Le Pen*, Italien ist in zwei Teile zerfallen, Großbritannien ist gespalten in #Remain und #Brexit, Polen in PiS-Anhänger und Gegner, Deutschland in #PulseofEuope und Pegida usw. Die europäische Frage wird mithin zur strukturierenden Frage aller nationalen Demokratien in Europa und damit ist die Frage gestellt, ob die – inzwischen nur mehr 27 – nationalen Demokratien der heutigen EU in eine *gemeinsame* europäische Demokratie überführt werden können, damit die pan-europäische politische Auseinandersetzung auch institutionell auf europäischer Ebene erfolgen kann und nicht mehr in nationale Bahnen gepresst werden muss. Und wenn ja, wie?

### Ohne Verfassung ist alles nichts

Die nationalen Parlamente sind *nicht mehr*, das europäische Parlament ist *noch nicht* richtig zuständig. Grundsätzlich überragt die Frage „*Wer entscheidet eigentlich in Europa? Die EU oder der Nationalstaat?*“ alle europäischen Debatten, egal ob in der europäischen Sicherheitspolitik,

*Frontex* und der Flüchtlingspolitik, der digitalen Agenda, der Euro-Rettung oder beim Brexit. Eine EU-Rechtsgemeinschaft, zumal eine, die ihr Recht nicht durchsetzen kann, ist eben keine europäische Demokratie, und um deren Schaffung geht es jetzt, denn, wie *Alexander Hamilton* einst sagte: Ohne Verfassung ist alles nichts. Seit der gescheiterten europäischen Verfassungsdebatte ringt die EU konsequenterweise um ihre Verfasstheit! Exemplarisch soll hier verwiesen werden auf die Schwierigkeit der EU, das EuGH-Urteil zum Verteilungsschlüssel in der Flüchtlingskrise durchzusetzen, oder auch bei diversen Alleingängen der nationalen Grenzschießung angesichts der Schwierigkeiten bei der Sicherung der EU-Außengrenze. Ferner auf die Schwierigkeiten der EU, die Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Ländern (Ungarn oder Polen) zu sichern, wo sich mit Blick auf die Aushebelung der Unabhängigkeit der Justiz die Machtlosigkeit der Venedig-Kommission zeigt. Oder der im Zuge des Eurokrisenmanagements rechtlich fragwürdige Zu- bzw. Durchgriff der europäischen Troika auf Dinge, die eigentlich im Zugriffsbereich nationalen griechischen oder portugiesischen Rechts lagen (z. B. Rechte der Gewerkschaften, Tarifrecht, Steuerrecht oder Renten), was durch das „*Memorandum of Understanding*“ konterkariert und deswegen auch heftig kritisiert wurde.

---

## Werte sind nur dann etwas wert, wenn sie in Recht gegossen sind, insofern wird die Frage der europäischen Rechtssetzung zur entscheidenden Frage: Wer kann in Europa durchsetzen, was er will?

Entstanden ist eine Situation, in der die Rechtssetzungs- und Durchsetzungsfähigkeit der EU nicht mehr klar umrissen ist. Wie soll die EU auch in nationale Entscheidungen z. B. in Polen hineingrätschen, wenn diese vom polnischen Parlament ganz legal mit Mehrheit beschlossen wurden? Man erkennt schnell, dass die Frage der europäischen Demokratie – nämlich wie entscheiden wir legitim zusammen oder anders formuliert: Wer ist der Souverän der europäischen Entscheidungen? – vehement gestellt ist. Nationale Regierungen entziehen sich zunehmend europäischen Entscheidungen, wenn diese ihnen nicht passen. Der Rekurs auf „nationale Werte“ verklausuliert hier allzu oft den →

Wunsch, sich europäischer Rechtsetzung aufgrund anderer politischer Präferenzen zu entziehen.

Wenn die EU aber – mal mehr, mal weniger – Recht nicht mehr durchsetzen kann, ist sie dann noch eine Rechtsgemeinschaft? Zentral geht es heute im europäischen Diskurs um die Frage: Wer ist der Souverän in Europa? Im Sinne von *Max Weber* hat die EU nicht das legitime Gewaltmonopol. Es endet, je politischer der Sachverhalt – immer häufiger – an nationalen Grenzen. Die EU und die (vermeintlich) souveränen Nationalstaaten arbeiten in vielen Fällen gegeneinander. Wenn ein souveräner Nationalstaat in seiner Essenz aber nichts anderes ist, als die Fähigkeit, auf einem bestimmten Territorium Recht zu setzen und zu sanktionieren, dann sind die Mitgliedsstaaten der EU und die EU als Rechtsgemeinschaft strukturell in ihrer Rechtsetzungsfähigkeit inkompatibel, wenn beide Rechtsetzungsfähigkeit für sich beanspruchen.

Die ansonsten im Diskurs begrüßte Politisierung der EU hat darum in den letzten Monaten verstärkt den Begriff der europäischen Souveränität in den Mittelpunkt der Debatte gestellt. Nicht Integration, sondern *europäische Souveränität, Einheit, Demokratie* waren z. B. auch die Begriffe, die *Emmanuel Macron* in seinen inzwischen vier Europareden in Athen, an der Sorbonne, in Brüssel und Aachen bemüht hat. Im öffentlichen Diskurs oft unterbelichtet ist nämlich, dass viele der gängigen europapolitischen Forderungen z. B. zur Verbesserung der Eurozone-Governance nicht ohne legitimatorische Rückkoppelung funktionieren können. Die vielzitierte, schlaglichtartig kommentierte Schaffung z. B. eines „Euro-Finanzministers“ oder auch eines „Eurozonenbudgets“ – zentrale Forderungen von *Emmanuel Macron* – könnten erst dann gelingen, wenn dieser Euro-Finanzminister sein Euro-Budget einem Parlament gegenüber voll verantworten müsste; und dieses Parlament müsste auf Wahlrechtsgleichheit beruhen, die derzeit im EP eben nicht gegeben ist.

Nicht umsonst ist seit der *Magna Charta* das Haushaltsrecht das höchste Recht eines Parlamentes, intrinsisch gekoppelt an die Steuererhebungskapazität („*The right to tax*“) und schließlich an die Legitimität des Parlamentes („*no taxation without representation*“) und den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz („*one person, one vote*“). Nichts davon ist in der derzeitigen EU-Struktur gegeben. Die Realisierung dieser drei klassischen demokratietheoretischen Grundsätze in Europa wäre darum der Schlüssel für eine europäische Demokratie bzw. die Überführung der traditionellen EU-Rechtsgemeinschaft zu einer europäischen Demokratie. In dieser Hinsicht geht es

weniger um eine „Neubegründung Europas“, als vielmehr um die Komplementierung der EU um *eine* entscheidende Komponente, nämlich den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz für alle europäischen Bürger\*innen Europas.

### „Alle Souveränität geht vom Volke aus“

„Alle Souveränität geht vom Volke aus,“ so steht es in vielen Verfassungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Frei nach *Kurt Tucholsky* möchte man fragen: „*Und wo geht sie hin?*“ In der Tat ist die Souveränität der politischen Subjekte der EU, nämlich der europäischen Bürger\*innen Europas, gleichsam im Europäischen Rat versenkt, schwer fassbar, intransparent und auch nur indirekt legitimiert. Denkt man also über europäische Souveränität nach bzw. möchte man die Frontstellung von EU und EU-Mitgliedsstaaten mit Blick auf Souveränität – verstanden als Rechtssetzungsfähigkeit – durchbrechen, dann geht es zentral um die Abschaffung des Europäischen Rates und um die Aufwertung der Souveränität der europäischen Bürger\*innen als politische Subjekte durch eine vollständige Parlamentarisierung des EU-Systems inklusive Gewaltenteilung. Genau dies würde das oft beklagte europäische Demokratiedefizit beheben.



Was prägt die europäische Identität und wie kann die europäische Demokratie gestaltet werden? Foto: Melanie Haase, Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V.

Die Auflösung der Frage nach der Souveränität zugunsten der europäischen Bürger\*innen im politischen System Europas scheitert aber maßgeblich daran, dass diese in ihrer Gänze in Europa keine Rechtsgleichheit genießen, nicht bei Wahlen, nicht bei Steuern und nicht beim Zugang zu sozialen Rechten, also vor allem in den Bereichen, die ihren Status als Bürger\*innen ausmachen. Damit harrt

die Grundannahme des *Maastrichter Vertrages* von 1992 („*Ever closer Union*“), nämlich, dass die EU eine „*Union of States*“ und eine „*Union of citizens*“ ist, ihrer normativen Unterfütterung. De facto ist die EU nur eine „*Union of States*“ und noch keine „*Union of citizens*“, gerade weil der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz nicht für alle europäischen Bürger\*innen gleichermaßen gilt. Anders formuliert: Bezeichnet man die EU-Rechtsgemeinschaft als gemeinsamen rechtsstaatlichen Rahmen für die vier europäischen Freiheiten – Personen, Dienstleistungen, Kapital und Güter – dann bietet die EU, knapp formuliert, transnationale Rechtsgleichheit für Güter (Binnenmarkt), Kapital (Währungs- bzw. Geldgleichheit durch den Euro) und Dienstleistungen bzw. „Arbeitskräfte“ (im Unterschied zu Personen), aber nicht für *Personen* selbst, die in ihren bürgerlichen Belangen als *Citoyen* in „nationalen Rechtscontainern“ fragmentiert bleiben, aber die eigentlichen politischen Subjekte und mithin der Souverän des politischen Systems Europas sind.

## Der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz ist der Sockel jeder Demokratie, ihre notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung.

In einer europäischen Demokratie – sofern diese wirklich angestrebt wird – würden die europäischen Bürger\*innen zwingenderweise in einem *electoral body*, basierend auf dem allgemein politischen Gleichheitsgrundsatz, alle zusammen entscheiden. In seinem berühmten Buch „*Le Sacre du Citoyen*“ schreibt der französische Soziologe *Pierre Rosanvallon* (2001), dass das, was Bürger\*innen zu einer politischen Einheit macht, nichts anderes ist als der Akt der „allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl.“ Derzeit wird das Europäische Parlament zwar allgemein, direkt und geheim gewählt, aber nicht *gleich*, denn das Prinzip „*eine Person, eine Stimme*“ gilt nicht, was im Übrigen auch die einschlägige Kritik des deutschen Bundesverfassungsgerichtes an der Demokratiegenügsamkeit des Europäischen Parlaments ist. Der erste konkrete Schritt zur Begründung einer europäischen Demokratie wäre also die Erstellung eines gesamteuropäischen Wählerregisters, das alle europäischen Bürger\*innen, die heute in den 27 Mitgliedsstaaten gemeldet sind, von A bis Z auflistet. Warum sollte das eigentlich so schwer sein?

### Institutionalisierte Solidarität

Fatalerweise wird der europäische Diskurs über europäische Bürgerschaft indes weitestgehend kulturell geführt: Selten gab es so viele Diskussionen über *European citizens* oder *European citizenship* wie heute. Fast immer aber wird versucht, dem Begriff des *European Citizens* eine gemeinsame europäische Identität oder ein gemeinsames, kulturelles Werteverständnis abzurufen, wobei die „Werte“ dabei selten spezifiziert werden oder sich eher auf Primärtugenden wie etwa Solidarität oder Toleranz beziehen. Sehr häufig wird dabei das Argument ins Feld geführt, dass eine europäische Demokratie nicht ohne eine „europäische Öffentlichkeit“, einen „europäischen Demos“ oder eine „gemeinsame europäische Identität“ begründet werden könne. Übersehen wird in dieser Diskussion, dass Rechtsgleichheit weder Zentralisierung, noch kulturelle Uniformierung bedeutet. Das europäische Mantra von der „Einheit in Vielfalt“ würde lediglich ausdifferenziert in „normative Einheit bei kultureller Vielfalt“, so wie dies in allen europäischen Republiken (*République Française*, Bundesrepublik Deutschland, *Repubblica Italiana*) der Fall ist, die ihren Bürgern (normativ) bürgerliche Rechtsgleichheit bieten bei kultureller Vielfalt: Korsen und Bretonen sind nicht durch eine gemeinsame Kultur, nicht einmal Sprache geeint in der *République Française*, sondern durch gemeinsames Recht; ebenso wird in der Bundesrepublik von Rügen bis München trotz sowohl kultureller Unterschiede als auch eines sozioökonomischen Gefälles das gleiche Arbeitslosengeld gezahlt. Dies auf Europa zu übertragen, wäre der Durchbruch zu der Idee einer Europäischen Republik, in dem *normativ* bestimmt wird, was es eigentlich heißt, Bürger\*in einer europäischen Demokratie zu sein.

Genau darum setzt *Armin von Bogdandy* in seiner im Jahr 2017 erschienenen Studie über die Weiterentwicklung der EU-Rechtsgemeinschaft bei dem Begriff des Rechtsraums an, um die hybride EU-Rechtsgemeinschaft in einen politisierten, europäischen Rechtsraum zu überführen. Der *Raub*begriff ist darum zentral, weil er die europäischen Bürger\*innen – also die Personen – umfasst, die auf dem Territorium der heutigen EU buchstäblich ihre Füße auf den europäischen Boden stellen. Sie gleichsam in die EU-Rechtsgemeinschaft aufzunehmen, hieße, die EU-Rechtsgemeinschaft durch die Verwirklichung des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes auf die politischen Subjekte der EU – die europäischen Bürger\*innen – auszudehnen und damit einen politischen Rechtsraum als Grundlage für eine europäische Demokratie zu begründen: Jenseits nationaler Herkunft und kultureller Identität wären die europä- →



ischen Bürger\*innen gleich vor dem Recht in ihren bürgerlichen Belangen. (Alt)Historiker weisen darauf hin, dass weder Zentralisierung noch kulturelle Einheit die zentralen, stabilisierenden Elemente von großen politischen Einheiten, z. B. des Römischen Reiches, gewesen sind, sondern Rechtsgleichheit, eine einheitliche Bürokratie sowie eine Währung.



„Einheit in Vielfalt“ – AdB-Projekt „SemiFit on Citizenship Education“ (Erasmus+); Projektauftritt in Almunecar, Spanien  
Foto: Stefanie Mayrwörger

Dazu passt, dass, funktional besehen, eine Nation oder eine Demokratie – so wie heute in den europäischen Nationalstaaten verfasst – letztlich *institutionalisierte Solidarität* ist, also Rechtsgleichheit in sozioökonomischen Belangen (z. B. Steuergleichheit). Im Sinne des französischen Soziologen *Marcel Mauss* ist eine Nation letztlich nichts anderes als „*institutionalisierte Solidarität*“ einer Gruppe von Individuen, die sich ihrer wechselseitigen ökonomischen und sozialen Abhängigkeit bewusst wird (Mauss 2017). Dies verweist treffgenau auf die aktuelle europäische Debatte. Letztlich ringt Europa, wenn es heute bei den Vorschlägen von *Emmanuel Macron* um einen europäischen Finanzminister oder einen Euro-Haushalt geht, um nichts anderes als um „*institutionalisierte Solidarität*“.

### Zum Schluss

Soll Europa wirklich, wie vielfach diskutiert und gefordert, eine Demokratie werden, dann muss der Preis entrichtet werden: der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz für alle Bürger\*innen Europas. Zumal ersten empirischen Studien zufolge die Bürger\*innen gegen den Grundsatz allgemeiner Rechtsgleichheit auch in sozialen oder fiskalischen Fragen, also z. B. eine europäische Arbeitslosenversicherung, nichts einzuwenden hätten. Das

Problem der europäischen Demokratie ist nicht, dass die europäischen Bürger\*innen in ihrer Mehrheit dagegen sind, sondern dass sie, ungleich ihrer Vorläuferprojekte Markt und Währung, keinen ökonomischen Treiber hat, was dazu führt, dass starke politische Akteure (z. B. Banken und Industrie), die am gemeinsamen Markt und an der Euro-Währung ein dezidiertes ökonomisches Interesse hatten, an der europäischen Demokratie eben kein Interesse haben. Denn an der europäischen Demokratie ist – *strictu sensu* – nichts zu verdienen, sondern europäische Demokratie hat einen Preis: Der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz für alle europäischen Bürger\*innen würde natürlich etwas kosten, nämlich die Verortung des „*Contrat Social*“, des Gesellschaftsvertrages auf der europäischen Ebene. Man kann das nicht wollen und z. B. gegen die Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung sein oder über die Idee europaweiter Tarifverträge schimpfen. Aber Europa wird sozial oder es wird nicht sein und eine europäische Demokratie kann eben nicht entstehen, wenn Bürger\*innen verschiedener Nationen sozial und ökonomisch gegeneinander ausgespielt werden.

## Nach dem einen Markt und der einen Währung ist heute die Zeit gekommen, die eine, gemeinsame Demokratie in Europa – eine Europäische Republik – als politisches Ziel in Angriff zu nehmen, um das europäische Projekt im 21. Jahrhundert zu vollenden.

Dadurch würde zur Gleichheit der Güter im Binnenmarkt und zur Geldgleichheit (Euro) die rechtliche Gleichheit der europäischen Bürger\*innen als politische Subjekte addiert: Genau dies wäre die Grundlage für eine europäische Demokratie und der Sprung in eine Europäische Republik. Dem Euro und der IBAN-Nummer müsste deswegen perspektivisch zunächst ein gemeinsames europäisches Wählerregister von A bis Z folgen, z. B. für die Europawahlen 2024; dann eine europäische Sozialversicherungs- bzw. eine Steuernummer (ESSN) für alle europäischen Bürger\*innen. Die europäische Solidarität wäre institutionalisiert und nicht mehr beliebig. Dies könnte im

Rahmen einer Stichtagsregelung, z. B. ab Januar 2025 geschehen, genauso wie beim Euro bzw. der IBAN-Nummer. Es könnte dabei sogar Bestandssicherung gegeben, z. B., dass die ESSN nur für ab Stichtag Geborene gilt und alle anderen europäischen Bürger\*innen in ihren bisherigen nationalen Systemen verbleiben. Dies wäre ein gleichsam organischer Übergang in einen politisierten und gemeinsamen europäischen Rechtsraum und eine Gemeinschaft von Bürgern gleichen Rechts, also eine Staatsbürgergemeinschaft oder eben eine Europäische Republik. Europäische Verfassungsexperten müssten prüfen, ob dazu überhaupt eine europäische Vertragsänderung notwendig wäre. Es wäre die große Reformation Europas! Im neuen, vielmehr: vollendeten Europa – ein Markt, eine Währung, eine Demokratie – wären die Bürger der Souverän des politischen Systems, vor dem Recht wären alle gleich, das Parlament entscheidet und es gilt Gewaltenteilung. Der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz ist der Sockel jeder Demokratie, ihre notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung. Dafür müsste man sich nur an jene Definition der Nation von *Theodor Schieder* erinnern, der bereits 1964 bemerkt hat: „Nation, das heißt in erster Linie Staatsbürgergemeinschaft, nicht Sprache, Ethnie oder Kultur.“ (Schieder 1964)

Wäre das radikal? Nein, gar nicht: Wer das Manifest der italienischen Anti-Faschisten von Ventotene von 1944 liest, findet darin genau diese Forderung nach einer europäischen Staatsbürgergemeinschaft. Und auch *Jean Monnet* hat gesagt: „Europa, das heißt nicht, Staaten zu integrieren, sondern Bürger zu einen.“ Diejenigen aber, die sich in den Status der Rechtsgleichheit begeben, die also den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz für sich jenseits von Herkunft akzeptieren – so heißt es in der Definition von *Cicero* – begründen eine Republik. Nach dem *einen* Markt und der *einen* Währung ist heute die Zeit gekommen, die eine, gemeinsame Demokratie in Europa – eine Europäische Republik – als politisches Ziel in Angriff zu nehmen, um das europäische Projekt im 21. Jahrhundert zu vollenden.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

## Zur Autorin



**Professorin Dr. Ulrike Guérot** ist Leiterin des Departments für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems und Gründerin des European Democracy Labs in Berlin. Zuvor arbeitete sie in europäischen Think Tanks und Universitäten in Paris, Brüssel, London, Washington und Berlin. Ihre Bücher „Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie“ (2016, Dietz) und „Der Europäische Bürgerkrieg – Das offene Europa und seine Feinde“ (2017, Ullstein) wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt. 2019 erschienen ihre beiden Essays „Wie hältst du’s mit Europa?“ und „Was ist die Nation?“ bei Steidl/IFA. Im Herbst 2019 wurde sie mit dem Paul-Watzlawick-Ehrenring sowie dem Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung ausgezeichnet.

ded@donau-uni.ac.at

## Literatur

**Bogdandy, Armin von (2017):** Von der technokratischen Rechtsgemeinschaft zum politisierten Rechtsraum – Probleme und Entwicklungslinien in der Grundbegrifflichkeit des Europarechts. Max Planck Institute for Comparative Public Law & International Law (MPII) Research Paper No. 2017–12

**Mauss, Marcel (2017):** Die Nation oder der Sinn fürs Soziale. Institut für Sozialforschung, Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, Bd. 25. Frankfurt am Main: Campus-Verlag

**Rosanvallon, Pierre (2001):** Le Sacre du Citoyen: Histoire du suffrage universel en France (Folio Histoire). Paris: GALLIMARD

**Schieder, Theodor (1964):** Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften Heft 119. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag

**Schnapper, Dominique (1994):** La Communauté des Citoyens. Sur l’idée moderne de la Nation. Paris: Gallimard

# Europapolitisch denken und handeln

## Die Europäische Union zwischen Effektivität, Partizipation und Legitimation

**Wenn auch die Europäische Kommission Anfang April 2020 einen umfangreichen „Marshall-Plan für Europa“ zur Abmilderung der Coronavirus-Krise vorlegte, lässt sich schwerlich leugnen, dass sich die EU in den ersten Wochen der Krise vor allem durch nationale Egoismen, Grenzschließungen und Reiseverbote auszeichnete. Deutschland verhängte gar ein Exportverbot für medizinische Ausrüstung. Und wieder einmal erwies sich der Europäische Rat als größte Integrationsbremse. Der Beitrag nimmt dies zum Anlass, einen Rückblick auf das letzte Jahrzehnt der EU zu wagen und die Spannungen zwischen der Effektivität ihrer Beschlüsse, der Partizipation in und Legitimation der EU zu diskutieren.** von Jürgen Kalb

Obwohl die Europäischen Gemeinschaften von Beginn an in all ihren Etappen stets im Krisenmodus erschienen, erlebte die Europäische Union im vergangenen Jahrzehnt doch die größten Turbulenzen ihrer Geschichte: weltweite Finanzkrise, Euro-Krise, hohe Jugendarbeitslosigkeit, Migrations- bzw. Asylrechtskrise, aufkommender Nationalismus und Rechtspopulismus in den Mitgliedstaaten, zunehmende Kriegsschauplätze wie Ukraine, Syrien, Libyen und in Schwarzafrika, Brexit mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU Ende Januar 2020 und schließlich (vorerst) das Scheitern der Haushaltsberatungen (2021–2027) der EU.

Neben den vier besonders auf Sparpolitik insistierenden Ländern Dänemark, Niederlande, Österreich und Schweden gilt auch die Bundesrepublik Deutschland trotz ihrer prinzipiellen Bereitschaft, ihren Beitrag nach dem Brexit etwas zu erhöhen, zu den Bremsern bei einem deutlich erhöhten EU-Etat. Bei den Etatberatungen blieb zudem strittig, ob Mitgliedstaaten wie z. B. Polen und Ungarn, die gegen rechtsstaatliche Normen der EU verstoßen und sich weigern, Asylsuchende aufzunehmen, durch niedrigere Auszahlungen von z. B. Agrarsubventionen sanktioniert werden sollen und können. Mit deutlichen Worten hat be-

reits 2016 der damalige EU-Kommissionschef *Jean-Claude Juncker* die Lage der EU skizziert: Im ZDF sprach er von einer „Polykrise“: „An allen Ecken und Enden brennt es.“

Doch trotz aller Krisen des vergangenen Jahrzehnts sehen die Menschen in Deutschland und großen Teilen Europas die EU nach wie vor überwiegend positiv. 70 % der Deutschen halten z. B. die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für „eine gute Sache“, nur 11 % teilen diese Auffassung nicht. Dies ging jüngst wieder aus einer Umfrage des *Instituts YouGov* im Auftrag u. a. der Zeitung *DIE WELT* (vgl. Geiger/Mülherr 2019) in acht ausgewählten Ländern der EU hervor. Eurobarometerumfragen bestätigen dies weitgehend, wenn man einmal von den Ergebnissen in Großbritannien und Griechenland absieht.

### Die Europawahlen 2019 und das Gerangel um den Posten der Kommissionspräsidentin

Und auch die Wahlen im Mai 2019 zum Europäischen Parlament zeigten bei den meisten EU-Befürwortern Erleichterung. Der befürchtete Rechtsruck blieb bei der Europawahl insgesamt aus, auch wenn in Italien, Frankreich, Ungarn, Polen, Tschechien, Schweden, Slowenien und Deutschland die populistischen und europakritischen

Parteien deutlich zulegen. Dazu kommt, dass auf europäischer Ebene Christdemokraten (EVP) und Sozialdemokraten (S&D) deutlich Stimmen abgegeben haben. Beide großen Fraktionen verloren quer durch Europa und damit die gemeinsame Mehrheit im Europaparlament, trotz der guten Ergebnisse der Sozialisten in den Niederlanden, in Spanien und Portugal. Erfolge feierten hingegen Grüne und Liberale (ALDE & R). Gut die Hälfte der Sitze der liberalen Fraktion ging allerdings auf das Konto von *Emmanuel Macron* und seiner Bewegung *La République en Marche*, die bei zentralen sozialen Fragen andere Positionen vertritt als die Liberalen. Die Rechtspopulisten haben sich derzeit in der Fraktion *Identität und Demokratie* (ID) im EU-Parlament zusammengeschlossen und besitzen nach dem Austritt Großbritanniens 76 von 704 Sitzen. Die polnische PiS, noch immer national Regierungspartei, ist im Übrigen nicht Mitglied der ID geworden.

Was sich allerdings dann nach den Wahlen in den EU-Institutionen abspielte, fiel selbst hartgesottenen EU-Sympathisanten schwer, wohlwollend zu kommentieren. Im Lissaboner-Vertrag heißt es noch: „Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.“ (Vertrag über die Europäische Union, Artikel 17 Absatz 7)

Am 2. Juli 2019 schlugen die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Sondertreffen in Brüssel dann allerdings überraschend *Ursula von der Leyen* als EU-Kommissionspräsidentin vor. 27 der damals noch 28 Staats- und Regierungschefs sprachen sich für die deutsche Verteidigungsministerin aus. Nur Bundeskanzlerin *Angela Merkel* enthielt sich der Stimme, weil sich die Große Koalition in Berlin nicht einig war. *Ursula von der Leyen* (CDU) hatte sich nicht für ein Mandat im Europaparlament beworben, sie war keine Spitzenkandidatin während der Europawahl und während der Wahl nicht für dieses Amt im Gespräch. Erst am 2. Juli wurde sie überhaupt für das Amt in Betracht gezogen, da kein anderer Kandidat, keine andere Kandidatin mehrheitsfähig war.

Die Personalie *Ursula von der Leyen* kam für viele überraschend aus dem Rat der Staats- und Regierungschefs, der hier das Vorschlagsrecht besitzt, und widersprach nach Ansicht vieler Beobachter dem bisher gültigen Konzept der Spitzenkandidaten\*innen, mit dem Wähler\*innen mit ihrer Wahlentscheidung über das Spitzenpersonal der EU ent-

scheiden sollten. Das letzte Wort hatte am 16. Juli 2019 allerdings das EU-Parlament. Dort musste *von der Leyen* viel Überzeugungsarbeit leisten und mit einem ehrgeizigen Programm aufwarten, aus dem die Medien insbesondere den Teil eines „Green New Deals“ im Umfang von einer Billion Euro heraushoben. Die Kommissionspräsidentin versprach, ein ehrgeiziges Programm aufzulegen, um die vorrangigen Zukunftsaufgabe der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes mutig voranzutreiben. Bis 2050 soll die EU als erster Kontinent, so *von der Leyen* in ihrer Antrittsrede, klimaneutral sein.

In den Etatberatungen 2021–2027 zeigte sich dann allerdings schnell, dass nach wie vor die Agrar- und Strukturpolitik Vorrang haben werde, für den „Green New Deal“ aber immerhin circa 25 % der Ausgaben zur Verfügung stehen sollten. Aber die bislang gescheiterten Beratungen zeigten, dass sich der Europäische Rat und das Europaparlament bisher selbst auf diesen Kompromiss nicht einigen konnten. Auch die Reduzierung der Auszahlungen an Länder mit EU-Rechtsverstößen fand keine Mehrheit.



Karikatur: Heiko Sakurai

Deutlich zeigte insbesondere die Berufung der neuen EU-Kommission, dass die Rechte des seit 1979 direkt gewählten Europaparlaments in den letzten Jahren zwar deutlich gestärkt worden waren, dass aber nach wie vor der Europäische Rat sich als der „Herr über die Verträge“ sieht und sich die EU nach wie vor den Vorwurf eines „Elitenprojekts“ gefallen lassen muss. Von den demokratisch verfassten Nationalstaaten und ihrer demokratischen Legitimation erscheint die EU nach wie vor weit entfernt. Die Legitimation des Europäischen Rats, also der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, geschieht höchstens indirekt über die nationalen Wahlen. Die Legitimation der Europäischen Kommission ist noch deutlich geringer, →

auch wenn das direkt gewählte Europäische Parlament der Wahl der Kommission zustimmen muss.

Erst jüngst haben wieder *Edgar Grande* (2018, S. 9) und *Eckhard Lübke* (2019, S. 44) darauf hingewiesen, dass sich insbesondere der Europäische Rat bei Krisen immer öfter als Hüter eines intergouvernementalen Staatenbundes begreift, ja die Europäische Kommission gar zu einer untergeordneten Behörde degradieren möchte. Strittig bleibt dabei, welche Rolle die Bürger\*innen in diesem Zusammenhang spielen. Erwartet sie eine stärkere Partizipation, um das Demokratiedefizit abzubauen oder sind auch sie in ihrer Mehrheit der Meinung, dass die EU immer noch im Wesentlichen ein Bündnis souveräner Nationalstaaten sei? (Vgl. ebd., S. 52) Kritiker der Demokratiedefizithese betonen insbesondere, die Erwartungshaltung der Wähler\*innen an die EU für eine „gute Politik“ (Output-Orientierung) sei ohnehin gering.

## Trotz aller Krisen des vergangenen Jahrzehnts sehen die Menschen in Deutschland und großen Teilen Europas die EU nach wie vor überwiegend positiv.

Andererseits betonen Autoren wie *Edgar Grande* (2018), *Jürgen Habermas* (2013), *Claus Offe* (2016) und *Claus Leggewie* (2017), dass sich in den letzten Jahren die Tendenz zum neuen Intergouvernalismus sogar noch deutlich verstärkt habe und dies die Reformfähigkeit der EU trotz aller gegenteiliger Bekundungen prinzipiell in Frage stelle. *Grande* erwähnt in diesem Zusammenhang z. B. die Auslagerung von Entscheidung in scheinbar politikferne Institutionen wie die *Europäische Zentralbank* oder die *Eurogroup* bei der Eurokrise. Nationale Parlamente würden durch deren Entscheidungen und die Zwänge der Schuldenstaaten zur Austeritätspolitik mit fatalen Folgen entmündigt. Nationale Alleingänge und die Missachtung europäischer Rechtsnormen in den sogenannten illiberalen Demokratien (Polen, Ungarn u. a.) und bei der Migrationspolitik seien ein Weiteres. Dies alles führe zu einer weiteren Spaltung in wirtschaftlich leistungsfähige Staaten des Nordens und ökonomisch schwächere Staaten des Südens, von den Verstößen gegen EU-Recht der illiberalen Staaten und der Visegrádgruppe ganz abgesehen.

Abzuwarten bleibt, ob über eine effektive Politik die europäischen Wähler\*innen bis zur nächsten Wahl des Parlaments im Jahre 2024 („Output-Legitimierung“) das Vertrauen in die Union beibehalten oder doch stärkere Partizipationsforderungen stellen werden. Dabei spielen sicherlich die Migrations- und Asylrechtspolitik, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle.

### Die These von der „Europäischen Identität“

Dabei hat der Europäische Rat bereits 1973 mit den damals neun Mitgliedstaaten auf seiner Kopenhagener Gipfelkonferenz die Stärkung bzw. Herausbildung einer gemeinsamen „Europäischen Identität“ und mehr Solidarität gefordert. Die seit 1992 regelmäßig durchgeführten Eurobarometerumfragen zur nationalen und europäischen Identität zeigen jedoch bis in die Gegenwart: Nur eine verschwindend geringe Anzahl der Befragten gibt an, nur eine europäische Identität zu haben, während rund 40% beteuern, sie hätten nur eine nationale Identität. Andererseits wächst doch langsam die Zahl derer, die angeben, sowohl eine nationale als auch eine europäische Identität zu besitzen. Das Ziel einer wachsenden multiplen Identität erscheint dabei durchaus realistisch.

In der wissenschaftlichen Forschung spricht allerdings kaum jemand davon, dass es bereits jetzt einen europäischen Demos, also ein europäisches Volk gebe. Die Schuld daran wird wahlweise der historischen Entwicklung, der nationalen Identität, dem Demokratiedefizit (im Unterschied zum Nationalstaat) oder der fehlenden europäischen Öffentlichkeit, also den Medien, gegeben, die ebenso wie viele nationale Politiker\*innen noch immer vorwiegend national dächten und auch so handelten. Jedoch hat die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft in den letzten Jahren, also mithin das europäische Denken und Handeln, durchaus Fortschritte gemacht. Abgrenzungen zu den USA unter *Donald Trump*, zu Russland unter *Wladimir Putin* und zu China unter *Xi Jinping* haben den Prozess beschleunigt.

### Initiativen zur Mobilisierung bzw. Partizipation der Unionsbürger\*innen

So wurden seitens der Kommission sowie des Europäischen Parlaments verschiedene Initiativen ergriffen, die Bürger\*innen in der EU politisch zu mobilisieren. Exemplarisch kann hierfür das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ (Europäische Kommission 2017) gelten. Die EU-Kommission wollte hiermit eine breite europaweite Debatte über



Karikatur: Heiko Sakurai

die Zukunft der EU initiieren. Allerdings scheint solch ein Prozess bislang nicht so richtig in Gang gekommen zu sein. Seit Jahren veranstaltet die Kommission sogenannte Bürgerdialoge und Bürgerforen. Im Mai 2018 nahmen z. B. 80 Unionsbürger\*innen aus 27 EU-Staaten an solch einem Forum teil und erarbeiteten Vorschläge für offene Online-Konsultationen. In den Medien fanden diese Foren allerdings kaum Beachtung.

## Partizipative Demokratie lebt von europäischer Identität: Je mehr sich jemand neben seiner nationalen Zugehörigkeit auch als Europäer fühlt, desto eher wird er bereit sein, sich für Europa zu engagieren.

Schon etwas erfolgreicher ist dagegen das im *Lissaboner Vertrag* beschlossene Instrument der „Europäischen Bürgerinitiative“. Durch sie können die Unionsbürger\*innen bewirken, dass sich die Europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst. Hierfür müssen in zwölf Monaten insgesamt eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in einem Viertel aller EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden. Die Bürgerinitiative ergänzt das seit dem

Vertrag von Maastricht (1993) bestehende Petitionsrecht beim Europäischen Parlament sowie das Beschwerderecht beim Europäischen Bürgerbeauftragten (seit 1995). Von ihr kann allerdings erst seit dem 1. April 2012 Gebrauch gemacht werden. Typisch für ein direktdemokratisches Initiativverfahren ist die befristete Sammlung einer vorgegebenen Zahl von Unterstützungsbekundungen und die Beschränkung auf öffentliche Anliegen von allgemeinem Interesse, wie sie bei der europäischen Bürgerinitiative gegeben sind. Äußerst ungewöhnlich ist hingegen, dass sich die Europäische Bürgerinitiative an die Exekutive (Europäische Kommission) wendet, wohingegen sich direktdemokratische Verfahren in aller Regel an das jeweilige Parlament (Legislative) richten. In Bezug auf die Art der Behandlung einer Bürgerinitiative durch die EU-Kommission gleicht diese deshalb eher einer Petition: So muss sich diese mit einer erfolgreich zustande gekommenen Europäischen Bürgerinitiative lediglich beschäftigen und eine Stellungnahme zu ihr abgeben. Sie hat aber darüber hinaus keine weiteren Handlungsverpflichtungen.

Die Petition „Wasser ist ein Menschenrecht!“ („right-2water“) war die erste Bürgerinitiative, die nach eigenen Angaben Mitte September 2013 mit am Ende 1,7 Millionen anerkannten Unterzeichnern das geforderte Quorum erreichte. Damals ging es um die Frage, ob eine Privatisierung von öffentlichen Wasserbetrieben nach Binnenmarktregeln erfolgen müsse bzw. ob Ausschreibungen europaweit erfolgen müssten oder nicht. Die Kommis- →

sion gab schließlich klein bei: Öffentliche Wasserbetriebe wurden tatsächlich bei europaweiten, öffentlichen Ausschreibungen aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen. Der Verein „Mehr Demokratie“ kritisiert trotzdem grundsätzlich, dass die Europäische Bürgerinitiative derzeit kaum mehr als eine Aufforderung an die Europäische Kommission sei. Befürworter treten deshalb dafür ein, die Europäische Bürgerinitiative zu einem echten Instrument direktdemokratischer Beteiligung auszubauen und sie direkt ans Europäische Parlament zu richten.

### Die Parteien und Verbände auf europäischer Ebene

Im nationalen Meinungs- und Willensbildungsprozess spielen insbesondere Parteien und Verbände eine zentrale Rolle. Sie bilden den Kernbestand einer freiheitlichen und partizipativen Demokratie.

Parteien auf europäischer Ebene sind Parteien, die auf der Ebene der Europäischen Union im Europäischen Parlament tätig sind. Zudem müssen die europäischen Parteien bei der seit Oktober 2014 eingerichteten *Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen* eingetragen sein. Registrierte europäische Parteien und deren politische Stiftungen auf europäischer Ebene können erst dann Finanzierungen aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union erhalten. Organisatorisch setzen sie sich aus nationalen Parteien ähnlicher politischer Richtung zusammen und sind in mehreren Mitgliedstaaten vertreten. Diese beteiligen sich in erster Linie an nationalen und regionalen Wahlen. Europapolitische Fragen spielen aber zumeist bei nationalen Wahlen eine untergeordnete Rolle.

Die europäischen politischen Parteien nominieren allerdings stets ihre Spitzenkandidat\*innen für die Europawahlen, die dann im Wahlkampf ihre politischen Programme zur Zukunft Europas darlegen. Wie tragfähig dieses sogenannte Spitzenkandidatenmodell ist, wurde bereits oben dargestellt. Europäische Parteien im strengen Sinn gibt es also nicht.

Eine Ausnahme bildet allerdings *Volt Europa*, eine pro-europäische Bürgerbewegung mit Parteicharakter, die allerdings aufgrund entsprechender rechtlicher Bestimmungen in mehreren Ländern zusätzlich als nationale Partei registriert sein muss. Bei den Wahlen 2019 erhielt *Volt Europa* mit 0,7% (in Deutschland) der Stimme lediglich einen Sitz im Europäischen Parlament. Ein Vorschlag des französischen Präsidenten *Macron*, auch transnationale Listen bei der EP-Wahl 2019 zuzulassen, scheiterte zudem am Europäischen Rat. Bemerkenswert ist trotzdem, dass sich

die im Europäischen Parlament vertretenen Parteivertreter seit langem in transnationalen Fraktionen organisieren. Die größten Fraktionen sind die *EVP* (Christdemokraten), *S&D* (Sozialisten), *Renew* (Liberalen und Zentristen), *Grüne/EFA*, *ID* (Rechtspopulisten und Rechtsextreme), *EKR* (Konservative) und *GUE-NGL* (Linke, Kommunisten und Linkssozialisten). Dazu kommen 29 fraktionslose Abgeordnete (Stand: 01.03.2020). Für die Integrationsfortschritte in der EU setzen sich naturgemäß die Parteien in Europa unterschiedlich stark ein. Ihre Vorstellungen von einer zukünftigen Europäischen Union gehen weit auseinander.



AdB-Projekt „SemiFit on Citizenship Education“ (Erasmus+); Projektauftritt in Almunecar, Spanien Foto: Stefanie Mayrwörger

Ähnlich verhält es sich mit den Interessensverbänden in Europa. In Brüssel sind inzwischen nach Washington am meisten Lobbyisten auf der Welt eingetragen. Ihr Einfluss und Handeln war immer wieder Gegenstand kontroverser Diskussionen. Rund 25.000 Lobbyisten sind in Brüssel regelmäßig tätig, schätzt *Transparency International* auf Grundlage des EU-Lobbyregisters. Sie vertreten etwa 11.800 Organisationen, von NGOs bis hin zu großen Industrieverbänden. Zwei Drittel der in Brüssel vertretenen Lobbyisten sind laut des Berichts von *LobbyControl* Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Lobbyagenturen oder Anwaltskanzleien. Die Schieflage führe in Extremfällen sogar soweit, dass Gesetze regelrecht von Unternehmen formuliert und diktiert würden. Auf europäischer Ebene wurde deshalb 2011 ein Transparenzregister eingerichtet. Es enthält eine Liste von registrierten Organisationen, die sich zu einem transparenten und ethischen Umgang mit Mitgliedern von EU-Parlament und Kommission verpflichten. Das Register hat freiwilligen Charakter. Einige wichtige Akteure sind bisher nicht vertreten. Da zudem keine empfindlichen Sanktionsmöglichkeiten bestehen, fehlen auch bei bereits

registrierten Firmen und Organisationen oftmals vollständige und aktuelle Angaben über ihre Aktivitäten. Ende 2016 hatte die Kommission im Rahmen der „Transparenzinitiative“ eine neue „Interinstitutionelle Vereinbarung“ vorgeschlagen. EU-Kommissare und ihre Kabinette sowie Parlamentsmitglieder sollen sich nunmehr verpflichten, nur noch registrierte Lobbyisten zu treffen. Die Überprüfung der Angaben im Register sollte zudem ausgebaut und verbessert und weitere Sanktionen eingeführt werden. Der Vorschlag wurde im Laufe des Jahres 2017 im EU-Parlament und im Ministerrat diskutiert. Allerdings sah die Vereinbarung immer noch keine rechtliche Verbindlichkeit vor und der Europäische Rat ist nicht eingebunden. Durch das europäische Transparenzregister ist der Lobbyismus der Verbände jedenfalls deutlich transparenter geworden als in einem Großteil der Nationalstaaten, namentlich in Deutschland.

### Das Konzept der „partizipativen Demokratie“

Partizipative Demokratie lebt von europäischer Identität: Je mehr sich jemand neben seiner nationalen Zugehörigkeit auch als Europäer fühlt, desto eher wird er bereit sein, sich für Europa zu engagieren. Hier spielt zudem die emotionale Komponente eine ganz besondere Rolle. Deshalb sollte die primäre Zielgruppe identitätsstiftender Maßnahmen junge Menschen sein. Dazu ist ein profundes Wissen über die Europäische Union und Erfahrungen mit jungen Menschen aus anderen Mitgliedstaaten essenziell.

Betrachtet man die Bildungspläne in den Mitgliedstaaten, so muss leider immer noch festgestellt werden, dass eine „Europakunde“ eher eine marginale oder nur Querschnittsaufgabe darstellt. Noch immer steht insbesondere die Herausbildung einer nationalen Identität über den Geschichtsunterricht, der in der Regel einen breiten Raum einnimmt, im Vordergrund. Selten gibt es für Europa einen eigenen Fachunterricht, sei es in „Civic Education“ oder – wie in Deutschland – im Fach „Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde“. Dazu kommt, dass in den letzten Jahren immer stärker ein eigenständiger Ökonomieunterricht den bisher schon beschränkten Raum der Sozialkunde usurpierte.

Außerdem ist es in solch einem Unterricht durchaus nicht selbstverständlich, wie es in Deutschland sein sollte, Multiperspektivität und Diskussions- und Schülerorientierung walten zu lassen. Viel zu oft bleibt die jeweils nationale Perspektive dominant, insbesondere in den osteuropäischen Staaten, die erst seit wenigen Jahren ihre nationale Souveränität wiedergewonnen haben.

Angesichts horrender Zahlen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Süden drohen sich aufgrund

ihrer Perspektivlosigkeit Generationen vom europäischen Integrationsgedanken abzuwenden, auch wenn sie mangels beruflicher Berufsaussichten überlang im Bildungssystem geparkt werden.

### Jugend-EU-Programme zur Förderung der europäischen Integration

Immerhin kann die EU mit ihren nun schon seit mehr als 30 Jahren währenden Erasmus-Programmen zum Studien- und Arbeitsaufenthalt mit mehr als nun Millionen Beteiligten eine Erfolgsgeschichte vorweisen. Geplant ist, bis 2025 die Zahl der Erasmus+ Teilnehmer\*innen zu verdoppeln. Schon seit geraumer Zeit wurden hierbei neben Studierenden auch Auszubildende, Praktikant\*innen und Lehrkräfte eingebunden.

Zudem hat die Kommission 2018 immerhin 15.000 kostenlose Interrail-Tickets an 18jährige Unionsbürger\*innen verteilt. Eine Ausdehnung, z. B. als Angebot an alle junge Erwachsene, scheiterte bislang allerdings stets an den Kosten.

## Betrachtet man die Bildungspläne in den Mitgliedstaaten, so muss leider immer noch festgestellt werden, dass eine „Europakunde“ eher eine marginale oder nur Querschnittsaufgabe darstellt.

Will man junge Europäer\*innen wirklich ernst nehmen, bedarf es dazu den Willen zum Zuhören und Kommunizieren. Zu diesem Zweck initiierte die Europäische Kommission die Unterstützung von Jugendbeteiligungsprojekten, den sogenannten *Strukturierten Dialog*, der seit 2019 *Jugenddialog* heißt und zum Ziel hat, Politik jugendgerecht zu gestalten, junge Menschen dabei zu unterstützen, selbst aktiv zu werden und dies im Austausch mit politischen Entscheidungsträgern. Solche Projekte können umfassen: (1) Diskussionen zu den Themen des EU-Jugenddialogs und der EU-Jugendstrategie; (2) Aktivitäten zur Vorbereitung des offiziellen Jugendevents der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft; (3) Events im Zusammenhang mit der Europäischen Jugendwoche; (4) Treffen zur Diskussion und Information über das Thema „Partizipation am demokratischen Leben“; (5) Konsultationen junger Menschen →



zu ihren Bedürfnissen im Bereich Partizipation; (6) Simulationsspiele, die die Funktionsweise demokratischer Institutionen und Prozesse darstellen.

Regelmäßige Konsultationen der jungen Menschen und der Jugendorganisationen auf allen Ebenen in den EU-Ländern sind ebenso Teil des *Strukturierten Dialogs* wie ein Meinungsaustausch zwischen Jugendvertretern und politischen Entscheidungsträgern auf den EU-Jugendkonferenzen. Letztere werden von den Ländern ausgerichtet, die gerade den EU-Ratsvorsitz innehaben. Zusammenfassend konnte die Evaluierung des *Strukturierten Dialogs* bis 2014/2015 in Deutschland (vgl. Feldmann-Wojtachnia/Tham 2016) zeigen, dass die Projektorientierung des *Strukturierten Dialogs* dem Partizipationsverständnis der Akteure im Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit weitgehend entspricht. Die Projekte bieten eine gute Möglichkeit, ein breites Spektrum auch von nicht politikaffinen Jugendlichen zu erreichen, sie für politische und gesellschaftliche Themen zu interessieren sowie zur Teilhabe zu motivieren. Die Projekte tragen zum Empowerment von Jugendlichen bei und sensibilisieren junge Menschen nachhaltig für Inhalte und Anliegen der EU-Jugendpolitik. Die Evaluation ergab jedoch auch, dass sich die Verantwortlichen insgesamt mehr Verbindlichkeit in Bezug auf das Feedback und die Einbindung relevanter politischer Akteure als wichtige Erfolgsbedingungen für den *Strukturierten Dialog* wünschen. Die Projekt- und Veranstaltungsorientierung steht jedoch im Widerspruch zum Anspruch einer Verstetigung dieses Dialogs. Vorschläge haben zudem längst keinen verbindlichen Charakter.

#### **Berechtigte Skepsis bei der Durchsetzbarkeit deliberativer Partizipation in der EU**

Wesentlich weitergehende Vorschläge zur Partizipation und Deliberation der Unionsbürger\*innen vertreten in Erweiterung dazu Autoren wie z. B. *Jürgen Habermas*, *Claus Offe* und *Claus Leggewie*. Als Voraussetzung dafür nennen sie die „Politisierung des Dialogs von unten durch die Zivilgesellschaft“.

*Jürgen Habermas* äußerte sich bereits 2011 in „Zur Verfassung Europas“ dazu sehr skeptisch: Eine soziale Bewegung liege nicht in der Luft (vgl. Habermas 2011). In der Folge der Eurokrise wandten sich soziale Bewegungen in den südlichen Mitgliedstaaten sogar eher von Europa ab (vgl. Grande 2018, S. 12).

Ideen zur direkten Intervention in den europäischen Politikprozess wären etwa europaweite Referenden (Grande). Diese erscheinen derzeit jedoch weder im Europäischen Rat

noch im Europäischen Parlament mehrheitsfähig ebenso wenig wie die Direktwahl des Präsidenten der Kommission. *Eckhard Lübckemeier* (2019, S. 52) nimmt sogar an, dass die relativ schwache Beteiligung der Unionsbürger\*innen ein Beleg dafür sei, dass die Funktion des Europäischen Parlaments wenig populär sei und bei Europawahlen stets nationale Themen im Vordergrund stünden. „Wäre jedoch das Demokratiedefizit ein brennendes Anliegen der europäischen Bevölkerungen, hätten es die Parteien leichter gehabt, für eine stärkere Wahlbeteiligung zu mobilisieren.“ (Ebd.)

### **Angesichts horrender Zahlen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Süden drohen sich aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit Generationen vom europäischen Integrationsgedanken abzuwenden, auch wenn sie mangels beruflicher Berufsaussichten überlang im Bildungssystem geparkt werden.**

*Claus Leggewie* (2017) weist dagegen in seiner Publikation „Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung“ seitenweise auf paneuropäische und transnationale Vereinigungen und Publikationen hin, in denen er durchaus Chancen für eine Graswurzelbewegung für Europa und eine Politisierung der Thematik sieht. Der in den Medien am meisten beachteten Bewegung *Pulse Of Europe* steht er allerdings ebenso wie *Ulrike Guérot* skeptisch gegenüber: „Das ist so eine Art bürgerliches Kaffeetrinken geworden was da gerade passiert. Man stellt sich bei schönem Wetter auf den Berliner Gendarmenmarkt, es ist freundlich und gemütlich, die Leute haben ihre Kinder dabei, blau-gelbe Luftballons schweben über allem. Das ist das traditionelle Bildungsbürgertum, das ein Zeichen setzen will, weil es durch die akute Gefahr des Rechtspopulismus aufgewacht und ernsthaft besorgt ist.“ (Guérot zit. nach Leggewie, 2017, S. 199)

Die Entstehung einer europäischen Graswurzelbewegung und damit auch die Stärkung der Partizipation und der Legitimierung der Europäischen Union, so ist

zu vermuten, ist dabei eng damit verbunden, ob es ihr glaubhaft gelingt, Vorschläge zur Lösung aktuell zentraler Dysfunktionalitäten in der EU vorzuschlagen, Lösungen zu vorzulegen oder zumindest Ansätze zur Abmilderung mehrheitsfähig zu machen: (1) Jugendarbeitslosigkeit; (2) Migrations- und Asylrechtsreform; (3) nachhaltige Entwicklung/Maßnahmen gegen den Klimawandel; (4) Ungleichheit zwischen und in den Mitgliedstaaten; (5) Geschlechtergleichstellung; (6) Sozialstaatliche Absicherung; (7) EU-weite Durchsetzung rechtsstaatlicher Maßnahmen; (7) partizipative Mitwirkung am demokratischen Prozess der EU. Dies bedeutete sowohl eine Input- als auch eine Outputorientierung.

Zu vermuten bleibt, dass dies der immer noch im Wesentlichen intergouvernementalen Europäischen Union mit ihren nationalen Egoismen und Medien kaum gelingen wird, wenn auch zu hoffen bleibt, dass die gewählten EU-Institutionen zunehmend erkennen, dass sie die Partizipationsmöglichkeiten der Unionsbürger\*innen deutlich ausweiten muss, um auf Dauer ihre Legitimation nicht zu verlieren.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

## Zum Autor



**Jürgen Kalb** ist Studiendirektor im Ruhestand. Er war Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft und Geschichte am Regierungspräsidium Stuttgart (Gymnasien). Derzeit ist er freier Mitarbeiter und Chefredakteur der Zeitschrift „Deutschland und Europa“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Schulbuchautor und freier Publizist.

j.kalb@t-online.de

## Literatur

**Europäische Kommission (2017):** Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien. Europäische Kommission COM (2017) 2025, 1. März 2017. Brüssel: EU

**Feldmann-Wojtachnia, Eva / Tham, Barbara (2016):** Mehrwert und Verstetigung des Strukturierten Dialogs. Evaluierungsbericht zur zweiten Phase der Umsetzung im Rahmen der EU-Jugendstrategie in Deutschland (2014–2015). München: C•A•P Forschungsgruppe Jugend und Europa

**Geiger, Klaus / Mülherr, Silke (2019):** Europas Bürger glauben trotz Krisen an die EU. In: Die Welt vom 14.05.2019

**Grande, Edgar (2018):** Das neue Europa und seine Krisen; [www.pw-portal.de/die-krise-der-europaeischen-union/40796-das-neue-europa-und-seine-krisen](http://www.pw-portal.de/die-krise-der-europaeischen-union/40796-das-neue-europa-und-seine-krisen) (Zugriff: 27.02.2020)

**Habermas, Jürgen (2011):** Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp

**Habermas, Jürgen (2013):** Im Sog der Technokratie. Berlin: Suhrkamp

**Leggewie, Claus (2017):** Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung. Berlin: Ullstein

**Lübke, Eckhard (2019):** Europas Banalität des Guten. Ursachen der europäischen Dauerkrise und Auswege – ein Wegweiser. SWP-Studie. Berlin: SWP

**Offe, Claus (2016):** Europa in der Falle. Berlin: Suhrkamp

# Ungleichheit in Europa

Was die Menschen erwarten und was jetzt getan werden muss

**Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat im Rahmen des Projekts „Für ein besseres Morgen“ verschiedene Studien durchgeführt, die die Grundlage für politische Vorschläge zu den Megathemen Europa, Demokratie, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Gleichstellung und Integration bildeten. Für diese sechs zentralen Politikfelder sind innerhalb von zwei Jahren Erzsätze entwickelt worden, die durch die Studien empirisch belegt und wissenschaftlich untermauert wurden. Ziel ist es, mit konkreten Botschaften eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.** von Sina Dürrenfeldt, Andrä Gärber und Thomas Hartmann

Neben Frieden, Demokratie und Freiheit gehört steigender Wohlstand von Beginn an zu den großen Versprechen eines vereinten Europas. Die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, in dem sich Güter, Kapital, Dienstleistungen und Menschen ohne Grenzen bewegen können, sollte nicht nur zu einem höheren, nachhaltigen Wirtschaftswachstum führen, sondern auch zur Annäherung der Mitgliedsländer beitragen. Der vorerst letzte Höhepunkt auf dem Weg einer tieferen ökonomischen Integration war die Errichtung der Eurozone. Hiermit war ebenfalls die Hoffnung verbunden, die gemeinsame Währung würde einen Prozess aufholender Konvergenz auslösen, sodass sich Länder mit geringeren Wohlstandsniveaus nach oben hin orientieren und relativ schnell an den materiellen Lebensstandard der reicheren Länder anschließen.

Historisch betrachtet schien sich das Versprechen über viele Jahre hinweg zu erfüllen: Der Wohlstand in den EU-Ländern stieg stetig an, die Wohlstandslücken zwischen den beteiligten Volkswirtschaften wurden kleiner. Doch spätestens seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der darauffolgenden Krise in der Eurozone sind divergierende ökonomische Entwicklungspfade wieder deutlich sichtbar. Die wirtschaftliche und soziale

Ungleichheit, sowohl in als auch zwischen den Ländern, verfestigt sich. Die Corona-Pandemie wird diesen Trend weiter verschärfen und wirkt wie ein Katalysator bestehender Schieflagen in der EU. Schon jetzt zeigt sich, dass die ärmeren Länder stärker unter der aktuellen Krise und ihren Folgen leiden werden als die Wohlhabenderen. Dabei sind die Rufe nach europäischer Solidarität laut und vielstimmig. Der ehemalige Kommissionspräsident *Jacques Delors* sprach angesichts der mangelnden europäischen Solidarität gar von einer „tödlichen Gefahr für die EU“.

## Die Länder driften auseinander

Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie befand sich der wirtschaftliche Integrationsprozess Europas – darüber darf die jüngste vorübergehende konjunkturelle Erholung nicht hinwegtäuschen – in einer schweren Krise. Die Ursache liegt in einer tief gehenden strukturellen Polarisierung zwischen den Mitgliedsländern und ist eng mit der Entstehung unterschiedlicher Wachstumsmodelle verknüpft.

Haupttreiber für die wirtschaftliche Spaltung ist der innereuropäische Wettbewerb um den besten Standort: Während der deutschsprachige Raum von seinem gro-

ßen technologischen Know-how profitiert, setzen andere Länder, zum Beispiel Irland, auf niedrige Unternehmenssteuersätze – ein ruinöser Steuerwettbewerb, der in erster Linie große Unternehmen erfreut. Osteuropa wirbt mit niedrigen Lohnniveaus, auf dem Rücken entsandter Arbeiternehmer\*innen wird Sozial- und Lohndumping befördert. Das Resultat sind sich selbstverstärkende Effekte: Die einen locken Investoren an und erzielen ein höheres Wachstum, die anderen fallen weiter zurück. Vor allem die südlichen Länder der Eurozone haben es schwer. Mit ihrem verschuldungsgetriebenen Wachstumsmodell gerieten sie nach der krisenbedingten Eskalation ab 2008 besonders unter Druck. Sie erlebten ein „verlorenes Jahrzehnt“ mit einer verheerenden Wachstums- und Wohlstandsentwicklung und haben kaum noch Spielraum, um aufzuholen. Welche langfristigen wirtschaftlichen Schäden die aktuelle Krise mit sich bringen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar (vgl. Kapeller/Gräbner/Heimberger 2019).

So sind die Lebensverhältnisse zwanzig Jahre nach der Errichtung der Eurozone noch immer beunruhigend ungleich. Das Versprechen, die europäische Integration würde die Länder wirtschaftlich und sozial einander annähern, wird nicht mehr eingelöst. Das stellt nicht nur für den ökonomischen, sondern auch für den sozialen und politischen Zusammenhalt Europas eine erhebliche Gefahr dar. Letztlich betrifft es die Zukunftsfähigkeit der Eurozone und der EU als Ganzes. Die vergangenen Krisenjahre haben schließlich bereits offenbart, welches spalterische Potenzial die große ökonomische Ungleichheit innerhalb der EU entfalten kann (vgl. ebd.).

Auch von den Bürger\*innen werden die gewaltigen Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsländern als problematisch empfunden. Das belegt u. a. eine Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, für die Wahlberechtigte in Deutschland im Herbst 2018 zu ihren Erwartungen an Europa befragt wurden (vgl. Posthofen/Schmidt 2018). Zwar genießt die EU bei ihnen insgesamt weiterhin eine breite Akzeptanz, gleichzeitig besteht aber ein großer Wunsch nach Veränderung und einer sozialeren Ausrichtung. Jede/r Dritte beurteilt die EU-Mitgliedsländer als sehr unterschiedlich in ihrer Wirtschaftsleistung. Jede/r Vierte nimmt die Lebensstandards als sehr verschieden wahr. Drei Viertel der Befragten meinen, dass die meisten Probleme der EU auf die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den EU-Ländern zurückzuführen sind. Und knapp 80 % stimmen der Aussage zu, dass es langfristig auch für Deutschland schädlich ist, wenn es anderen EU-Ländern wirtschaftlich schlecht geht. Es gibt also ein star-

kes Bewusstsein für die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den Mitgliedsländern.

### Der Wunsch nach einer gerechteren EU

Gefragt, für welche Werte die EU heute steht, antwortet nahezu jede/r Zweite mit „Frieden“ (44 %), gefolgt von „Demokratie“ (40 %). „Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg“ schreiben nur 27 % der EU zu. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und „Gerechtigkeit“ meinen jeweils gerade mal 13 % im Wirken der EU zu erkennen (vgl. Posthofen/Schmidt 2018, S. 11). Dabei wünschen sich die Befragten eine gerechtere EU, in der mehr für gleichwertige Lebensverhältnisse getan wird. Auf die Frage, welche Werte sie persönlich stärker verwirklicht sehen wollen, antworten 28 % mit „gleichwertige Lebensverhältnisse“ und 33 % mit mehr „Gerechtigkeit“ (vgl. ebd.). Die hohe Diskrepanz zwischen Wunsch und empfundener Wirklichkeit in diesen Bereichen zeigt: Es besteht ein Gerechtigkeitsdefizit, das die EU aktuell anscheinend nicht füllen kann.

Allgemein fällt auf, dass die Bürger\*innen vor allem sozialen Themen die höchste Bedeutung beimessen. Unter den fünf wichtigsten Feldern finden sich – neben „Schutz vor Verbrechen und Terror“ – vier, die soziale Fragen ansprechen, nämlich „Rente und Altersvorsorge“, „Gesundheitsversorgung“, „Bildung und Erziehung“ sowie „Wohnen und Miete“. Jedoch wird die Zuständigkeit für diese konkreten sozialpolitischen Themen klar der nationalen Politik zugeschrieben (vgl. ebd., S. 14). Von der EU werden hier mehrheitlich keine Lösungen erwartet. Die Gründe dafür scheinen vielfältig zu sein: Zum einen bestehen Zweifel, ob es der EU als Institution überhaupt möglich ist, wirksame Maßnahmen auf diesen Feldern durchzusetzen. Zum anderen scheint das Vertrauen in deren Motivlage – vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit eher wirtschafts- und neoliberal ausgerichteten Politik innerhalb der EU – eher gering zu sein (vgl. ebd., S. 16). In der Tat ist die EU im Bereich der Sozialpolitik bisher sehr zurückhaltend aufgetreten und verfügt über geringe Kompetenzen. Ihre sozialpolitische Agenda wird vermutlich nur wenigen Bürger\*innen bekannt sein.

Trotzdem ist eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz für konkrete Maßnahmen vorhanden, mit denen der Ungleichheit auch auf europäischer Ebene begegnet werden kann. Drei Viertel befürworten gemeinsame soziale Mindeststandards in allen EU-Ländern (76 %), ähnlich viele sprechen sich für einen EU-weiten Mindestlohn aus (74 %) sowie für eine Schutzklausel für Sozialsysteme, die den Abbau von Sozialleistungen in einzelnen EU-Ländern verhindern soll (73 %). →

Ebenso erzielen gemeinsame Anstrengungen zur wirtschaftlichen Regulierung sowie eine einheitliche Besteuerung multinationaler Unternehmen (77 %) hohe Zustimmungswerte. Zudem finden gemeinsame Investitionen in Infrastruktur Zuspruch, beispielsweise in digitale Netze oder in ein gemeinsames Schienensystem (73 %). Nach der eigenen Priorisierung gefragt, zeigt sich eine starke sozialpolitische Präferenz: Fast die Hälfte zählt gemeinsame soziale Mindeststandards in allen EU-Ländern zu den drei wichtigsten Maßnahmen. Es folgen die Einführung eines EU-weiten Mindestlohns und die einheitliche Besteuerung von multinationalen Unternehmen (vgl. Posthofen/Schmidt 2018, S. 18 ff.).

## Neben Frieden, Demokratie und Freiheit gehört steigender Wohlstand von Beginn an zu den großen Versprechen eines vereinten Europas.

Die Mehrheit will eine solidarische Politik. Allerdings legen die Antworten zur Akzeptanz auch nahe, dass die Befragten nicht bedingungslos bereit sind, politische Maßnahmen in diesem Bereich zu unterstützen. Vier von fünf Befragten befürworten eine stärkere Kontrolle der jährlichen Neuverschuldung einzelner EU-Länder (79 %). Für 37 % zählt diese Kontrolle sogar zu den drei wichtigsten Maßnahmen. Dies muss als Hinweis darauf verstanden werden, dass Verantwortlichkeit, Transparenz und Kontrollierbarkeit teils notwendige Bedingungen für die Akzeptanz konkreter Maßnahmen sind. Noch deutlicher zeigen sich die Grenzen bei einem Schuldenerlass für Euro-Länder, die sehr hohe Schulden haben. Diese Maßnahme findet nur bei 26 % Anklang. Als eine der drei wichtigsten Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit im europäischen Kontext wird der Schuldenerlass von bloß acht Prozent genannt. Zu solchen Maßnahmen, die als einseitig empfunden werden, besteht scheinbar eher wenig Bereitschaft (vgl. ebd.).

Tatsächlich wäre eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie mit aufeinander abgestimmten Maßnahmen wie zum Beispiel eine europäische Arbeitslosenrückversicherung oder eine stärker koordinierte Lohn- und Steuerpolitik der richtige Weg, um die wachsende Ungleichheit und das anhaltende Auseinanderdriften der Länder auf europäischer Ebene zu bremsen. Nicht nur einzelne, sondern alle Länder der Eurozone würden davon profitieren. Dass solche wichtigen weiterführenden Integrationsschritte trotz an-

haltender Diskussionen und teils guter Zustimmungswerte bei den Bürger\*innen bislang weitgehend ausgeblieben sind, mag unter anderem daran liegen, dass viele der beteiligten Akteur\*innen von der Wirksamkeit solcher wirtschaftspolitischen Maßnahmen schlicht nicht überzeugt sind. Sicherlich spielt aber zusätzlich eine Rolle, dass einige Akteure lieber weiter an Standortwettbewerb und Sparpolitik festhalten wollen. Ein großer Verlust für Europa, wie Berechnungen des *Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung* (IMK) belegen.

### Maßnahmen gegen die Polarisierung

Mithilfe sogenannter kontrafaktischer Simulationen haben die Forscher\*innen analysiert, welche konkreten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen einzeln oder zusammengenommen auf die vier großen Volkswirtschaften der Eurozone (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) sowie die Eurozone als Ganzes gehabt hätten, wenn sie bereits in der Vergangenheit eingeführt worden wären (vgl. Behrend et al. 2019). Sie zeigen, dass insbesondere eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen im Sinne der „Goldenen Regel der Finanzpolitik“ erhebliche zusätzliche Wachstums- und Wohlstandsgewinne mit sich gebracht hätten. Außerdem hätte eine koordinierte europäische Lohnpolitik, die sich am Produktivitätsfortschritt und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank orientiert, die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls stabilisiert und das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone tendenziell weiter erhöht. Auch haben sie sich mit der Einführung eines Mindeststeuersatzes für Unternehmenserträge beschäftigt: Dieser hätte bei adäquater Umsetzung selbst in den von Steuererhöhungen betroffenen Ländern – beispielsweise in Irland und den Niederlanden – keine Wachstums- und Wohlstandsverluste verursacht.

Widerlegen konnten die Forscher\*innen die in Deutschland oft vertretene Auffassung, das eigene Modell einer restriktiven Lohnpolitik sei eine gute Vorlage für andere europäische Länder. Dies hätte nicht zu mehr Wachstum und Wohlstand in Europa geführt. Hätte es hingegen schon in der schweren Rezessionsphase eine europäische Arbeitslosenrückversicherung gegeben, hätte diese erhebliche stabilisierende Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gehabt. Die Wirtschaft wäre besonders in Italien und Spanien schneller gewachsen und die Krise abgemildert worden (vgl. Behrend et al. 2019, S. 18 f.).

Darüber hinaus haben die Forscher\*innen das bislang umstrittene Eurozonen-Budget untersucht, das einen Teil des EU-Haushalts ausmacht, aber ausschließlich Ländern

vorbehalten ist, die den Euro bereits eingeführt haben oder sich darauf vorbereiten. Sie kritisieren, dass die – vor der Corona-Krise veranschlagten – 17 Milliarden Euro verteilt über sieben Jahre viel zu gering ausfallen, um eine stabilisierende Wirkung zu erreichen. Allerdings hätte ein quantitativ relevanteres und antizyklisch ausgestaltetes Eurozonen-Budget durchaus signifikante Stabilisierungseffekte (vgl. ebd., S. 5).



Der Wunsch nach einer gerechteren EU Foto: Stefanie Mayrwöger

Die Analysen zeigen eindrucksvoll: Wären diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen bereits in der Vergangenheit umgesetzt worden, hätte Europa bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie um einiges besser dagestanden. Für die Zukunft lässt sich daraus ableiten: Ein Kurswechsel ist nötig. Denn schon jetzt ist absehbar, dass einige Länder der EU mit der Bewältigung der aktuellen Krise überfordert sein werden. Das vereinte Europa durchlebt gegenwärtig den größten Stresstest seiner Geschichte. Von den anfänglichen nationalen Alleingängen und Grenzschließungen ging eine zusätzliche desintegrative Kraft aus. Die EU hat auf die Krise zwar erst spät reagiert, die nun ergriffenen Maßnahmen können aber auch Hoffnung für ein solidarischeres Europa wecken. Neben finanziellen Soforthilfen gleicht etwa das *Kurzarbeiterprogramm SURE* der schrittweisen Einführung einer Arbeitlosenrückversicherung, selbst wenn sie bislang nur befristet gilt. Auch das Aussetzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Maßnahmen der EZB werden von allen Staaten mitgetragen. Heftig umstritten bleiben jedoch die geforderten Schuldeninstrumente. Statt nationale Egoismen, steigende Konkurrenz und wachsende Ungleichheit länger hinzunehmen und weiter zu verschärfen, bedarf es einer grenzüberschreitenden Wirtschaftspolitik mit mehr koordinierten Maßnahmen über den aktuellen Krisenbe-

wältigungsmodus hinaus. Dafür könnte gerade jetzt die bestehende Diskussion, die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und demokratischer Grundwerte zu binden, neu geführt werden. Nur so kann verhindert werden, dass die Lebensverhältnisse in Europa noch weiter auseinanderdriften.

### „Für ein besseres Morgen“ – Ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung 2018–2019

Alle dargestellten Studienergebnisse sind im Rahmen des Projekts „Für ein besseres Morgen“ entstanden ([www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen](http://www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen)). Mit dem Projekt entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung politische Vorschläge für die großen Fragen unserer Zeit und bezieht Position. Neben Europa stehen dabei Demokratie, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Gleichstellung und Integration im Fokus. Für diese sechs zentralen Politikfelder sind innerhalb von zwei Jahren Erzsätze entwickelt worden, die durch Umfragen empirisch belegt und durch Studien wissenschaftlich untermauert wurden. Ziel ist es, mit konkreten Botschaften, die deutschlandweit und darüber hinaus Relevanz haben, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Denn die Entwicklungen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt: Wir stehen vor tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie noch verstärkt werden: Wachsende Ungleichheit, Umbrüche in der Arbeitswelt durch Digitalisierung und Globalisierung, starke Migrationsbewegungen, der Klimawandel sowie die Krisen der Europäischen Union und des Multilateralismus – dies werden die großen Themen der Zukunft sein. Darauf müssen wir überzeugende, fortschrittliche und zuversichtliche Antworten geben – auf Grundlage der Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, flankiert von Prinzipien wie Gleichheit, Sicherheit, Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Offenheit für Innovationen und immer die kommunale, regionale, nationale, europäische und globale Ebene im Blick.

Es reicht nicht aus, punktuelle Handlungsempfehlungen für die Politik auszusprechen. Ebenso wenig genügt es, Gefahren lediglich zu benennen und in eine rein reaktive Haltung zu verfallen. Angst ist keine Option. Für Herausforderungen dieser Größenordnung sind zukunftsweisende Ideen und Strategien gefragt: Langfristig angelegte Erzählungen, die deutlich machen wie die soziale Demokratie die Welt sieht, für was sie steht und kämpft und wie genau sie die Zukunft des Landes, Europas und der Welt gestalten will – für ein besseres Morgen! →

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

Dieser Beitrag erscheint in ähnlicher Form in der Fachzeitschrift „Weiterbildung“ 3/2020.

### Zu den Autor\*innen



**Sina Dürrenfeldt** ist in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

sina.duerrenfeldt@fes.de

Foto: Mark Bollhorst



**Dr. André Gärber** ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Andrae.Gaerber@fes.de

Foto: Mark Bollhorst



**Thomas Hartmann** ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

thomas.hartmann@fes.de

### Literatur

**Behrend, Alexander / Gehr, Katja / Paetz, Christoph / Theobald, Thomas / Watzka, Sebastian (2019):** Europa kann es besser: Wirtschaftspolitische Szenarien für ein stabileres Wachstum und mehr Wohlstand. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung

**Kapeller, Jakob / Gräbner, Claudius / Heimberger, Philipp (2019):** Wirtschaftliche Polarisierung in Europa 2019: Ursachen und Handlungsoptionen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung

**Posthofen, Martha / Schmid, Frieder (2018):** Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich: Was die Deutschen von Europa erwarten. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung

*„Was sind die wichtigsten Herausforderungen für die Europäische Jugendpolitik und was erwarten Sie von der Deutschen Ratspräsidentschaft?“*

Die Europäische Jugendpolitik hat in den vergangenen Jahren wichtige Weichen gestellt und die neue EU-Jugendstrategie (2019–2027) auf den Weg gebracht. Hieran gilt es weiter zu arbeiten und starke Akzente zu setzen. Die Deutsche EU Ratspräsidentschaft stellt für Deutschland eine einmalige Gelegenheit dar, aus einer gestaltenden Rolle heraus Jugendpolitik in ganz Europa nachhaltig zu stärken und strategische Weichen für den Jugendbereich zu stellen. Insbesondere die geplante European Youth Work Agenda birgt das Potenzial, konkret zur Weiterentwicklung von Youth Work nicht nur in der EU, sondern – durch die zeitliche Überlappung mit dem Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates – in ganz Europa beitragen zu können. Dabei gilt besonders die Bewältigung der Folgen der Corona Pandemie für das Arbeitsfeld in den Blick zu nehmen.

Darüber hinaus bleibt es der Deutschen EU Präsidentschaft überlassen, unter komplizierten Voraussetzungen vor allem den Mehrjährigen Finanzrahmen, aber auch Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps zu verabschieden und die Programme für 2021 auf den Weg zu bringen. Dabei geht es vor allem darum, in schwierigen finanziellen Zeiten eine angemessene budgetäre Erhöhung der Programme zu gewährleisten. Nur mit Hilfe starker Programme wird es gelingen, mehr inhaltliche und praktische Verbindungen zwischen Europäischer Jugendpolitik und dem Arbeitsfeld herzustellen.

Gerade jetzt ist ein starker jugendpolitischer Impuls aus Deutschland umso wichtiger.



**Hans-Georg Wicke** Leiter von JUGEND für Europa – Nationale Agentur für das EU-Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps

wicke@jfemail.de

# Europa er-fahren

## Wie EU-Programme die Jugend und Jugendarbeit stärken

**Angesichts der vielfältigen Problemlagen in Europa leisten die EU-Jugendprogramme (Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps) einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration und Identitätsbildung insbesondere bei jungen Menschen. Die Programme sind aktuell eingebettet in eine politische Debatte in Europa um Jugendarbeit (Youth Work). Im Kontext der deutschen EU-Ratspräsidentschaft soll eine European Youth Work Agenda verabschiedet werden, die der Jugendarbeit in Europa inkl. der Jugendprogramme einen bedeutenden jugendpolitischen Impuls verleihen kann.** von Claudius Siebel

Im Moment kann einen die Sorge um die Zukunft Europas umtreiben. Der Brexit vom 31.01.2020 muss unzweifelhaft als tiefer Einschnitt in die neuere Geschichte der EU, als mögliches Ende einer weiterführenden und vertiefenden europäischen Integration bezeichnet werden. Daneben lassen uns die viel diskutierten und grassierenden Phänomene wie Europaskeptizismus, Rechtspopulismus und wachsender Nationalismus, der verstärkt auf nationale Alleingänge und Unilateralismus denn auf Integration, Zusammenarbeit und Multilateralismus setzt, keine Ruhe. Und angesichts der hier aufgeführten vielfachen Krisensymptome häufen sich zwar auch die positiven Bekenntnisse zur EU, aber im Grunde ist kein Ende in Sicht, was politische Gegensätze betrifft. Ebenfalls ist auch kaum ein mutiger Schritt nach vorne zu sehen, der wirklich substantiell die Integration der EU voranbringen könnte. Der aktuell ausgetragene und bisher ergebnislose Streit um den nächsten EU-Haushalt könnte kein besserer Beleg dafür sein. Statt sich mutig zur EU zu bekennen und in einem Akt gemeinsamer Verantwortung die wegfallenden Zahlungen Großbritanniens zu kompensieren und die EU mit einem tragfähigen Haushalt auszustatten, gibt es erneut ein nur noch schwer zu vermittelndes Gezänk um Geld, bei

dem die oberste Priorität zu sein scheint, die EU bloß nicht mit noch mehr Mitteln auszustatten, dies vor allem mit Rücksicht auf nationale Haushalte und Debatten.

Immerhin scheint es bei der Mehrheit der immer noch proeuropäisch eingestellten Verantwortlichen in Kommission, Parlament und Rat in Brüssel ein Bekenntnis zu bestimmten politischen Prioritäten zu geben, die angesichts der Krisensituation dringlich geboten sind. Und dazu gehört das klare Bekenntnis zu den europäischen Förderprogrammen im Bildungs- und Jugendbereich. So hat das Europäische Parlament bereits am 28.03.2019 (vgl. Europäisches Parlament 2019) mit überwältigender Mehrheit (605 Ja-Stimmen) den Bericht von *Milan Zver* (MdEP, EVP, Slowenien) angenommen, in dem eine deutliche Mittelerhöhung für das Programm Erasmus+ gefordert wird. Das Europäische Parlament schlägt eine Verdreifachung der Mittel auf 41 Milliarden Euro vor, damit mehr junge Menschen am Programm teilnehmen können. *Petra Kammerevert* (MdEP, S&D), Vorsitzende des Ausschusses Kultur und Bildung (CULT), bekräftigt diese Forderung und appelliert eindringlich an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten: „Man kann nicht immer über die Bedeutung von Erasmus+ schwadronieren und dann nicht bereit sein, den Geldbeutel zu →



öffnen. Es geht darum, Menschen in Europa zusammenzubringen und der Jugend Europas einen guten Weg in die Zukunft zu ebnet.“ ([www.jugendpolitikeneuropa.de/beitrag/haltung-das-europaeische-parlament-bestimmt-seine-position-fuer-erasmus-und-das-europaeische-solidaritaetskorp-ab-2021.10792](http://www.jugendpolitikeneuropa.de/beitrag/haltung-das-europaeische-parlament-bestimmt-seine-position-fuer-erasmus-und-das-europaeische-solidaritaetskorp-ab-2021.10792); Zugriff: 06.04.2020)

Der Grund für diese klaren Bekenntnisse zu Erasmus+ findet sich denn auch unmittelbar in der verabschiedeten Entschließung des Parlaments, wenn es heißt: „Investitionen in Lernmobilität für alle (...) sind der Schlüssel, um inklusive, demokratische, kohärente und resiliente Gesellschaften zu bilden (...) und gleichzeitig einen Beitrag zur Stärkung der europäischen Identität, Grundsätze und Werte und zu einer demokratischen Union zu leisten.“ (Europäisches Parlament 2019, S. 4)

Ähnliche Bekenntnisse und einen mit ebenso deutlicher Mehrheit angenommenen Bericht seitens des Parlaments gibt es zum Europäischen Solidaritätskorps.

Man hat also offenbar in Brüssel erkannt und verstanden, dass es im Moment dringend geeignete Instrumente für eine gelingende Integration, für die Förderung europäischer Identität und europäischer Bürgerschaft braucht. Und ungeachtet des Haushaltsstreits ist auch momentan davon auszugehen, dass die künftige Programmgeneration mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet sein wird als die jetzige. In diesem Sinne sind die beiden europäischen Jugendprogramme, Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps, zusammen mit der in 2018 verabschiedeten erneuerten EU-Jugendstrategie, als ein gemeinsames Paket und als deutliche gesellschafts- und jugendpolitische Reaktion und als Signal zu verstehen, das ein Zeichen für mehr Zusammenhalt in der Europäischen Union geben soll.

### Der Beitrag der europäischen Jugendprogramme

Doch welchen Beitrag leisten die europäischen Jugendprogramme eigentlich? Worin besteht ihre spezifische Wirkung und was macht sie so unverzichtbar angesichts der oben skizzierten Herausforderungen für Europa und die europäische Integration? Zahlreiche Studien und die Begleitforschung zu den Programmen ([www.researchyouth.eu](http://www.researchyouth.eu)) bestätigen die positiven Wirkungen auf junge Menschen und weisen den Kompetenzgewinn nach, den sie durch die Teilnahme an Maßnahmen des Programms erlangen.

So fördert Erasmus+ JUGEND IN AKTION auf der individuellen Ebene bei den teilnehmenden Jugendlichen interkulturelle Verständigung, Fremdsprachenkompetenz, Eigeninitiative, Teamfähigkeit, die Bereitschaft zu europäi-

schem Engagement und vieles mehr. An einem Projekt aus Erasmus+ JUGEND IN AKTION teilzunehmen, weitet den eigenen Blick. Viele geförderte Projekte widmen sich zudem zeitnah aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie dem Umgang mit Geflüchteten und Migranten, der Jugendarbeitslosigkeit oder der Umweltproblematik. In der Beschäftigung mit diesen Themen werden die jugendlichen Teilnehmenden in den Projekten für die europäischen Werte sensibilisiert. Gleichberechtigung, Solidarität und Vielfalt werden praktisch gelebt.

## Man hat offenbar in Brüssel erkannt und verstanden, dass es im Moment dringend geeignete Instrumente für eine gelingende Integration, für die Förderung europäischer Identität und europäischer Bürgerschaft braucht.

98 % der Teilnehmenden in Erasmus+ JUGEND IN AKTION empfehlen auch anderen, im Programm mitzumachen. Auf Organisationsebene sind die positiven Wirkungen ebenfalls beeindruckend. Das Programm ermöglicht es der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, sich europäischer auszurichten.

Insgesamt spielen die Programme bei der Gestaltung und Entwicklung Europas eine herausragende Rolle. Die jungen Menschen erwerben europäische Handlungskompetenzen, lernen Europa zu verstehen, darin zu leben und sich zu engagieren, zu lernen und zu arbeiten.

Erfreulich ist auch die Tatsache, dass die Programme offen für alle jungen Menschen sind und nicht nur „bildungsprivilegierte“ oder besonders begüterte Jugendliche erreichen. Jungen Menschen mit geringeren Chancen und besonderen Bedürfnissen bieten die Programme erwerbsmäßig besonders viele positive Anreize und Entwicklungsmöglichkeiten. In der Leitaktion 1 des Programms Erasmus+ JUGEND IN AKTION, der Aktion mit den meisten Teilnehmenden, liegt der Anteil „benachteiligter Jugendlicher“ bei 43 % insgesamt und 46 % für das Format der Jugendbegegnungen. Auch der Prozentsatz von 26 % im Europäischen Freiwilligendienst (jetzt: Europäisches Solidaritätskorps) ist hervorzuheben. Sowohl Erasmus+ JUGEND IN AKTION als auch das Europäische Solidaritätskorps setzen deshalb aktuell und perspektivisch auf eine noch

stärkere Unterstützung bei der Erreichung und Einbindung entsprechender Zielgruppen.

Und auch insgesamt ist die Dimension und Reichweite des Gesamtprogramms Erasmus+ beträchtlich. Allein die Zahlen aus dem Jahre 2017 sind rekordverdächtig. Dies bestätigt der kürzlich von der Europäischen Kommission veröffentlichte „Erasmus+ Jahresbericht 2017“. Im Bereich der Lernmobilität verzeichnete das EU-Programm fast 800.000 Teilnehmende, 62.906 teilnehmende Organisationen und 18.090 geförderte Projekte. Und das Jugendkapitel Erasmus+ JUGEND IN AKTION ist besonders gefragt. Im Bereich der Lernmobilität von Einzelpersonen (Leitaktion 1), die das Gros des EU-Programms ausmacht, positionierte sich Erasmus+ JUGEND IN AKTION an erster Stelle bei der Anzahl der gestellten Anträge, der bewilligten Projekte und der teilnehmenden Organisationen.

In diesem Sinne leisten die beiden aktuellen europäischen Jugendprogramme, Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps, einen deutlichen Beitrag zu einer positiven europäischen Erfahrung junger Menschen. Daher weisen die gegenwärtig diskutierten Vorschläge zur Weiterführung der Programme ab 2021 sowie zur Mittelserhöhung auch in die richtige Richtung, um den positiven Beitrag noch zu verstärken, mehr junge Menschen zu erreichen und noch inklusiver zu werden, als dies bereits jetzt der Fall ist.

Wer ein soziales, solidarisches Europa will, muss allen jungen Menschen Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität ermöglichen – als Normalität statt als Ausnahme.

### Exkurs: die Wirkung europäischer Projekte konkret

Doch wie sieht die Wirkung europäischer Projekte vor Ort ganz konkret aus? Dies verdeutlicht ein Beispiel aus Leipzig. Mit dem Projekt „Solidarity connects Europe“ bereichert das *Soziokulturelle Zentrum „Die VILLA“*, koordiniert und gesteuert durch die *Fachstelle Europäische Jugendarbeit*, die lokale Jugendarbeit und ergänzt sie um den wichtigen europäischen Aspekt. In Zusammenarbeit mit 12 Offenen Kinder- und Jugendtreffs (OFTs) aus Leipzig und dem Leipziger Land werden bis Ende 2020 im Rahmen von Erasmus+ JUGEND IN AKTION (Leitaktion 1) über 25 Jugendbegegnungen und Fachkräfteaustausche mit Partnerorganisationen in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Polen, Tschechien und Slowenien durchgeführt. Im Fokus stehen Stadtgebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das globale Ziel ist der Ausbau der internationalen Jugendarbeit als ein wichtiger Bestandteil

und als eine wirksame Methode der Jugendarbeit. Europa soll für Jugendliche durch Maßnahmen der Jugendbegegnung erlebbar gemacht werden, um insbesondere Berührungängste gegenüber fremden Kulturen abzubauen. Die Themen und Inhalte der Jugendbegegnungen richten sich nach den Interessen der Teilnehmenden und sind äußerst vielfältig (z. B. Theater, Musik, Film, Outdoor, Zirkus, Sport).

Ein wesentliches Anliegen ist die Gewinnung von Jugendlichen mit wenigen oder keinen Erfahrungen im Ausland, welche bislang auch daran kein Interesse zeigten. Hierzu gehören beispielsweise jugendliche Treffbesucher\*innen aus einkommensschwachen Familien, Teilnehmende aus betreuten Wohngruppen oder auch Schulabbrecher\*innen.



Conference painting zum AdB-Projekt „SemiFit on Citizenship Education“ (Erasmus+); Seminar in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V. Foto: Stefanie Mayrwörger

Bis November 2019 haben bereits über 300 Personen an einer Begegnung teilgenommen – darunter rund 250 Jugendliche sowie 50 Sozial- bzw. Jugendarbeiter\*innen. Der erreichte Personenkreis ist jedoch wesentlich größer, denn im Rahmen der Jugendbegegnungen finden Projektpräsentationen und Abschlussfeste statt, welche von Eltern, Freunden oder Netzwerkpartnern besucht werden. Auch wenn es noch zu früh ist, die Wirkung des Gesamtprojektes einzuschätzen, so gibt es doch bereits jetzt im Rahmen einer Zwischenevaluierung wertvolle Erkenntnisse:

- Viele Teilnehmer\*innen revidieren im Verlauf des Austausches stereotypisches Denken und Vorurteile gegenüber Menschen aus anderen Ländern.
- Erste Erfahrungen im Ausland helfen den Teilnehmenden, selbstständiger zu werden, stärken sie in →

ihrem Selbstbewusstsein und bauen sprachliche und interkulturelle Fähigkeiten aus.

- Die Sozialarbeiter\*innen lernen durch die Begegnungen Kompetenzen im Bereich der internationalen Jugendarbeit: die Vorbereitung mit dem Partner, die Methodenvielfalt in der internationalen Jugendarbeit.
- Sie intensivieren die Beziehungsarbeit zu den Jugendlichen, indem sie nicht nur mehr Zeit miteinander verbringen, sondern beispielsweise auch der Elternkontakt stärker aufgebaut wird.
- Neue Besucher\*innen kommen durch das Projekt in die Treffs, da sich die Jugendlichen untereinander von den Begegnungen erzählen und über die sozialen Netzwerke präsent halten.

## Insgesamt spielen die Programme bei der Gestaltung und Entwicklung Europas eine herausragende Rolle. Die jungen Menschen erwerben europäische Handlungskompetenzen, lernen Europa zu verstehen, darin zu leben und sich zu engagieren, zu lernen und zu arbeiten.

Besonders positiv am Projekt sind die Wirkungen nicht nur auf die jugendlichen Teilnehmenden selbst, sondern auf das gesamte Umfeld wie Freunde und Verwandte sowie auch auf die Beziehungen zwischen den Sozialarbeiter\*innen und den Jugendlichen sowie den Angehörigen der Teilnehmenden. So berichtet eine Mutter: „Meine Sicht auf die EU ist seit der Jugendbegegnung meines Kindes positiver.“ Diese Einschätzung geht vermutlich auch auf die Tatsache zurück, dass mit den Eltern der Teilnehmenden vorbereitende „Elternabende“ veranstaltet werden, bei denen u. a. auch sehr transparent mit den Kosten einer Begegnungsmaßnahme umgegangen wird und die teilnehmenden Eltern erfahren, dass und wieviel Geld aus Europa unmittelbar ihren Kindern zugutekommt. Eine offenbar nicht alltägliche Erfahrung, die eine Mutter zu der Aussage verführte: „Endlich machen die da oben mal was für uns!“ Und eine Sozialarbeiterin berichtet über das Projekt: „Durch die Jugendbegegnung kam erst der Kontakt zu den Eltern zustande. Das ist für unsere tägliche Arbeit sehr hilfreich.“

Insgesamt steht das Projekt für eine besonders gelungene Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, die normalerweise nur selten in der Lage sind, Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit durchzuführen und im Feld eher unterrepräsentiert sind. Das Projekt wird also von der Jugendarbeit her gedacht und ausgeführt, erreicht besonders viele Jugendliche mit bildungs- und herkunftsbedingten Benachteiligungen und hat eine deutliche Wirkung in den Sozialraum hinein.

Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang die Rolle der *Fachstelle Europäische Jugendarbeit im Jugendkulturellen Zentrum „Die VILLA“* bleiben, die eine wichtige Koordinierungs- und Steuerungsfunktion für das Projekt hat. Die Fachstelle wird aus Mitteln des Freistaates Sachsen und der Stadt Leipzig finanziert und dient der langfristigen und nachhaltigen Verankerung der europäischen Jugendarbeit in Leipzig. Ein mehr als gelungenes Vorhaben, das andere Kommunen zur Nachahmung anregen sollte.

### Die europäische Debatte um Jugendarbeit

Die Diskussion um die Wirkungen der europäischen Jugendprogramme sowie um ihre Rolle im Feld der außerschulischen Bildung fügt sich nahtlos ein in die europäische Debatte um Jugendarbeit, wie sie intensiv etwa seit Verabschiedung der ersten europäischen Jugendstrategie 2009 und der ihr folgenden *1. European Youth Work Convention 2010* geführt wird.

Es geht dabei um ein einheitliches Verständnis von Jugendarbeit in Europa. Und trotz der vielfach festgestellten enormen Diversität des Handlungsfeldes ist der Beitrag, den Jugendarbeit zur Entwicklung von Jugendlichen und der Gesellschaft leistet, unbestritten. So betont beispielsweise die Abschlusserklärung der *2. European Youth Work Convention* vom 27.–30.04.2015 in Brüssel neben vielen anderen Wirkungen der Jugendarbeit insbesondere die Aspekte Einsatz für Demokratie, Menschenrechte, aktive Bürgerschaft, europäische Werte, Partizipation, Chancengleichheit und Mitspracherecht (vgl. Europäischer Jugendkongress 2015). Die Erklärung kommt zu dem Schluss, dass sich „Europa Jugendarbeit leisten muss! Entsprechende Investitionen sind ein unverzichtbarer Beitrag zur Entwicklung eines sozialen Europas.“ Die *2. Convention* war ein besonders wichtiger Meilenstein in der europäischen Debatte um Jugendarbeit. Sie forderte erstmalig die Entwicklung einer *European Youth Work Agenda*.

Den jugendpolitischen Rahmen dafür bildet seit Januar 2019 die neue EU-Jugendstrategie (vgl. EU-Jugendstra-

tegie 2018), die den jugendpolitischen Schwerpunkt auf die drei Handlungsfelder „Beteiligung, Begegnung und Befähigung“ setzt. Damit folgt die Strategie der Überzeugung, dass die Zielsetzungen am wirkungsvollsten in den wesentlichen Feldern des Jugendsektors erreicht werden können. Das Handlungsfeld *Begegnung* steht dabei für europäische Begegnungen, Beziehungen und Austausch junger Menschen, wie gezeigt eine der Grundlagen für die Förderung von Solidarität und europäischer Integration. Mitgliedstaaten sind eingeladen, grenzüberschreitende Mobilität für junge Menschen und Fachkräfte zu ermöglichen. Auch das solidarische Engagement junger Menschen soll gestärkt werden. Im Mittelpunkt des Aktionsbereiches *Befähigung* steht die weitere Stärkung und Profilierung von *Youth Work* in Europa. Eine neue *Youth Work Agenda* für Qualität, Innovation und Anerkennung von Jugendarbeit soll vor allem mehr europäische Kohärenz für das Feld ermöglichen. Hier geht es prioritär um die Unterstützung von qualitätsbildenden Grundlagen, wie z. B. in der Weiterbildung von Fachkräften oder bei rechtlichen Grundlagen und Ressourcen.



AdB-Projekt „SemiFit on Citizenship Education“ (Erasmus+); Seminar in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.  
Foto: Stefanie Mayrwörger

Die EU-Jugendstrategie greift also zentral genau die Aspekte auf, die den jugendpolitischen Rahmen auch für die EU-Jugendprogramme bilden: mehr Begegnungsmöglichkeiten für junge Menschen und Fachkräfte in Europa und mehr Anerkennung, Förderung und Weiterentwicklung von Jugendarbeit. Gleich an mehreren Stellen werden die Programme, insbesondere Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps, erwähnt und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Programme wirksam einzusetzen und zu nutzen.

### Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Verabschiedung der European Youth Work Agenda

Am 01.07.2020 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) hat angekündigt, im Rahmen der Präsidentschaft zu jedem der drei jugendpolitischen Kernbereiche der EU-Jugendstrategie einen Beitrag leisten zu wollen.

Im Bereich *Beteiligen* ist die Verabschiedung von Ratschlussfolgerungen unter dem bisherigen Arbeitstitel *Partizipation junger Menschen am demokratischen Leben in Europa* sowie die Durchführung einer zentralen EU-Jugendkonferenz im Kontext des EU-Jugenddialogs geplant. Im Bereich *Begegnen* soll die Ratsempfehlung zur Mobilität junger Freiwilliger in der EU aus dem Jahr 2008 wiederaufgelegt werden. Ob das während der deutschen Ratspräsidentschaft geschehen kann, ist allerdings noch unklar. Darüber hinaus fällt nach jetzigem Stand die finale Verabschiedung der künftigen EU-Jugendprogramme (Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps) ebenfalls in den Zeitraum der deutschen Ratspräsidentschaft. Im Bereich *Befähigen* wird die Forderung nach der Entwicklung einer *European Youth Work Agenda* aufgegriffen. Dies soll zum einen in Form einer Ratsentschließung geschehen. Zum anderen ist vorgesehen, der 3. *European Youth Work Convention*, einem Fachkongress mit bis zu 600 europäischen Teilnehmenden, die Funktion einer Kick-Off-Veranstaltung des Umsetzungsprozesses der Agenda zu geben. Es ist das Ziel, damit den Startpunkt eines europäischen Prozesses zu markieren, in dem es um die Entwicklung möglicher Strategien, Handlungspläne und die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Aktivitäten gehen soll. Die Convention dient neben dem Startpunkt des Umsetzungsprozesses der *European Youth Work Agenda* auch als zentrale Austauschplattform für die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Politik, Praxis und Forschung von Jugendarbeit.

Wichtig ist dem BMFSFJ als federführendem Akteur in Deutschland auch die Beteiligung des Feldes bei der Gestaltung der EU-Ratspräsidentschaft respektive der jeweiligen Dokumente und Maßnahmen. So sollen regelmäßig die Vorstellungen und Rückmeldungen der Länder, Kommunen und der Zivilgesellschaft zu den Vorhaben des BMFSFJ eingeholt werden. Dies geschieht maßgeblich durch sogenannte Dialogforen (wie am 11.12.2019 in Berlin).

Die im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft geplanten Maßnahmen und Aktivitäten lassen ein kraftvolles jugendpolitisches Signal erwarten, das vor allem dem →

Handlungsfeld der Jugendarbeit einen Schub verleihen kann. Auch das Thema Mobilität ist prominent vertreten und es bleibt zu hoffen, dass die Verabschiedung der europäischen Jugendprogramme mit einem deutlichen Mittelzuwachs gelingt und nicht im Klein-Klein des europäischen Finanzgezänks eine unbefriedigende Kompromisslösung zustande kommt, die dann eben keine Verstärkung der oben skizzierten Wirkungen ermöglicht.

### Fazit

Europa braucht angesichts vielfältiger Problemlagen ein verstärktes Bemühen für mehr europäische Integration. Das europäische Projekt kann nicht allein als Wirtschaftskonstrukt erfolgreich sein, sondern benötigt eine visionäre neue „Erzählung“. Europa muss von unten her gedacht und aufgebaut werden. Dabei kann die Jugendarbeit – flankiert und unterstützt von den europäischen Jugendprogrammen – eine bedeutende Rolle spielen.

Kaum ein anderes Handlungsfeld schafft es wie die Jugendarbeit, Jugendliche einzubinden, sie partizipieren und gestalten zu lassen. Und eine Jugendarbeit, die mehr als bisher die europäische Wirklichkeit und europäische Themen mitdenkt und zum elementaren Bestandteil ihres alltäglichen Instrumentariums macht, könnte umso wirkungsvoller zu einer neuen europäischen Erzählung beitragen. Das Engagement in und für Europa muss stärker in den Fokus von Jugendarbeit gerückt werden.

## Wer ein soziales, solidarisches Europa will, muss allen jungen Menschen Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität ermöglichen – als Normalität statt als Ausnahme.

Die Praxis zeigt es: Eigene europäische Erfahrungen im Kontext von europäischer Jugendarbeit (Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste, europäische Solidaritätsprojekte etc.) sind perfekte Voraussetzungen, um sich für Europa nachhaltig zu engagieren. Es braucht ein Recht auf Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität, und zwar als Normalität und nicht als Ausnahme (vgl. dazu von Hebel/Wicke 2016).

Darüber hinaus muss sich angesichts der bedenklichen Entwicklungen in Europa, die mehr und mehr die zent-

ralen europäischen Werte unterminieren, die europäische Jugendarbeit auch expliziter und bewusster mit den politisch sensiblen Fragestellungen der heutigen Zeit auseinandersetzen (vgl. dazu Ohana 2019). Europäische Jugendarbeit bedeutet auch Wertevermittlung und sollte so zu einem kritischen europäischen Bewusstsein beitragen. Oder anders ausgedrückt, europäische Jugendarbeit sollte zu einem Verantwortungsgefühl junger Menschen dafür beitragen, was innerhalb, außerhalb und wegen Europas passiert.

Die *European Youth Work Agenda* bietet eine gute Gelegenheit, all diese Aspekte zu thematisieren und eine offene und umfassende Debatte über die Rolle, Weiterentwicklung und die politische Dimension von europäischer Jugendarbeit und der europäischen Jugendprogramme zu führen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

### Zum Autor



**Claudius Siebel** Jahrgang 1969, studierte Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft an den Universitäten Bonn und Köln, seit 1998 in verschiedenen Funktionen bei IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. und JUGEND für Europa, Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps, tätig. Seit 2019 leitet er bei JUGEND für Europa den Bereich Grundsatz- und Fachthemen.

siebel@jfemail.de

### Literatur

**Europäischer Jugendkongress (2015):** Abschlusserklärung des 2. Europäischen Kongresses zu Youth Work: Making a world of difference. Brüssel, 27.–30.4.2015; [www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3694/EYWC2015\\_FINAL\\_de.pdf](http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3694/EYWC2015_FINAL_de.pdf) (Zugriff: 17.02.2020)

**EU-Jugendstrategie (2018):** Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: die EU-Jugendstrategie 2019–2027, (2018/C 456/01), 18.12.2018

**Europäisches Parlament (2019):** „Erasmus“: das Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. März 2019; [www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0324\\_DE.html?redirect](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0324_DE.html?redirect) (Zugriff: 17.02.2020)

**Hebel, Manfred von / Wicke, Hans-Georg (2016):** Is Europe really lost? Jugend- und bildungspolitische Erwägungen zur notwendigen Erneuerung Europas. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung 4/2016, S. 21–28

**Ohana, Yael (2019):** What's politics got to do with it? European youth work programmes and the development of critical youth citizenship. Bonn: JUGEND für Europa

*„Was sind die wichtigsten Herausforderungen für die Europäische Jugendpolitik und was erwarten Sie von der Deutschen Ratspräsidentschaft?“*

Es ist wichtig, dass mit der angestrebten Ratschlussfolgerung zu Jugend und Demokratie auch ein Anstoß gegeben wird, ein Verständnis und eine subsidiäre Verantwortlichkeit für Strukturen von Jugendarbeit auf europäischer Ebene zu fördern – und einzufordern: Jugendarbeit schafft Räume und Bedingungen zur Persönlichkeitsbildung. Es kommt ihr europaweit eine immer wichtigere Bedeutung für die Entfaltung und Entwicklung demokratischer Kompetenz, wie sie bspw. „Youth Critical Citizenship“ einfordert, zu. Wenn die nationalstaatlichen Ebenen beim Aufbau von Jugendarbeitsstrukturen, die diese Gelegenheiten bieten, weiterhin nicht im nötigen Maße vorankommen, sollte die Europäische Ebene demgemäß handeln können.

Hierzu gehört auch, einen inhaltlichen Aufbruch zu wagen für eine non-formale europäische Jugendbildungsarbeit, die Demokratie in der Praxis einlöst. Hoffentlich gelingt es auch, über die Ratspräsidentschaft auf eine einheitlichere Verantwortungsübernahme

durch die verschiedenen Programmakteure in den Mitgliedsstaaten hinzuwirken. Ob dies angesichts der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten immensen Belastungen der Haushalte der Mitgliedsstaaten gelingt, kann man aktuell nur hoffen.

Ich würde mir zudem mehr als ein deutliches Wort in Richtung Viktor Orban wünschen. Die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien und der EU-Grundrechtecharta hat Ausmaße angenommen, die nicht nur den Rechtsstaat infrage stellt und Menschenrechte systematisch unterläuft, sondern das fragile europäische Projekt tagtäglich ad absurdum führt: Es können menschenrechtlich und demokratisch keine double standards in der EU akzeptiert werden.



**Georg Pirker** ist Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB und Vorsitzender des europäischen Netzwerks DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

pirker@adb.de

# What's politics got to do with it?

## European youth work programmes and the development of critical youth citizenship

Das diesem Text zugrundeliegende Diskussionspapier von Yael Ohana, herausgegeben von JUGEND für Europa, versucht die Debatten rund um die politische Dimension der Jugendarbeit zu beschreiben und in Kontext zueinander zu stellen. Neben einer tiefgründigen Analyse und Bestandsaufnahme schlägt das Papier konkrete Handlungsfelder vor, um kritisches Denken, zivilgesellschaftliches Handeln, Autonomie und Demokratiebewusstsein junger Menschen zu fördern. Auch wenn das Papier bereits vor der Corona-Krise verfasst wurde, greift es aktuelle Problem- und Fragestellungen auf, die in der momentanen Situation verstärkt zum Vorschein kommen. Die aufgeführten Handlungsempfehlungen erhalten hierdurch eine zusätzliche Relevanz und Dringlichkeit.

von Yael Ohana

*The smartest way to keep people passive and obedient is to strictly limit the spectrum of acceptable opinion, but allow very lively debate within that spectrum.*  
Noam Chomsky (1998)

European youth work <sup>1</sup> interpreted as political is under threat. It is becoming increasingly difficult to address sensitive and controversial issues of the day without negative consequences for individuals and organisations. In an increasing number of countries, including those in the EU, doing so could result in your organisation being excluded

from funding, you yourself being accused of over-stepping your mandate as an educator and people in positions of authority withdrawing their trust. This is a political issue in and of itself. For many in the community of practice, <sup>2</sup> an important element of their professional and vocational identities is engaging young people meaningfully as citizens, impacting not only their civic and political acumen but also their political agency.

In this context, it has become imperative for the European youth work community of practice to question what the political dimension of European youth work is, why it

<sup>1</sup> „European youth work“ should be understood in a broad sense, as the work with young people (mainly of an educational nature) which a) considers 'Europe' or 'European issues' as a key framework consideration or context, and/or b) uses funding from European youth work programmes or is organised centrally by one of the European youth work support institutions, and/or c) takes place between different countries in Europe (international) or in one country in Europe (national with a European dimension), and/or d) is conducted by organisations whose capacity has been built by European youth work programmes. In our understanding, any combination of at least two of these criteria would qualify a youth work project as European youth work.

<sup>2</sup> „European youth work community of practice“ should be understood as being made up of all those actors and stakeholders who consider themselves part of the European youth work sector, including, among others, youth leaders, project carriers, youth organisations, ministries responsible for youth and civil servants responsible for youth policy, European institutions and their programmes of youth work support, National Agencies of the Erasmus+ and other youth-relevant education and mobility programmes, multipliers and youth activists associated with the institutional programmes, trainers and their representative associations or the pools they form and even young people themselves.

is necessary to think about it and work on it and how it is possible to do this in their day-to-day practice with young people in European projects.

Doing so raises six existential dilemmas for European youth work, as follows:

1. **Project Europe:** as an aspirational project to advance human rights, the rule of law and democracy. *Europe has come to be increasingly invisible in European youth work.*
2. **Purpose:** European youth work should contribute to the emergence of a sense of responsibility for what happens in, around and because of Europe. *This is increasingly absent from the structural frameworks regulating, funding and providing capacity development support for youth workers and youth leaders conducting youth work from a local through to a European level.*
3. **Political & social change:** youth active engagement in socio-political causes and change. *This is no longer considered a given good nor is it favoured, funded or extensively supported. It is the result of the closing space for civil society to act as a platform for consensus-building around politically sensitive issues.*
4. **Participation:** in other words, enabling the civic awareness and competence that initiates young people into active citizenship. *This is no longer a priority topic in European youth work projects; many power asymmetries are even being replicated in the context of face-to-face youth work activities.*
5. **Power and agency:** namely, competences for civic engagement and the power of young people to address injustice. *European youth work projects are strong on personal development but less strong on supporting the real world agency of young people; they focus insufficiently on how to put learning into practice. This is arguably due to a lack of competence and confidence on the part of youth workers and leaders in working on the political.*
6. **Pedagogy:** specifically, how the methodological practice is conceptualised. *Evaluation and research show that youth work projects are most effective at engaging young people in motivating experiences and authentic communication with their peers, but there are limits in their capacity to deliver deeper processes of co-creation, participation and social transformation, particularly in short-term projects.*

Unless European youth work reconsiders its own 'politics' and works towards the development of a broad, open and permanently re-evaluated consensus on what it seeks to promote and defend through its interventions – *in other words, unless it develops a principled stance towards its own idea of itself* – it will be relegated to nothing more than 'lively debate within a politically predetermined spectrum of acceptable opinion' (vgl. Chomsky 1998).

The time is ripe for radical renewal in the way European youth work conceptualises its role and purpose, as well as in the way it executes that mission. Radical renewal does not refer to revolution. It is a deliberate and reasoned paradigm change. It requires the idea of working within current systems to consolidate those aspects that already work well, rethinking and changing those that do not and introducing new aspects that can fill identified gaps.

Nine areas of intervention, understood as 'starting points', are relevant for jump-starting this process of renewal:

1. **A transparent and joined up debate:** a more inclusive and open European debate on the political and civic mission of European youth work and how policy can support this mission is urgently needed. This debate must avoid previous pitfalls – being closed, inward-looking and self-referential and running parallel to actual policymaking without having an influence.
2. **Facilitated peer learning:** youth work practitioners need their own peer learning and networking opportunities. At the the same time, they need opportunities for inter-disciplinary exchange (e.g. with other disciplines from the youth policy triangle, i.e. policy and research, and with other sectors, including formal education, private philanthropy, development cooperation, etc.). This will foster a focus on the political and civic mission of youth work, and result in the emergence of innovative practices for its implementation under today's political, cultural, social and economic conditions.
3. **More and better competence development opportunities and offers:** the 'political' needs to once again become a fundamental framework and content for European youth work. This would require, among other things, the operationalisation of existing competence models into training-specialised offers; the reintroduction of regular 'standardised' training courses for youth workers and youth leaders using the European programmes to learn the basics of critical emancipatory →



pedagogy and how to adapt it to the current socio-political conditions relevant to the European youth work projects receiving funding and training on the civic and political mission of European youth work for managers and project officers working in the European youth work programmes.

4. **Systematic evaluation and research:** mapping key approaches as well as their effectiveness to the political and other themes being addressed in European youth work projects is essential. Explicit enquiries into whether and how those conducting European youth work construct it as political and also into the relationship between the impacts identified and the pedagogical approaches in use could be included in established youth work evaluation processes. Conducting such enquires as participatory action youth research involving the young people concerned would provide depth and meaning and avoid such research becoming sterile data collection.
5. **Fit-for-purpose funding:** funding approaches need to take into account new and unprecedented challenges to efforts for progressive social change as initiated and implemented by young people. Structural change in the funding operations of key stakeholders is necessary, including efforts to reduce unnecessary bureaucracy, to develop more creative outreach strategies and to favour a culture of dialogue and communication with grantees.
6. **Educational innovation:** pedagogy in European youth work needs to be politically explicit and to focus on critical engagement with themes and processes inherent to the health of democracy, rule of law and human rights, locally, nationally and at the European level. The power dynamics that are inherent in the positioning of young people in projects must be a key quality criterion for assessment when it comes to grant-making as well as a key question for the pedagogical approach.
7. **Youth work content:** European youth work projects need to embrace political themes like 'power', Europe/European integration, politics and policy, democracy, rule of law and human rights, as well as contemporary domestic and European controversies and dilemmas of contemporary society and history in an open and non-judgemental way. European youth work project programmes must encourage potential users to present projects that take up controversial issues and explore alternative narratives about

European identity and about visions for Europe and European integration, rather than turning them away.

8. **Co-creation of youth work with young people:** young people need to be in the lead in European youth work projects, supported by others (professionals, adult volunteers, advisors), and not merely consumers of project activities offered to them by organisations that work on behalf of young people and perpetuate their own existence. This requires a 'de-professionalisation' of the project funding application process, but does not have to mean less quality in terms of the process, results and impact of such projects – rather, the opposite.
9. **Europeanisation of youth work:** European youth work needs to continue to move with the times and Europeanise itself, focusing on supporting young people to work on and in European values – human rights, rule of law, democracy, and peace – and to take a position on the deficits and gaps in European integration and cooperation and the position and responsibility of Europe in the world. European youth work needs to engage in advocacy towards European institutions and towards national governments for a European approach to youth work policy development and implementation. It needs to walk its own talk.



Workshop zum Thema „Blended Learning“ im AdB-Projekt „SemiFit on Citizenship Education“ (Erasmus+) im Oktober 2019 in Trento, Italien Foto: Stefanie Mayrwörger

The European youth sector has already begun with some work on all of these 'starting points'. The challenge is how to make them more explicit, visible and accessible to the wider community of practice and how to bring them into the mainstream agenda, linking them to each other in a way that forms a viable agenda.

To make the qualitative leap in the direction of a more critical, democratic, emancipatory and empowering pedagogical practice, that can push the bar on the 'participating', 'co-creating' 'changing/transforming, European youth work needs to renew its commitment to three fundamental framing principles for political education, as outlined by Otten (Ohana/Otten 2012). These describe the kind of political championship that is required now and in the years to come.

- The '... "obligation to be intolerant", in the sense of active intervention if human rights, as the ethical-political foundation of a European concept of justice, are violated'.
- The 'democratisation of European democracy as an ongoing process of "imagining the impossible"' and co-creating alternative European narratives together with other members of the 'political' community (which implies that young people become aware of their position as members of a political community, i.e. as citizens).
- The effort to 'go beyond "personhood" and become social actors', which implies 'the movement from being an ethical, but nevertheless passive and self-interested individual to being an interested and informed stakeholder in society that expresses solidarity through action in everyday life with others'.

The question remains: Who is going to stand up for the political in European youth work?

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

Das Diskussionspapier ist in Kurz- und Langfassung kostenlos verfügbar auf [www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/projekte/critical-youth-citizenship](http://www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/projekte/critical-youth-citizenship). Druckexemplare sind in Kürze bei JUGEND für Europa erhältlich.

### Zur Autorin



**Yael Ohana** ist Expertin im Bereich der non-formalen Bildung und der internationalen Jugendarbeit, arbeitet bei der Open Society Foundations in Berlin. Ihre jüngste Arbeit bezieht sich auf politische interkulturelle Bildung und die Förderung von aktivem, kritischem bürgerschaftlichem Engagement junger Menschen: [www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/projekte/critical-youth-citizenship](http://www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/projekte/critical-youth-citizenship)

[yael.ohana@opensocietyfoundations.org](mailto:yael.ohana@opensocietyfoundations.org)

### Literatur

**Chomsky, Noam (1998):** The smart way to keep people passive and obedient is to strictly limit the spectrum of acceptable opinion but allow very lively debate within that spectrum, *The Common Good*. London: Odonian Press

**Ohana, Yael / Otten, Hendrik (Eds.) (2012):** Where Do You Stand: Intercultural Learning and Political Education in Contemporary Europe. Wiesbaden: Springer VS

*„Was sind die wichtigsten Herausforderungen für die Europäische Jugendpolitik und was erwarten Sie von der Deutschen Ratspräsidentschaft?“*

Die COVID-19-Pandemie zeigt, wie anfällig die europäische und internationale Jugendpolitik für unvorhergesehene Krisen ist und zugleich, welch großen Beitrag europäische Solidarität und interkulturelles Lernen in solchen Zeiten leisten kann.

Europäische Jugendpolitik und die EU-Jugendprogramme Erasmus+ JUGEND IN AKTION und das Europäische Solidaritätskorps sind durch die aktuelle Gesundheitskrise mehr oder weniger zum Stillstand gekommen. Die EU-Jugendprogramme basieren fast

ausschließlich auf der Mobilität junger Menschen und der grundlegenden Annahme, dass europäische Solidarität, europäisches Bewusstsein und interkulturelles Lernen durch transnationale Begegnung und Austausch gefördert werden. Auch im Jugendbereich bemüht man sich daher aktuell, die digitalen Möglichkeiten der Begegnung auszunutzen und so viel wie möglich in den virtuellen Raum zu „verlagern“. Ironischerweise könnte so die lange erwartete digitale Transformation des europäischen Jugendarbeitsbereichs nun endlich den nötigen Schub bekommen, um wirklich Fahrt aufzunehmen.

Dennoch steht in Frage, ob Online-Erfahrungen bürgerliches und politisches Bewusstsein in gleicher →

Weise fördern, wie „reale“ Erfahrungen in der europäischen Jugendarbeit. Zugleich birgt das ehrenamtliche Engagement junger Menschen und ihre Bereitschaft zur Solidarität in Krisenzeiten ein noch ungeahntes Potenzial. Es gilt daher Wege zu finden, um dieses durch die EU-Jugendprogramme flexibel und wo nötig unbürokratisch zu fördern.

In dieser außergewöhnlichen Situation sehe ich zwei große Herausforderungen für die europäische Jugendpolitik und die EU-Jugendprogramme: Erstens besteht die Tendenz, in Aktionismus zu verfallen und alle Ressourcen und politische Aufmerksamkeit auf die Krise zu lenken, in der Hoffnung, so die Legitimation des Jugendarbeitsfeldes auch post-COVID zu sichern. Eigentlich jedoch sollte man sich mit Bedacht damit auseinandersetzen, was der konkrete und adäquate Beitrag von Jugendarbeit auch mittel- und langfristig auf diese epochale Krise sein kann und soll. Zweitens besteht durch die im Zusammenhang mit der Pandemie gefassten Maßnahmen eine reale Bedrohung für die Integrität europäischer Demokratien und damit für die künftigen politischen und sozialen Bedingungen junger Menschen. Die Einschränkungen freiheitlicher Grundrechte in der Europäischen Union zur Eindämmung von COVID könnten sehr leicht zur „neuen Normalität“ werden – nämlich dann, wenn Regierungen erkennen, dass sie nebenbei politische Macht und staatliche Autorität ausbauen können. Der schrumpfende Raum für die Zivilgesellschaft und die damit verbundenen Auswirkungen auf progressive Jugendbewegungen, die Zivilgesellschaft und Jugendarbeit sind eine reale und bestehende Gefahr in *jeder* Krise. Anti-demokratische Tendenzen, Nativismus und Rassismus, welche die Politik einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union schon vor der Pandemie zunehmend geprägt hatten, verstärken sich nun. Die Verantwortungsträger europäischer Jugendpolitik müssen daher darauf achten, dass COVID nicht als Vorwand dafür genommen wird, national-populistische Agenden voranzutreiben und politische Jugendarbeit weiter zu unterbinden. Europäische Jugendpolitik und Jugendprogramme können und sollten Rahmenbedingungen schaffen, damit europäische Solidarität verhandelt, definiert und als gemeinsames Projekt formuliert werden kann und damit junge Menschen und ältere Generationen die europäische Gesellschaft, in welcher sie jetzt und in Zukunft

leben wollen, gemeinsam gestalten können. Aktives, kritisches bürgerschaftliches Engagement junger Menschen ist heute mehr denn je gefragt.

Ich erwarte daher von der Bundesregierung, dass sie sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft im Jugendbereich für folgende drei Belange einsetzt: *erstens* für eine europäische Jugendpolitik, die Demokratie, Solidarität, Offenheit und interkulturelles Bewusstsein gezielt fördert – nicht nur in Krisenzeiten, sondern als grundlegenden Auftrag; *zweitens* für die Gestaltung und Finanzierung europäischer Jugendprogramme, die sich mit aktuellen politischen und sozialen Themen befassen, einschließlich weniger bequemer Themen wie Menschenrechte, der Situation von Minderheiten und Rassismus, und nicht nur mit „neutralen“ Themen wie Mobilität und Freizeit. *Drittens* sollte das Konzept von „aktivem, kritischem bürgerschaftlichem Engagement“, verbunden mit einem interkulturellen Ansatz, bei politischen Debatten um Jugendarbeit in ganz Europa berücksichtigt und gefördert werden.

**Yael Ohana**

yael.ohana@opensocietyfoundations.org

# Europapolitische Bildung in der Schule

Oder: warum die nonformale politische Bildung gerade hier eine wichtige Aufgabe hat!

**Politische Bildung und politische Sozialisation sind komplexe, lebenslange Prozesse, die sich in unterschiedlichen Bildungs- und Sozialisationsinstanzen vollziehen. Auch wenn Bildung mehr als Schule ist, kommt ihr eine zentrale Funktion zu. Auch aus der Perspektive von Jugendlichen ist sie einer der zentralen Lern- und Begegnungsorte. Damit verfügt die Schule über ein enormes Potenzial zur Entwicklung eines politischen, mithin auch eines europapolitischen Bewusstseins. Denn das Thema Europa ist heute Bestandteil der Kerncurricula des Politikunterrichts für die Sekundarstufen in Deutschland.**

von Ulrich Ballhausen

Die außerschulische politische Bildung kann also, so könnte man meinen, davon ausgehen, dass Jugendliche in der Schule dem unbestritten wichtigen Thema Europa bzw. der Europäischen Union irgendwie begegnet sein müssten und sie sich folglich auf ihre eigenen Kernaufgaben und pädagogischen Selbstverständnisse konzentrieren könnte. Warum dies nicht der Fall ist und warum die nonformale politische Bildung hier ein besonderes Handlungsfeld hat bzw. haben sollte, sollen die folgenden kurzen Hinweise mit Verweisen auf aktuelle Forschungen verdeutlichen.

## Politische Bildung in der Schule: ein randständiges Fach

Der Bildungsbereich wird in den einzelnen Bundesländern nicht nur unterschiedlich bezeichnet und zum Teil mit anderen Fächern kombiniert (z. B. Politik/Wirtschaft), sondern muss vor allem auch mit einer marginalen Stundenausstattung auskommen (vgl. Gökbudak/Hedtke 2018, S. 2 f.). In der Sekundarstufe I stehen im bundesweiten Durchschnitt etwa nur 2,2 % der Stundentafel für diesen Bildungsbereich zur Verfügung. Auf Grund der Differenz zwischen den einzelnen Bundesländern kann von einer „Gleichwertigkeit des Rechts von Kindern und Jugendli-

chen auf politische Bildung in der Schule keine Rede sein.“ (Ebd.) Diese Problemlage verschärft sich zusätzlich, wenn die unterschiedlichen Schularten und die damit korrespondierenden sozial-strukturellen Zusammensetzungen in den Blick genommen werden. So profitieren vor allem Gymnasialschüler\*innen „nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ von den hochwertigeren Angeboten der politischen Bildung. (...) Dies ist an den anderen Schulformen nicht nur seltener der Fall, sondern zugleich wird der Politikunterricht dort eher als langweilig, oberflächlich oder kompliziert wahrgenommen.“ (Achour/Wagner 2019, S. 1 f.)

## Politische Bildung in der Schule: zu viel fachfremder Unterricht

Qualität steht auch in einem engen Zusammenhang mit Qualifikationen. In Bezug auf einen fachfremd unterrichteten Politikunterricht kommt eine Analyse der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) beispielsweise für das Bundesland Nordrhein-Westfalen u. a. zu folgendem Ergebnis: In Nordrhein-Westfalen „wird das Fach Politik in der Hauptschule zu 85,6 Prozent fachfremd unterrichtet, in der Sekundarschule zu 81,7 Prozent, in der Realschule zu 62,7 →

Prozent, an der Gesamtschule zu 64,7 Prozent und an den Gymnasien zu 27,2 Prozent. (...) Es ist davon auszugehen, dass auch in den weiteren Bundesländern der Anteil fachfremden Unterrichts in politischer Bildung (...) hoch ist.“ (Lange 2018, S. 5) Auch wenn fachfremd unterrichteter Politikunterricht nicht per se der schlechtere Politikunterricht sein muss, weist *Raphaella Porsch* auf der Grundlage zahlreicher Studien zu unterschiedlichen Fächern darauf hin, dass fachfremd unterrichtende Lehrer\*innen „Schwierigkeiten im Klassenmanagement“ haben können und eine „eingeschränkte Methodenvielfalt im Unterricht zeigen“, ihnen „die Förderung von leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern im Vergleich zu ihren Fachkolleginnen und -kollegen weniger gut“ gelingt, sie „eventuell keine adäquaten Lehr-Lernüberzeugungen bzw. Überzeugungen über das Fach bzw. den zu vermittelnden Gegenstand“ besitzen, sie „häufig ihr fachbezogenes Wissen und unterrichtliches Handeln selbst als unzureichend einschätzen“ und zur Kompensation „Strategien wie das Auswendiglernen von Inhalten“ anwenden und sie, sofern sie fachbezogene Wissenslücken bei sich wahrnehmen, „geringe selbstbezogene Überzeugungen besitzen“ (Porsch 2016, S. 26 f.).

### **Das Thema EU/Europa in den Lehrplänen: ein Flickentepich mit Leerstellen**

Eine vergleichende Studie der *Europäischen Akademie Berlin* (vgl. Geyr et al. 2007) kam vor einigen Jahren noch für alle Fächer und Schulstufen zu dem ernüchternden Ergebnis, dass je nachdem, wo ein/e Schüler\*in wohnt, sie in der Schule unterschiedlich viel von Europa mitbekommen. Im Fach Politik – so die Studie – reichte die Spannweite etwa von Rheinland-Pfalz, das als Umzugsland für jene empfohlen wird, die ihren Kindern europäisch orientierte Bildung angedeihen lassen wollen, bis zum Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, bei dem das Thema eher einen geringen Stellenwert einnahm. Zu einer etwas anderen Gesamteinschätzung kommen heute Hedtke et al. (2020) auf der Basis einer (bisher unveröffentlichten) Curriculumanalyse des sozialwissenschaftlichen Lernfeldes in den sechs bevölkerungsreichsten Flächenbundesländern. In Bezug auf das Vorhandensein von europapolitischen Inhalten und Kompetenzen in den gymnasialen und nichtgymnasialen Sekundarstufen gehen sie insgesamt von einer *guten Repräsentanz* aus. Dieser Zusammenfassung ist – bei aller Unterschiedlichkeit in Bezug auf die einzelnen Bundesländer und Sekundarstufen – aber nur dann zuzustimmen, wenn das Thema Europa bzw. die Europä-

ische Union lediglich als ein Thema unter vielen anderen begriffen und nicht in seiner grundlegenden Bedeutung für die politische und demokratische Struktur verstanden und eingeordnet wird. Auf europäischer Ebene, so eine Studie der EU, ist in der Hälfte der Mitgliedsstaaten Europabildung in der Schule im Gesetz verankert und mit der Aufforderung verbunden, die EU in mindestens einem Fachbereich der Primar- und Sekundarbildung zu integrieren. Die Studie diagnostiziert dabei große Unterschiede zwischen den Ländern in der Kenntnisvermittlung über die EU. Neben einer starken Fragmentierung in den Lehrplänen gibt es zudem nur wenige Belege für eine progressive Europabildung, die Schüler\*innen von grundlegenden Tatsachen zu einem komplexeren Verständnis der EU führt. Umfang und Form der Vermittlung ist zudem stark von der politischen Konstellation in den jeweiligen Ländern und vom Engagement und Interesse der Lehrpersonen abhängig (vgl. Europäische Union 2013).

### **Europapolitische Bildung in der Schulpraxis: zahlreiche Grunddilemmata**

Aus der Analyse der konkreten Schul- und Unterrichtspraxis lässt sich in Bezug auf eine europapolitische Bildung – nicht nur für Deutschland – ein ganzes Bündel an spezifischen Herausforderungen und Problemen beschreiben: Europapolitische Bildung wird allzu oft als beliebiger, verordneter und eher unwichtiger Unterrichtsstoff von den Lehrkräften verstanden; wird oftmals in fragmentierter und kurzer Form angeboten; leidet als Randthema unter Zeitmangel; ist vielfach als Unterrichtsstoff ein unpopuläres Thema unter Schüler\*innen; verfügt über unendlich viele didaktische Materialien, die Lehrkräfte als überfordernd einschätzen und erscheint auch für Lehrkräfte oft zu weit weg, nicht erlebbar und gestaltbar.

### **Europabezogenen Lehramtsausbildung: ein Trauerspiel**

Die Schwierigkeiten einer europapolitischen Bildung in der Schule, der Vorrang institutionenkundlichen Lernens und ein mangelndes Interesse können auch in den unzureichenden Qualifikationen der Lehrkräfte begründet sein. So kommt *Monika Oberle* (2015/2017) in ihrer Studie zur europapolitischen Bildung in der Schule auf der Basis einer Lehrer\*innenbefragung zu dem Ergebnis, dass die Thematik nur randständig bis gar nicht vorkommt. Bei nur 3,5 % der befragten Lehrkräfte wurde der Gegenstand während des Studiums sehr ausführlich und bei 17,6 % ausführlich behandelt. Bei 38,2 % war es ein Thema am

Rande und bei 40% kam diese Thematik überhaupt nicht vor. Unter fachwissenschaftlicher Perspektive wurde es bei etwas über 80% der Lehrkräfte während des Studiums nur am Rande oder gar nicht thematisiert und unter fachdidaktischer Perspektive erhöht sich der Prozentsatz auf 98,3%. Auch während der Zeit im Studienseminar wird diese Problematik nicht korrigiert, denn auch hier verweisen 82,8% der Lehrkräfte auf eine Randstellung bzw. auf eine Nichtthematisierung.



Nonformale europapolitische Bildung Foto: Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule

### Schlussfolgerungen

Das hier vorgetragene Drama ist selbstverständlich nur eine allgemeine Einschätzung und wird dem Engagement zahlreicher Schulen und Lehrkräfte nicht gerecht. Es sollte auch nicht als Bestätigung jener Vorurteilsstrukturen verstanden werden, die aus dem Feld der *außerschulischen Bildung* gegenüber der Schule vorgetragen werden. Für die Schule und die Praxis der Lehramtsausbildung lassen sich aus dieser kurzen Beschreibung zahlreiche Konsequenzen ableiten, die einer weiteren Aufarbeitung bedürfen.

Für die nonformale europapolitische Bildung sollte sich daraus aber mindestens eine intensivierete Angebotsstruktur zu europapolitischen Themen, eine optimierte Kooperationsstruktur mit Schulen, eine bildungspolitische Offensive im Interesse von Kindern und Jugendlichen und im Interesse der europäischen Idee sowie ein verstärktes Qualifizierungsangebot in Kooperation beider Bereiche ergeben.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

### Zum Autor



**Ulrich Ballhausen** ist Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) der Leibniz Universität Hannover und arbeitet seit über 30 Jahren im Bereich der nonformalen politischen Jugendbildung, der internationalen Jugendarbeit und der europapolitischen Bildung.

ballhausen@idd.uni-hannover.de

### Literatur

**Achour, Sabine / Wagner, Susanne (2019):** „Wer hat, dem wird gegeben.“ Untersuchung zur politischen Bildung an Schulen. Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse. Berlin: FES

**Europäische Union (2013):** Learning Europe at School. Final Report – DG EAC

**Geyr, Maja von et al. (2007):** Die Europäische Dimension in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Vergleichende Studie im Auftrag der Europäischen Kommission – Vertretung in Deutschland. Berlin

**Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2019):** Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Working Paper No. 9. Bielefeld: Uni Bielefeld

**Hedtke, Reinhold et al. (2020):** Politische Bildung und Demokratie lernen in der Sekundarstufe. Curriculumanalyse für den Bereich Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche in den Fächern der sozialwissenschaftlichen Bildung. Bielefeld: Uni Bielefeld

**Lange, Valerie (2018):** Politische Bildung in der Schule – ein Statusbericht. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Kultusministerien. Berlin: FES

**Oberle, Monika (2015/2017):** Perspektiven schulischer Bildung zur Europäischen Union; <https://musterkonzepte.nibis.de/uploads/1mk-europa/europa/Frau%20Prof.%20Dr.%20Oberle.pdf> (Zugriff: 12.05.2020)

**Porsch, Raphaela (2016):** Fachfremd unterrichten in Deutschland. Definition, Verbreitung, Auswirkungen. In: Die Deutsche Schule 108. Jahrgang 2016, Heft 1, S. 9–32

# Die Bedeutung des Quality Label for Youth Centres für das wannseeFORUM

Interview mit Dr. Roman Fröhlich und Tina Leskien, Stiftung wannseeFORUM

Am 31. August 2019 wurde der Stiftung wannseeFORUM als erste deutschsprachige außerschulische Jugendbildungsstätte das Qualitätssiegel für Jugendzentren des Europarats für die Jahre 2019–2021 offiziell verliehen. Die Jugendbildungsstätten, die europaweit dieses Label tragen, vereint die Einhaltung von 15 Kriterien, die vom Anbieten einer toleranten und sicheren Arbeitsumgebung über die Gewährleistung von Beteiligungsstrukturen von Jugendlichen bei Programm- und Konzeptentwicklung bis hin zu Service- und Kundenorientierung reicht. Menschenrechte spielen dabei eine besondere Rolle.

## Was bedeutet das Quality Label for Youth Centres für das wannseeFORUM?

Zunächst einmal bedeutet es für unsere gesamte Einrichtung den Ausdruck von Anerkennung und insbesondere eine Wertschätzung für die pädagogische Leitlinie und die konkrete Bildungsarbeit des Hauses. Wir sind nun Teil eines gesamteuropäischen Netzwerkes, momentan bestehend aus 14 Jugendbildungseinrichtungen, das stetig wächst. Derzeit sind wir die einzige Bildungsstätte im deutschsprachigen Raum. Das sehen wir wiederum mit der Verantwortung verbunden, unser Wissen mit anderen interessierten Bildungsstätten zu teilen.

Das *Quality Label for Youth Centres* zeichnet für alle Teilnehmer\*innen und Gäste sichtbar die Qualität unseres Hauses aus. Die Qualitätskriterien, denen wir dabei standhalten müssen, reichen vom Schwerpunkt der Einrichtung über die Schaffung eines toleranten, respektvollen Klimas bis hin zur aktiven Beteiligung von Jugendlichen an der Programmgestaltung. Für alle Bereiche des Hauses gelten nun europäische Standards. Die Mitarbeiter\*innen sehen sich dem Label verbunden und treten damit für die Men-

schenrechte und Grundfreiheiten ein, für die der Europarat und seine 47 Mitgliedstaaten stehen.

Wer im wannseeFORUM Veranstaltungen durchführt, tut das in einer Einrichtung, die ausgezeichnet ist für die Achtung der Menschenrechte und das Eintreten für die Menschenrechte. Eine Zertifizierung durch die, nach eigener Aussage, führende Menschenrechtsorganisation des Kontinents zeichnet nicht nur die Qualität der Menschenrechtsbildung und Standards in unserem Hause aus. Es ist zugleich ein klares Bekenntnis für ein solidarisches Europa und für die Unabdingbarkeit der Menschenrechte und gegen einen wachsenden Rassismus, dem sich klar entgegenzustellen ist.

Politische Bildungsarbeit kann im 21. Jahrhundert nicht in nationalstaatlichen Grenzen gedacht werden, schon gar nicht innerhalb der Mitgliedstaaten des Europarats. Bildner\*innen müssen Auswirkungen globaler Herausforderungen in Bezug auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Migration, Digitalisierung und Klimawandel analysieren und kritisch hinterfragen. Dazu wollen wir als Jugendbildungsstätte explizit beitragen. Mit der Verabschiedung der Agenda Bildung 2030 durch die Vereinten

Nationen entstand eine staatenübergreifende Verpflichtung für schulische und außerschulische Einrichtungen, ihre Lehr- und Seminarpläne inklusiv und diversitätsbewusst zu gestalten. Leitgedanke ist der Anspruch, chancengleiche Bildung für alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder sozialem Milieu zu ermöglichen.

Jugendliche und Multiplikator\*innen aus ganz Europa als Gäste zu begrüßen, ist für die Stiftung wannseeFORUM nicht nur deshalb eine besondere Bereicherung. In den Seminaren wird zudem die kritische Auseinandersetzung mit eigenen Grenzen gefördert, ein Beitrag zum Abbau von Bias. Die Auszeichnung gibt der Stiftung darüber hinaus die Möglichkeit, gemeinsam mit Kolleg\*innen aus ganz Europa Standards für die Vermittlung von Human Rights Education zu setzen. Mit dem Label kommen wir unserem Ziel, ein Tor für Jugendliche nach Europa und von Europa nach Berlin zu sein, einen großen Schritt näher.

Jährlich treffen sich Bildungsreferent\*innen und Hausleitungen alternierend in den Bildungsstätten zu Weiterbildungen. Nicht nur unsere Einrichtung profitiert davon. Eine nicht unerhebliche Anzahl der Beschäftigten sind auf Landes- und Bundesebene in Gremien eingebunden, in die sie ihre Erfahrungen hineinbringen können. Dazu zählen die *Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung* und der *Arbeitskreis der Berliner Jugendbildungsstätten* (ABJ), vor allem aber der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.* (AdB), seine Fachkommissionen und sein Programm „Politische Jugendbildung im AdB“.

### Was hat sich durch das Label verändert?

Durch die Verleihung des *Quality Label* des Europarates für Jugendzentren und die Kooperation mit der *Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“* sowie die Durchführung des transnationalen Projektes ART WORKS! hat sich für uns der Fokus auf die Menschenrechtsbildung seit 2018 deutlich verstärkt. Wir betrachten sie als fachbereichsübergreifendes Querschnittsthema, das zunehmend an Relevanz und Sichtbarkeit gewinnt. Neben der zunehmenden Internationalisierung unserer Seminarformate stellt diese Profilschärfung zeitgleich ein großes Potenzial und eine große Herausforderung dar. Wir müssen uns u. a. mit dem künftigen Stellenwert der Menschenrechtsbildung im Gesamtangebot der Bildungsstätte auseinandersetzen, Erfahrungen auswerten sowie Konzepte für erprobte Angebote weiterentwickeln.

Tatsächlich ergaben sich schon erste Veränderungen während des Bewerbungsprozesses. Abteilungsübergrei-

chend entwickelten wir eine Respektcharta. Sie enthält die Werte, denen wir uns verpflichtet sehen und akzentuiert die Bedeutung der Menschenrechte und des Grundgesetzes für unsere Arbeit. Letzteres ist auch in unserer Satzung Bezugspunkt. Die Charta wird allen Gästen vor dem Besuch zur Kenntnis zugeschickt und zu Beginn unserer Eigenseminare vorgestellt. Dieser Grundkonsens gibt Orientierungshilfe beim Umgang miteinander und wirkt unter den Beschäftigten und unseren Gästen im Alltag.

Nicht nur hier waren alle Bereiche des Hauses eingebunden. Da, neben der Qualität der Bildungsarbeit, die gesamte Einrichtung bewertet wird, zogen alle Bereiche, von Hauswirtschaft über Haustechnik und Verwaltung bis hin zur Pädagogik an einem Strang. Das brachte alle Beschäftigten der Stiftung einander näher. Gemeinsam gelang es uns, den Anforderungskatalog zu erfüllen. Diese Kriterien stehen weiterhin auf dem Prüfstand und nach einer dreijährigen Testperiode wird entschieden, ob wir das Label weiterführen dürfen.

### Welchen Entwicklungsbedarf sehen Sie?

Zu den Herausforderungen, denen wir uns derzeit stellen, zählt u. a. die Schaffung eines Jugendbeirats. Da wir keinen Träger im Hintergrund haben, sind junge Teilnehmer\*innen in den Entscheidungsgremien der Stiftung nicht vertreten. Den sich hier abzeichnenden Widerspruch zwischen der Beteiligung der Jugendlichen in der Planung und Durchführung von Seminaren, aber keiner direkten Vertretung in Vorstand und Kuratorium, gilt es aufzulösen.

Einen weiteren Baustein sehen wir darin, Menschenrechte nicht nur in unseren Seminaren zu akzentuieren, sondern sie im Alltäglichen sichtbar und erfahrbar zu machen. Konkret beschäftigen wir uns mit der Gestaltung unserer Flure, der Schlaf- und Seminarräume und der Überprüfung und Auslage von Seminar- und Informationsmaterial. Nur wenn Menschenrechte sichtbar und verständlich sind, können sie eingefordert werden.

Die Anzahl unserer Projekte auf europäischer Ebene nimmt stetig zu. Dies drückt sich auch auf Zuwendungsseite aus. Wir stellen vermehrt Anträge bei Erasmus+ JUGEND IN AKTION und arbeiten mit Partnern aus ganz Europa zusammen. Um hier erfolgreich zu sein, müssen alle Bereiche des Hauses mitgenommen und entsprechend fortgebildet werden. Zudem sticht die Einführung eines neuen Planungsinstruments, des sogenannten Actionplan, bevor. Hierzu erhielten alle Einrichtungsleiter\*innen der gelabelten Zentren eine Fortbildung. Um gegenseitige →



Sprachbarrieren abzubauen, sehen wir zudem den Bedarf von Englischkursen für die Belegschaft.

### Welche Erkenntnisse können Sie an andere Einrichtungen weitergeben?

Alle Bereiche der Einrichtung machen neue Erfahrungen und bekommen neue Impulse von denen wir als Ganzes profitieren. Grundvoraussetzung dafür ist, dass sich alle darauf einlassen und so stehen wir immer wieder vor neuen Herausforderungen. Der Schritt auf die europäische Ebene ist kein Selbstläufer und fordert Zeit und Geduld von allen Beteiligten. Umso größer ist die Freude, wenn unsere Einrichtung eine weitere Stufe erklommen hat, die Umsetzung der Qualitätsstandards des *Youth Centre Quality Label of the Council of Europe* zu gewährleisten. Auch wenn es, wie aktuell durch die Corona-Krise langsamer vorangeht, es lohnt sich auf jeden Fall, sich auf europäischer Ebene zu engagieren.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

### Zum Interviewpartner / zur Interviewpartnerin



**Dr. Roman Fröhlich** ist Pädagogischer Leiter der Stiftung wannseeFORUM.

fruehlich@wannseeforum.de

Foto: Ralph Pache



**Tina Leskien** ist Dozentin im Fachbereich Politische Bildung der Stiftung wannseeFORUM.

leskien@wannseeforum.de

Foto: Privat

# „Bildung passiert in Wechselwirkung“

## Zur subjektiven Bedeutung von Bildungsfreistellung

**Bildungsfreistellung ist ein bildungspolitisch kontrovers diskutiertes Thema, dem vielfältige Wirkungen sowohl zu- als auch abgesprochen werden. Der Beitrag stellt Ergebnisse einer qualitativen Studie vor, die von 2017 bis 2019 mit dem Ziel durchgeführt wurde, langfristige biographische Wirkungen der Mehrfachteilnahme an Bildungsfreistellungsveranstaltungen zu erforschen. Teilnehmer\*innen, die mindestens dreimal Seminare zur politischen Bildung besucht haben, bestätigen retrospektiv aus subjektiver Perspektive Wirkungen hinsichtlich der Entwicklung neuer Lern- und Bildungsinteressen, politischer Horizonterweiterung, besserer Kritik- und Urteilsfähigkeit.**

von Christine Zeuner und Antje Pabst

Seit 1974 in den Bundesländern Bremen, Hamburg und Niedersachsen nach verschiedenen bildungspolitischen Initiativen und langen Diskussionen die ersten Bildungsurlaubsgesetze eingeführt wurden, hat sich ihre Zahl mittlerweile auf 14 Ländergesetze erhöht. Nachdem 2015 Baden-Württemberg und Thüringen entsprechende Gesetze verabschiedeten, verzichteten nur noch Bayern und Sachsen darauf, Arbeitnehmer\*innen bezahlte Bildungsfreistellung zu ermöglichen (vgl. Schmidt-Lauff 2018).

Die Einführung von Bildungsurlaubs-, Bildungsfreistellungs- und Bildungszeitgesetzen war in den meisten Bundesländern nicht unumstritten (vgl. Zeuner 2017). Argumente für und gegen sie wurden häufig vehement ausgetauscht. Aus der Sicht der jeweiligen Akteure, v. a. der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, erscheinen Argumentationslinien konsistent und in sich schlüssig. Während die Gewerkschaften erwarteten, dass Bildungsfreistellung v. a. zur Erhöhung der Chancengleichheit beitragen und gleichzeitig lernungsgewohnten Bevölkerungsgruppen Impulse für lebenslanges Lernen geben würde, verwiesen die Arbeitgeber auf bereits existierende Regelungen für die betriebliche Bildung, für die sie die Verantwortung trugen – sie reichten ihrer Meinung nach

aus. Argumenten wie Chancengleichheit oder Abbau von Bildungsungleichheit erteilten sie eine Absage, da ihrer Meinung nach weder im notwendigen Umfang entsprechende Zielgruppen erreicht würden, noch die erwarteten Wirkungen tatsächlich zu belegen seien. Hinzu kam der Hinweis auf die unberechenbaren finanziellen Belastungen, die die Arbeitgeber durch Lohnfortzahlung und Arbeitsausfall kompensieren müssten. Letztlich ging es bei den Auseinandersetzungen immer auch um Machtfragen bezogen auf Einflüsse und Verfügung über Arbeitskräfte auf der einen und Ressourcenfragen (Geld und Zeit) auf der anderen Seite (vgl. Faulstich 2013; Pabst 2020).

Wir wollen in dem folgenden Beitrag diese jahrzehntelangen Diskussionen nicht vertieft rekonstruieren aber darauf hinweisen, dass Bildungsfreistellung ein nach wie vor kontroverses Thema ist, selbst wenn die Gesetzeslage eher das Gegenteil vermuten lässt. Obwohl nur die Bildungsfreistellung allen Arbeitnehmer\*innen ein individuelles Recht auf Bildung zusichert – die Weiterbildungsgesetze der Länder regeln zumeist organisatorische, strukturelle und finanzielle Aspekte – wird sie weiterhin in Frage gestellt. Und dies auch, obwohl das Bundesverfassungsgericht 1987 eine Klage der Arbeitgeberverbände der Bundesländer →

Hessen und Nordrhein-Westfalen gegen die jeweiligen Gesetze unter Hinweis auf eine Allgemeinwohlverpflichtung abgewiesen hat, die sich sowohl auf notwendige qualifikatorische Anpassungen an ökonomische Transformationsprozesse bezieht als auch auf die Freistellung für politische Bildung (vgl. Bundesverfassungsgericht 1987).

Die geringe Inanspruchnahme der Bildungsfreistellung ist evident. Erhebungen auf der Ebene einzelner Bundesländer und zusätzliche Hochrechnungen zeigen eine durchschnittliche Inanspruchnahme von ein bis zwei Prozent aller Berechtigten jährlich. Das muss aber nicht heißen, dass diejenigen, die ihren Anspruch auf Freistellung wahrnehmen, keinen Nutzen aus der Teilnahme an entsprechenden Bildungsveranstaltungen ziehen oder sich keine Wirkungen manifestieren. Diese Frage wurde bisher empirisch kaum untersucht (vgl. Faulstich 2013). Evaluationen von Bildungsfreistellungsgesetzen geben aber Hinweise darauf, dass eine systematische Erhebung zum Thema Wirkungen durchaus fruchtbar sein könnte (vgl. Frühwacht/Gemein/Schröder 2007, S. 65; Robak 2015).

Die Frage nach möglichen Wirkungen ist Ausgangspunkt unseres Projekts *„Bildungsfreistellung: Hintergründe, Entwicklungen und Perspektiven. Strukturelle und biographische Aspekte zum Lernen im Lebenslauf“*, in dem mittels einer qualitativen Erhebung untersucht wurde, welche individuellen biographischen Effekte Teilnehmende retrospektiv ihrer mehrfachen (mindestens dreimaligen) Teilnahme an Bildungsfreistellungsveranstaltungen zuschreiben. <sup>1</sup>

Wir werden im Folgenden zunächst einen kurzen Überblick über Fragestellung und Anlage unserer Studie geben, um dann wichtige Ergebnisse zusammenzufassen, die sich auf die Wirkungen der Mehrfachteilnahme v. a. in Folge des Besuchs von politischen Bildungsveranstaltungen beziehen. Abschließend werden wir diskutieren, welche Bedeutung den Trägern und Anbietern von Bildungsfreistellungsveranstaltungen beigemessen werden kann und fragen, welche Rolle sie konkret in Bezug auf die Ansprache potenzieller Teilnehmer\*innen, die Programmplanung und die Angebotsgestaltung übernehmen. Im Resümee werden bildungspolitische Handlungsstrategien für die Stärkung der Bildungsfreistellung benannt.

<sup>1</sup> Das Projekt wurde durch das Hamburger Institut für Berufsbildung (HIBB) und das Ministerium Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz gefördert. Laufzeit: 1. Juni 2017 bis 31. Dezember 2019. (Zur genaueren inhaltlichen Darstellung vgl. Zeuner/Pabst 2018; 2019; 2020. Ein Ergebnisband zum Projekt wird im Laufe des Jahres 2020 im Wochenschau Verlag erscheinen.)

## Mehrfachteilnahme an Bildungsfreistellung:

### Projektskizze

Ausgangspunkt des Projekts war folgende Forschungsfrage: *„Welche langfristigen, subjektiven, (bildungs-)biographischen Wirkungen und Effekte hat die Mehrfachteilnahme an Veranstaltungen der politischen und/oder beruflichen Bildung im Rahmen von Bildungsfreistellungsgesetzen?“*

Unser Anliegen war es:

1. Aufschluss darüber zu bekommen, welche *subjektiven Begründungen* die Befragten für die mehrfache Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen von Bildungsfreistellungsgesetzen anführen,
2. zu erfahren, welche *subjektiven und biographischen Bedeutungen* sie ihrer Mehrfachteilnahme beimessen,
3. zu verstehen, welche *langfristigen (bildungs-)biographischen Wirkungen* unsere Interviewpartner\*innen aus subjektiver Perspektive rekonstruieren.

Wir vermuteten vielfältige Wirkungen durch die Mehrfachteilnahme, wobei neben gezielt ausgesuchten und besuchten Bildungsangeboten vielfältige – auch en passant – genutzte Informationsmöglichkeiten, Ereignisse, Begegnungen und Aktivitäten zur Bildung des Subjekts, zur Subjektwerdung und Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Wir unterstellten weder unmittelbare und direkt erkennbare Ursache-Wirkungsketten, noch war es unser Anliegen, Gelerntes oder kumuliertes Wissen oder gar Erfahrungen unserer Interviewpartner\*innen auf irgendeine Art und Weise zu messen oder zu bewerten.

Uns interessierten die Begründungen der Befragten und die von ihnen thematisierten *biographischen und bildungsbiographischen Bedeutungen*. Da wir *langfristige* biographische Wirkungen und Wirkungszuschreibungen untersuchen wollten, war es notwendig, sich auf Personen zu konzentrieren, die mehrfach entsprechende Bildungsfreistellungsveranstaltungen besuchten. Damit trafen wir notwendigerweise und bewusst eine Positivauswahl bezogen auf die Bildungsaffinität der zu befragenden Zielgruppe und legten Prämissen zum methodischen Vorgehen fest. Mit der Entscheidung für eine qualitativ-empirische Studie und dem Ziel einer möglichst breiten Informationsgewinnung, setzten wir auf das Prinzip der Varianzmaximierung im Stichprobensampling. Das heißt, wir versuchten bei der Auswahl unserer Gesprächspartner\*innen ein gewisses Maß an Diversität zu erzeugen, bezogen auf besuchte Inhaltsbereiche (politische Bildung/berufliche

Bildung), Altersspanne, Geschlecht, Bildungshintergrund und ausgeübten Beruf.

Der Forschungsansatz zielt auf die Rekonstruktion subjektiver Wirkungszuschreibungen bzw. -interpretationen. Wir wollten der Tatsache Rechnung tragen, dass Wirkungen, die sich aus Bildungsteilnahme ableiten lassen, in biographische, temporale, strukturelle und organisatorische Zusammenhänge eingebettet sind, die ein Wirkungsgefüge darstellen. Vor diesem Hintergrund entwickelten wir ein multiperspektivisches Forschungsdesign, das als Mehrebenen-Analyse angelegt ist. Die Berücksichtigung der Makro-, Meso- und Mikroebene erlaubt es, Wirkungszusammenhänge und Wirkungsgefüge zu rekonstruieren, da die Akteure der Ebenen interagieren müssen und durch ihr Handeln begrenzend oder erweiternd auf das strukturelle Bedingungsgefüge des Bildungsurlaubs wirken. Die Abbildung zeigt die Akteure des Bedingungsgefüges in ihren jeweiligen Wechselverhältnissen. Hierin eingebettet sind vielfältige Wirkungsdimensionen.

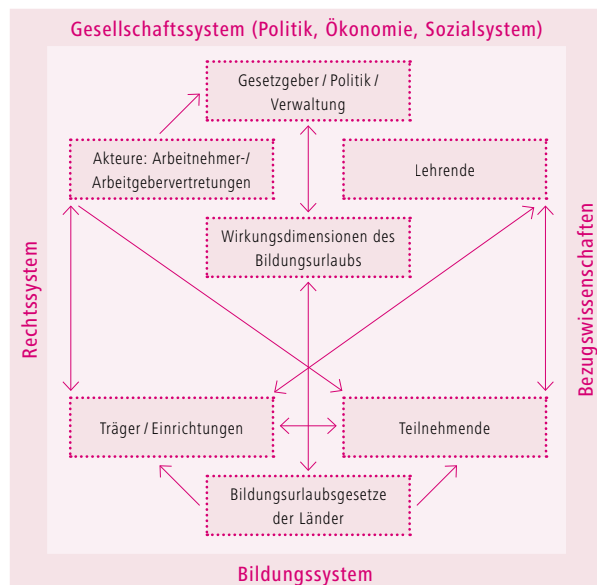


Abbildung: Wirkungsgefüge und Wirkungszusammenhänge der Bildungsfreistellung (eigene Darstellung)

Die verschiedenen Akteure – Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildungssystem und die lernenden Subjekte – verfolgen jeweils eigene Zielsetzungen und formulieren Wirkungsintentionen. Diese spiegeln sich in den Gesetzen und Durchführungsverordnungen ebenso wie in Dokumenten, die im Rahmen der Diskussionen um die Verabschiedung der Gesetze geführt wurden. Auch haben Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und die

Wissenschaft immer wieder Stellungnahmen oder Forschungsberichte veröffentlicht, die ihre Auffassungen verdeutlichen. Sichtbar wird, dass v. a. bezogen auf die Systemebene Ziele formuliert werden. Die Teilnahme an Bildungsfreistellung soll aus der Sicht der Politik zur Demokratieförderung beitragen, die Wirtschaft erhofft eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Bildungssystem soll die Chancengleichheit verbessert werden, das quartäre Bildungssystem aus- und aufgebaut werden, politische und berufliche Bildung sollen inhaltlich stärker aufeinander bezogen werden. Bezogen auf die Subjektebene werden Wirkungserwartungen hinsichtlich höherer Teilnahmequoten an Weiterbildung insgesamt geäußert. Bildungsurlaub soll Impulse für lebenslanges Lernen geben, Bildungsdefizite abbauen und Bildungsinteressen fördern.

Es wird unmittelbar deutlich, dass sich die Erreichung dieser Zielsetzungen, ausschließlich bezogen auf das bildungspolitische Instrument Bildungsfreistellung nur schwer nachweisen lassen, da es nur eines von vielen Interventionsmöglichkeiten im Bildungssystem ist, dessen Wirkungen nicht singular zu erfassen sind.

Dagegen ist es aber möglich, bezogen auf Individuen bildungsbiographische Wirkungen und Wirkungszusammenhänge zu rekonstruieren, bei denen aus subjektiver Sicht auch die Mehrfachteilnahme an Bildungsfreistellungsveranstaltungen eine Rolle spielt. Im Mittelpunkt unseres Forschungskonzepts steht daher die Analyse der Aussagen der Teilnehmenden über ihre Begründungen und Erfahrungen zur Mehrfachteilnahme an Bildungsfreistellungsveranstaltungen, die in 27 explorativ-narrativen Interviews erhoben wurden. Interviewt wurden 14 Frauen und 13 Männer im Alter von 20 bis 69 Jahren mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen.

Unsere Interviewpartner\*innen haben Angebote der politisch-gesellschaftlichen Bildung und der beruflichen Bildung (11 Personen) oder nur der politisch-gesellschaftlichen Bildung (11 Personen) sowie nur der berufsbezogenen Bildung (5 Personen) im Rahmen der Bildungsfreistellung besucht. Einige von ihnen haben an Studienreisen teilgenommen, andere nutzten die Freistellung im Rahmen weiterbildender Studiengänge für Präsenzphasen und/oder Prüfungsphasen. Die unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkte wurden bewusst berücksichtigt und Interviewpartner\*innen gezielt ausgewählt.

Da die Teilnahme an Veranstaltungen zur Bildungsfreistellung die Schaffung einer entsprechenden Bildungsinfrastruktur voraussetzt, haben wir in unsere Analyse auch die Makroebene der Gesetzgebung bzw. der Anerken- →

nung von Bildungsfreistellungsveranstaltungen sowie die Mesoebene der Träger und Anbieter mit einbezogen, um Informationen zu erhalten, die die Teilnahme an Bildungsfreistellung im Idealfall begünstigen. Neben Dokumenten- und Sekundärdatenanalysen wurden auf diesen Ebenen 25 Experteninterviews geführt (sieben Interviews auf der Makroebene und 18 Interviews auf der Mesoebene) (vgl. Zeuner/Pabst 2018; 2019; 2020).

### Wirkungen der Bildungsfreistellung im Rahmen politischer Bildung

Zwar ist jedes der 14 Bildungsfreistellungsgesetze etwas unterschiedlich formuliert und die Inhaltsbereiche variieren leicht – nur wenige Gesetze schließen allgemeine und kulturelle Bildung mit ein – aber politische Bildung hat in jedem Gesetz seinen Platz. Gleichwohl ist ihr Anteil an der Gesamtmenge aller anerkannten Bildungsveranstaltungen unterschiedlich ausgeprägt. Die regelmäßigen statistischen Erhebungen des Landes Rheinland-Pfalz zeigen, dass Veranstaltungen der politischen Bildung nur knapp 20 % aller Veranstaltungsanerkennungen in den Jahren 2017/2018 ausmachen (vgl. MWWK RLP 2019, S. 9); nach den Angaben der Hamburger Anerkennungsstelle umfassen ca. 30 % der Anerkennungen pro Jahr Veranstaltungen der politischen Bildung.

In beiden Gesetzen werden Lernziele bezogen auf die politische Bildung definiert, die sich auch als Wirkungsinentionen umformulieren lassen.

So heißt es im Hamburger Bildungsurlaubsgesetz:

*„(2) Politische Bildung soll die Fähigkeit der Arbeitnehmer fördern, politische Zusammenhänge zu beurteilen und politische und gesellschaftliche Aufgaben wahrzunehmen.“* <sup>2</sup>

Das Bildungsfreistellungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz legt fest:

*„(3) Gesellschaftspolitische Weiterbildung dient der Information über gesellschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge sowie der Befähigung zur Beurteilung, Teilhabe und Mitwirkung am gesellschaftlichen, sozialen und politischen Leben.“* <sup>3</sup>

<sup>2</sup> <https://bildungsurlaub-hamburg.de/g881> (Zugriff: 30.03.2020)

<sup>3</sup> [www.aewb-nds.de/bildungsurlaub/gesetzstatistikberichte](http://www.aewb-nds.de/bildungsurlaub/gesetzstatistikberichte) (Zugriff: 30.03.2020)

Politische Bildung soll also einerseits über gesellschaftliche, politische und soziale Zusammenhänge informieren und andererseits die Menschen bei der Beurteilung dieser Zusammenhänge unterstützen mit dem Ziel der politischen Teilhabe und Partizipation.



Seminar on Tour: Exkursion zum Milchviehbetrieb im Rahmen des Seminars „Landwirtschaft und Umweltschutz im Einklang?“

Foto: Melanie Haase / Mariaspring

Die Aussagen unserer Gesprächspartner\*innen, die schwerpunktmäßig Veranstaltungen der politischen Bildung besucht haben, lassen erkennen, dass sie mit der Teilnahme vielfältige Wirkungen verbinden, die sich v. a. auf Einstellungs- und Verhaltensänderungen sowie ihre Handlungsmöglichkeiten beziehen, aber auch auf ihr emotionales Befinden. Davon abgeleitet bestätigen einige wiederum erweiterte/veränderte Lern- und Bildungsinteressen.

Das emotionale Befinden im Rahmen der Lehr-Lernprozesse spielt für viele der Befragten eine besondere Rolle und beeinflusst sie positiv oder negativ. Es wird mehrfach positiv über methodisch-didaktische Konzepte in Bildungsfreistellungsveranstaltungen berichtet, die sich zumeist deutlich von Lernerfahrungen in schulischen Kontexten oder auch während des Studiums unterscheiden.

*„Das ist einfach so, ich studiere ja nicht mehr und ich muss jetzt nicht irgendwie eine Abschlussarbeit abliefern, sondern ich kann frei und unbelastet mich diesem Thema wieder annähern und das habe ich auch gemacht.“* (Mikro HH 05\_637-640)

Hervorgehoben wird der gleichberechtigte Umgang zwischen Lehrenden und Lernenden, die Freiheit, Inhalte selbst mitbestimmen und gestalten zu können sowie die Möglichkeit der Begegnung mit anderen – mit den

Seminarleiter\*innen und Teilnehmer\*innen ebenso wie eingeladenen Gästen oder mit Expert\*innen im Rahmen von Exkursionen. Den Inhalten werden weitergehende Bedeutungen zugeschrieben, wenn sie im Austausch mit anderen erarbeitet werden und führen zu Bildungsprozessen:

*„Bildung passiert in Wechselwirkung. Die ist nicht in den Inhalten, sondern sie ist in der Interaktion und die Inhalte sind eigentlich nur ein Substrat davon oder etwas, was man benutzt, aber die eigentliche Substanz liegt in dem, was man austauscht und wie man sich begegnet usw.“ (Gr RLP\_389-392)*

In der Retrospektive berichten Mehrfachteilnehmende über biographische Veränderungen. Zur Sprache kamen u. a. Berufswechsel, bei denen verschiedene Formen der Weiterbildung eine Rolle spielten bis hin zur Aufnahme eines weiterbildenden Studiengangs. Sie alle führen dies u. a. auf Erfahrungen zurück, die sie bei Bildungsurlaubsveranstaltungen gemacht haben. Diese haben ihre Perspektiven erweitert, zur kritischen Hinterfragung des eigenen Lebensentwurfs geführt, haben ihr Selbstbewusstsein verbessert und ihr Selbstvertrauen v. a. hinsichtlich ihrer eigenen Lernfähigkeiten gestärkt:

*„Also für mich auf meinem Lebensweg war die Bildungsfreistellung, die ersten Seminare überhaupt, wo ich gesehen habe, wie Bildung auch sein kann, also nämlich nicht lerne XY und dann wirst du abgeprüft, sondern ich durfte mich so weiterbilden und so meinen Wissenshunger stillen so in meinem Tempo und so, wie ich es will. Das hat mich unheimlich ange-macht, sodass ich wirklich irgendwann auch nochmal studiert habe, nochmal was und nochmal Bildung und in meinem Leben hat sich plötzlich Bildung unheimlich breitgemacht bis hin (lacht sehr leicht), dass ich jetzt in Bildung arbeite.“ (Gr RLP\_208-215)*

Der Anspruch an die politische Bildung, politische, gesellschaftliche und soziale Zusammenhänge zu vermitteln und die Kritik- und Urteilsfähigkeit der Menschen zu stärken, also im weitesten Sinn Einstellungen der Teilnehmenden zu verändern, wird durch die Mehrfachteilnehmenden bestätigt. Einige von ihnen berichten über ihre Erfahrungen durch die Begegnungen und die Auseinandersetzung mit bisher unbekanntem Themen. Hervorgehoben wird, dass besonders auch durch die inhaltlichen Diskussionen mit anderen Teilnehmenden, die häufig über sehr unter-

schiedliche Erfahrungen, Einstellungen, Einschätzungen und Urteile verfügen, der eigene (Denk-)Horizont erweitert und u. U. herausgefordert wird.

Die Interviewsituationen lösten bei einigen Befragten Reflexionsprozesse aus, aufgrund derer sich die Teilnehmenden im Nachhinein einen Zuwachs an Urteils- und Reflexionsfähigkeit attestieren.

*„Also ich habe einfach ein Stück tiefere Erkenntnis über die Welt, wenn ich es jetzt mal so ganz groß sagen möchte. Ich habe einfach ein Puzzlestein in meinem Weltbild oder in meinen Gedanken mehr, wo ich sage, okay, da habe ich ein tieferes Verständnis und wenn ich das mal da und mal da und mal da habe, dann fügen sich das so quasi zusammen.“ (Mikro RLP\_03\_234-244).*

Identifiziert werden Aspekte wie das Erkennen und der Abbau von Vorurteilen; die Veränderung subjektiver Einstellungen durch das Verstehen politischer, ökonomischer und sozialer Zusammenhänge; eine erhöhte Sensibilität im Umgang mit medial vermittelten Informationen durch die Begegnung mit Menschen in den Kursen aber auch in anderen Ländern. Durch den Perspektivwechsel – einem Blick von außen auf Entwicklungen im eigenen Land – wird der eigene Standpunkt hinterfragt oder eine neue Einordnung vorgenommen. Veränderungen von Perspektiven und Überprüfung eigener Standpunkte werden besonders von Personen thematisiert, die an Studienreisen teilgenommen haben. So berichtet ein Gesprächsteilnehmer über eine Reise nach Ungarn, in deren Fokus die nationalistischen und populistischen Entwicklungen standen. Die dort gemachten Erfahrungen reflektiert er im Vergleich mit deutschen Entwicklungen.

Der Anspruch politisch zu handeln als Folge der Teilnahme an Bildungsfreistellungsveranstaltungen wird in den Interviews nicht ganz so deutlich. Einige Interviewpartner\*innen berichten, dass sie durch die Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen auch im beruflichen Bereich profitieren und an Selbstbewusstsein gewonnen haben. Andere versuchen, Kolleg\*innen oder Bekannte zur Teilnahme an Bildungsfreistellung zu animieren. Wieder andere schreiben ihre Erlebnisse und Erfahrungen auf und verarbeiten sie künstlerisch, um sie dann anderen Menschen weiter zu vermitteln.

### **Bedeutung der Mesebene für die Bildungsfreistellung**

Auf der Grundlage einer Mehrebenenanalyse kann verdeutlicht werden, inwiefern die rechtlichen, orga→

nisatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen die Möglichkeiten der Bildungsfreistellung mitbestimmen: Unter anderem unterliegen die durch die Makro- und Mesoebene bereitgestellten Angebote bestimmten Anerkennungsverfahren (Veranstaltungsanerkennung/ Einrichtungsanerkennung) und damit einer spezifischen Form der Absicherung hinsichtlich der Kriterien (z. B. mindestens sechs Unterrichtsstunden pro freigestelltem Kurstag), die für alle beteiligten Akteure (Arbeitnehmer\*innen, Arbeitgeber\*innen, Bildungseinrichtungen) einen Grundkonsens für die bezahlte Freistellung für Bildung darstellen. Die Ländergesetze der Bildungsfreistellung in Hamburg und Rheinland-Pfalz beinhalten eine Veranstaltungsanerkennung. Hier prüft eine staatliche Instanz, inwiefern die politisch ausgehandelten und rechtlich fixierten Kriterien in Bezug auf Themenbereich, zeitlichen Umfang, pädagogisch ausgebildetem Personal usw. eingehalten werden. Damit wird ein relativ konfliktfreier Handlungsrahmen geschaffen, auf dessen Grundlage es in den von uns untersuchten Bundesländern zu verschwindend geringen gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen kommt.

Es zeigt sich, dass die von uns befragten Bildungseinrichtungen die Möglichkeit, Bildungsangebote für die Bildungsfreistellung anerkennen zu lassen, durchaus unterschiedlich nutzen. Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung (z. B. VHS, Arbeit und Leben) konzipieren dabei häufig explizit Angebote für die Bildungsfreistellung. Die Interviews mit Bildungsakteuren zeigen, dass diese Einrichtungen im Rahmen ihrer Bildungsfreistellungsangebote oft einer spezifischen didaktischen Tradition bzw. Lehr-Lern-Kultur folgen.

Diese basieren einerseits auf den bildungsbezogenen Leitprinzipien der Träger- und Dachorganisationen. Andererseits werden je nach etablierter Lehr-Lern-Kultur spezifische Ansätze der Didaktik und Methodik präferiert, die z. B. als ganzheitliche, interaktive/kommunikative und auch partizipative Ansätze definiert werden können. Teilweise zeigt sich eine gewisse Profilbildung für die Bildungsfreistellungsangebote einer Bildungseinrichtung. Dagegen findet sich im Bereich der beruflichen Bildung vermehrt die Praxis, nach Abschluss der Programmplanungen Qualifizierungsmaßnahmen ganz oder anteilig pro forma als Bildungsfreistellungsveranstaltung anerkennen zu lassen, wenn sie den Kriterien des jeweiligen Landesgesetzes oder auch mehrerer Ländergesetze entsprechen.

Zudem unterscheiden sich die im Rahmen der Studie aufgesuchten Bildungseinrichtungen hinsichtlich ihrer

weiteren Unterstützung potenzieller Teilnehmer\*innen. So unterstützen insbesondere Einrichtungen der (politischen) Erwachsenenbildung potenzielle Teilnehmer\*innen bei der Suche nach Bildungsfreistellungsangeboten, die kompakt und übersichtlich auf der einrichtungseigenen Homepage aufzufinden sind. Auch unterstützen sie Teilnehmer\*innen im Prozess der Antragstellung. Denn die Inanspruchnahme setzt voraus, dass Arbeitgeber\*innen unter Einhaltung bestimmter Fristen und Formalien die Bildungsfreistellung rechtzeitig angezeigt wird.

Zudem berichten die von uns befragten Einrichtungen der politischen Bildung mehrheitlich, dass ihre Bildungsfreistellungsangebote – trotz der niedrigen Inanspruchnahme der bezahlten Freistellung – gut besuchte Veranstaltungen sind. Hinzu kommt, dass ein Teil der Teilnehmer\*innen der Bildungsfreistellungsangebote die gleiche Bildungseinrichtung immer wieder aufsucht. Sie bleiben einer Einrichtung, teilweise auch einer Dozentin oder einem Dozenten eine gewisse Zeit lang treu. Das belegen auch Aussagen der von uns befragten Mehrfachteilnehmenden.

## **Bildungsfreistellung kann ein wichtiges Bildungsinstrument sein, um sich mit den komplexen, vielschichtigen und dynamischen Wandlungsprozessen heutiger demokratischer Gesellschaften auseinandersetzen und diese gesellschaftlichen Strukturen mitgestalten zu können.**

Eine weitere Rahmenbedingung erweist sich – in positiver wie in negativer Hinsicht – als besonders einflussreich, die in der Regel weder in der wissenschaftlichen Literatur noch in den Evaluationen explizit berücksichtigt wurde: Es geht um die Rolle der Arbeitgeber, weniger bezogen auf ihre öffentliche bildungspolitische Positionierung zur Bildungsfreistellung als vielmehr in Bezug auf ihre betriebsinterne Haltung zu Weiterbildung im Allgemeinen und zur Bildungsfreistellung im Besonderen. Die Befragten berichten von sehr unterschiedlichen Einstellungen der Arbeitgeber/Vorgesetzten: Das Spektrum reicht von einem grundsätzlichen Infrage-Stellen des Rechts auf Bildungsfreistellung bis hin zur aktiven Unterstützung der

Teilnahme. In diesem Zusammenhang spielt die Weiterbildungskultur eines Betriebes eine wesentliche Rolle. Dort, wo die Freistellung unterstützt wird, herrscht zumeist auch ein positiveres Weiterbildungsklima an sich. Eine wesentliche Rolle spielen aber auch die direkten Vorgesetzten und Kolleg\*innen, deren Haltungen wiederum die Mehrfachteilnahme begünstigen oder auch nicht. Denn je nach Arbeitsplatz und Tätigkeiten sind Vertretungsregelungen notwendig, die – insbesondere bei hohen Arbeitsverdichtungen bzw. Fachkräftemangel – zu Mehrbelastungen von Kolleg\*innen führen und u. U. Gefühle der Zurücksetzung auslösen können, obwohl es ja allen Arbeitnehmer\*innen eines Betriebs möglich wäre, ihr individuelles Recht auf Freistellung ebenfalls in Anspruch zu nehmen.

Zugleich finden sich auf jeder von uns untersuchten Ebene (Makro-, Meso- wie auch Mikroebene) wiederholt Aussagen, die darlegen, dass eine breite öffentliche und staatliche Unterstützung und Stärkung der Bildungsfreistellung wünschenswert ist.

*„Also ich würde mir mehr Öffentlichkeit dafür wünschen. Da, wo wir das unterstützen können, haben wir das auch gemacht. (...) Das heißt, wir bräuchten auch ein Interesse in den Medien an Bildungsfreistellung. (...) zum zweiten würde ich mir natürlich wünschen, dass im Arbeitgeberlager diese Betonhaltung, diese negative Betonhaltung gegen Bildungsfreistellung aufgebrochen werden könnte, weil sie überwiegend ... also sie hat mit Bildung nichts zu tun, sondern sie ist eine ideologische Haltung. (...) Aber das ist ein dickes Brett. Ja, das wäre das.“ (Makro RLP 01\_1383-1413)*

### Resümee

Mit diesem Beitrag präsentieren wir ausgewählte empirischen Befunde einer qualitativen Studie, die aufgezeigt, dass trotz der eher geringen Inanspruchnahme des Rechts auf Bildungsfreistellung, Teilnehmer\*innen vielschichtigen Nutzen aus ihrer Teilnahme ziehen und sich sehr unterschiedliche und subjektiv relevante (bildungs-)biographische Wirkungen nachweisen lassen.

Insgesamt kann gesagt werden, dass sich das Vorgehen in dieser qualitativen Studie, retrospektiv langfristige biographische Wirkungen der Mehrfachteilnahme an Bildungsfreistellungsveranstaltungen zu untersuchen, als äußerst ertragreich erweist. Einschränkend ist zugleich festzuhalten, dass die Befunde einer solchen Studie nicht

repräsentativ im Sinne quantifizierbarer Verbreitungs- und Geltungsformen ist, aber die Anzahl der Befragten und die Datenmenge zeigen eine gewisse Sättigung der Antworten und ermöglichen verallgemeinerbare Ableitungen und Interpretationen.

Für Bildungsanbieter scheint es eine gewinnbringende Vorgehensweise zu sein, ein einrichtungs- bzw. trägerspezifisches Angebotsprofil mit der Bildungsfreistellung zu verfolgen. Denn wenn Teilnehmende sich für ein Bildungsurlaubsangebot entscheiden und ihren Anspruch auf Bildungsfreistellung geltend machen, wählen sie oftmals sehr bewusst Veranstaltungen eines bestimmten Trägers/Anbieters aus, dessen Angebote sie dann häufiger wahrnehmen bzw. selten wechseln, wenn sie positive Erfahrungen gemacht haben.

Darüber hinaus scheint es von besonderer Relevanz zu sein, mit Arbeitgeber\*innen ins Gespräch zu gehen und mit ihnen gemeinsam über strukturelle und organisationale Handlungsmöglichkeiten nachzudenken, die es Arbeitnehmer\*innen erleichtern würden, ihren Anspruch auf Bildungsfreistellung als eine gesellschaftlich geschätzte und individuell wertvolle Einrichtung wahrnehmen zu können. Bildungsfreistellung kann ein wichtiges Bildungsinstrument sein, um sich mit den komplexen, vielschichtigen und dynamischen Wandlungsprozessen heutiger demokratischer Gesellschaften auseinanderzusetzen und diese gesellschaftlichen Strukturen mitgestalten zu können, wie auch im Positionspapier des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.* im Juni 2018 gefordert. Zumal das Instrument der Bildungsfreistellung in der *Nationalen Strategie Weiterbildung* explizit genannt wird als Möglichkeit, die Teilnahme an – allerdings schwerpunktmäßig der beruflichen – Weiterbildung zu fördern (BMAS/BMBF 2019, S. 9). →

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020



## Zu den Autorinnen



**Christine Zeuner**, Dr. phil. habil. ist Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Erwachsenenbildung, international-vergleichende Erwachsenenbildung, historische Erwachsenenbildungsforschung, Forschung zur Bildungsfreistellung, Numericalität und Literalität

zeuner@hsu-hh.de



**Dr.in Antje Pabst** studierte Erziehungs- und Bildungswissenschaften in Erfurt. Sie ist als wiss. Mitarbeiterin an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg in den Bereichen Berufs- und Betriebspädagogik und Erwachsenenbildung tätig. In ihrer Dissertation beschäftigte sie sich mit individuellen beruflichen Vorstellungen von Leiharbeiter\*innen. Sie forscht aktuell zu Lern- und Bildungsprozessen im Rahmen von Bildungsfreistellungen/Bildungsurlaub sowie im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener.

antje.pabst@hsu-hh.de

Foto: Petra Becker (Glückstadt)

## Literatur

**Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (2018):** Positionspapier. Politische Erwachsenenbildung braucht Freiräume. 20. Juni 2018; [www.adb.de/download/stellungnahmen/AdB-Positionspapier\\_Bildungsfreistellung.pdf](http://www.adb.de/download/stellungnahmen/AdB-Positionspapier_Bildungsfreistellung.pdf) (Zugriff: 01.04.2020)

**Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) / Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2019):** Wissen Teilen. Zukunft Gestalten. Zusammen Wachsen. Nationale Weiterbildungsstrategie. Berlin: [www.bmbf.de/files/NWS\\_Strategiepapier\\_barrierefrei\\_DE.pdf](http://www.bmbf.de/files/NWS_Strategiepapier_barrierefrei_DE.pdf) (Zugriff: 01.04.2020)

**Bundesverfassungsgericht (1987):** 188 Bildungsurlaub Nr. 1 Verfassungsmäßigkeit der hessischen und nordrhein-westfälischen Bildungsurlaubsgesetze. Beschluss vom 15.12.1987. Karlsruhe; <http://datenbank.flsp.de/flsp/lpext.dll/Infobase8/b/bildungsurlaub?fn=document-frame.htm&f=templates&2.0#> (Zugriff: 30.03.2020)

**Faulstich, Peter (2013):** 20 Jahre Bildungsfreistellung in Rheinland-Pfalz. In: Netzwerk-Weiterbildung: [www.netzwerk-weiterbildung.info/meldung\\_volltext.php?si=1&id=5290ca7e81974&akt=news\\_archiv&view=&lang=1](http://www.netzwerk-weiterbildung.info/meldung_volltext.php?si=1&id=5290ca7e81974&akt=news_archiv&view=&lang=1) (Zugriff: 30.03.2020)

**Frühwacht, Rosemarie / Gemein, Franz-Josef / Schröder, Antonius (2007):** Vorlage der Landesregierung betreffend den Erfahrungsbericht an den Hessischen Landtag über die Durchführung des Hessischen Gesetzes über den Anspruch auf Bildungsurlaub (2003–2006) nach § 14 Abs. 2 HBUG. Wiesbaden: Hessisches Sozialministerium

**MWWK RLP – Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz (2019):** Bericht der Landesregierung über Inhalt, Formen, Dauer und Teilnahmestruktur der Bildungsfreistellung für die Jahre 2017/2018. Vom 18. März 2019. Mainz: MWWK RLP

**Pabst, Antje (2020):** Eine Woche Bildungsurlaub – Überholt und unzeitgemäß? Ursprung und aktuelle Entwicklungen der Zeitformate in der Bildungsfreistellung. In: Dörner, Olaf / Grotlüschen, Anke / Molzberger, Gabriele / Käßpflinger, Bernd (Hrsg.): *Vergangene Zukünfte – Neue Vergangenheiten*. Dokumentation der Jahrestagung der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 25.–27. September 2019 an der Universität Halle-Wittenberg. Opladen: Verlag Barbara Budrich (im Erscheinen)

**Robak, Steffi (2015):** Qualitative Interviews mit Bildungsurlaubsteilnehmenden: Funktionen der Partizipation an Bildungsurlaub – Anschlusslernen und Lern- und Verwertungsinteressen. Programm-analyse – Bildungsbereiche, Anbieter und Formate. In: Dies. / Rippien, Horst / Heidemann, Lena / Pohlmann, Claudia (Hrsg.): *Bildungsurlaub – Planung, Programm und Partizipation*. Eine Studie in Perspektivver-schränkung. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 207–272

**Schmidt-Lauff, Sabine (2018):** Betriebliche Weiterbildung: Bildungsurlaub. In: Krug, Peter / Nuissl, Ekkehard (Hrsg.): *Praxishandbuch Weiterbildungsrecht*. Stand Februar 2018. Köln: Wolters Kluwer, S. 1–38

**Zeuner, Christine (2017):** Bildungszeit für alle? Gedanken zur Bildungsfreistellung. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität, Open Access. [http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hsu/volltexte/2017/3172/pdf/Zeuner\\_Aufsatz\\_Bildungszeit\\_04.08.2017.pdf](http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hsu/volltexte/2017/3172/pdf/Zeuner_Aufsatz_Bildungszeit_04.08.2017.pdf) (Zugriff: 26.03.2020)

**Zeuner, Christine / Pabst, Antje (2018):** Eigenzeit für Bildung: Nachhaltige biographische Wirkungen. Überarbeitetes Vortragsmanuskript. Fachtagung „Bildungszeit sichert Zukunftschancen. 25 Jahre Bildungsfreistellung in Rheinland-Pfalz“ am 12. April 2018 in Mainz; [http://bildungsfreistellung-rlp.de/wp-content/uploads/2016/12/BF-in-RLP\\_Vortrag\\_12.04.2018\\_Zeuner-Pabst.pdf](http://bildungsfreistellung-rlp.de/wp-content/uploads/2016/12/BF-in-RLP_Vortrag_12.04.2018_Zeuner-Pabst.pdf) (Zugriff: 26.03.2020)

**Zeuner, Christine / Pabst, Antje (2019):** Bildungsurlaub als Initialzündler und Impulsgeber – Wirkungszusammenhänge zwischen Mehrfachteilnahme und biographischen Entwicklungen. In: *Die Österreichische Volkshochschule* 2, 267, S. 20–24; <http://magazin.vhs.or.at/magazin/2019-2/267-fruehjahrssommer-2019/schwerpunkt-wirkungen/bildungsurlaub-als-initialzuendung-und-impulsgeber-wirkungszusammenhaenge-zwischen-mehrfachteilnahme-und-biographischen-entwicklungen> (Zugriff: 26.03.2020)

**Zeuner, Christine / Pabst, Antje (2020):** Wirkungen von Bildungsprozessen: Messbar oder nachweisbar? Wirkungsforschung am Beispiel der Bildungsfreistellung. In: *Magazin.at*, 40 (im Erscheinen)

# Wege ins Ausland für junge Menschen mit weniger Möglichkeiten – Inspiration Frankreich

## Erasmus+ und der Service Civique (International) in Verbindung mit der Mission Locale und Parcours le Monde

**Die EU-Jugendprogramme leisten einen wichtigen Beitrag zur Horizonterweiterung und Identitätsbildung junger Menschen. Das wurde in den Beiträgen zum Themenschwerpunkt „Europäische Perspektiven“ besonders unter deutschen Gesichtspunkten thematisiert. Mit diesem Beitrag begeben wir uns nach Frankreich, um einen Blick auf die Ermöglichung von Lernmobilität insbesondere für benachteiligte Jugendliche aus französischer Perspektive zu erfahren.** von Judith Breuer

Kompetenzen im Ausland erwerben? Die Mission Locale informiert in einer ihrer fünf Servicebereiche Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, wie das geht. *Parcours le Monde* möchte internationale Mobilität für jede/jeden ermöglichen und fördert dies u. a. durch Beratung und Information für Interessierte und Fachpersonal. Dank der im Ausland gemachten Erfahrungen, erfolgt die Rückkehr ins eigene Land zumeist gestärkt mit neuen und/oder vertieften Kompetenzen, neuen Freunden und Kontakten, die Türen für den weiteren professionellen Weg öffnen. So die Theorie: Doch wie sieht es in der Praxis aus?

### Die Mission Locale

Seit 1982 ist die *Mission Intercommunale Action Jeunes* (M.I.A.J.) eine von insgesamt 450 Einrichtungen der *Mission Locale*. Unter diesem Namen seit 1987 von La Seyne sur Mer (Côte d'Azur) aus interkommunal tätig, ist ihr Hauptziel, junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, die nicht mehr zur Schule gehen, ganzheitlich zu mehr Autonomie zu begleiten.

Seit 2011 informiert sie zusätzlich zu ihren weiteren Angeboten kostenfrei über Möglichkeiten, Erfahrungen und Kompetenzen im Ausland zu erlangen. Getan wird dies

vor allem im Rahmen von wöchentlichen Informationsveranstaltungen, ausgerichtet von Peers im Volontariat des *Service Civique* (SC) sowie im Rahmen von verschiedenen Foren. Themen hierbei sind unterschiedliche Mobilitätsangebote, die es z. B. im Rahmen von *Erasmus+* gibt sowie die Fragen, was ein *Service Civique (International)* (SV(I)) ist, wann ein solcher gemacht werden kann und was die Unterschiede der einzelnen Angebote sind.

Ihre Zielgruppe erreicht die M.I.A.J. überwiegend über Mundpropaganda, das französische Arbeitsamt, dem „*Pôle Emploi*“, und ihr Netzwerk von Partnern in ihrem Einzugsgebiet in der Region Var. Zusätzlich gibt es eine Facebook-Seite ([www.facebook.com/mission.locale.79](http://www.facebook.com/mission.locale.79)) und einen Block (<http://missionlocalemiaj.blogspot.com>), über die Interessierte weitere Informationen erhalten können. Gleichzeitig ist es möglich, nach der Teilnahme an einer Informationsveranstaltung, Informationen per E-Mail zu bekommen.

„Die internationale Mobilität erlaubt es, Lösungen für die Jugend anzubieten, eine Erfahrung im Ausland zu leben und ihre Kompetenzen zu entwickeln. Ziel hierbei ist es immer, die jungen Menschen arbeitsmarktfähiger zu machen, um ihnen somit einen Zugang zur Autonomie →

zu ermöglichen,“ so *Catherine Rossi*, Projektleitung der M.I.A.J., in einem Interview, das die Autorin im Februar 2020 mit ihr geführt hat. Um dies zu erreichen, arbeitet die M.I.A.J. mit Sendeorganisationen zusammen, an die sie Interessierte nach individueller Beratung durch den/die *Ambassador/Ambassadrice de la Mobilité Internationale* <sup>1</sup> (Botschafter\*in der internationalen Mobilität) und gemeinsamer Projektgestaltung, weiterleitet. Abgerundet wird die Begleitung durch eine Bilanz am Ende der Mobilität, um Erfahrungen zu reflektieren, einen Mehrwert zu erkennen sowie diesen, bspw. in Form eines Erfahrungsberichtes, zu teilen.

Zwischen 2015 und 2018 haben 36 Personen an einer Mobilität im Ausland teilgenommen. Die meisten (25) hiervon nahmen an interkulturellen Jugendaustauschen (bis 30 Jahren) teil (vgl. M.I.A.J. 2015, S. 35; 2016, S. 41; 2017, S. 43; 2018, S. 47). Die Hauptmotivation hierbei war überwiegend, Englisch oder eine weitere Sprache zu lernen, bzw. zu vertiefen, was vielerorts in Frankreich noch immer als Herausforderung angesehen wird.

Durch das Kennenlernen des Anderen und der eigenen Person verändere sich außerdem das Bild der EU und das eigene Verständnis, ein/eine EU-Bürger\*in zu sein. Auf der anderen Seite hemme u. a. die Anhänglichkeit (zu) der Familie und/oder Freunden sowie die Finanzierung, den Schritt ins Neue, so *Catherine Rossi*. Diese Erfahrung teilt auch die Autorin aus ihrer Zeit als *Ambassadrice de la Mobilité Internationale* und fügt hinzu, dass speziell in dem Bereich der Finanzierung, zusätzlich erhobene Gebühren der Sendeinrichtungen, ebenfalls diesen Schritt ins Neue nicht unbedingt erleichtern.

### Parcours le Monde

Diese Gebühren fallen im Nord-Westen des Landes bei *Parcours le Monde – Grand Ouest* weg. Ziel der seit 2015 fünf Mal in Frankreich vertretenden Einrichtung ist es, jungen Menschen zwischen 16 und 30 Jahren einen Zugang zur internationalen Mobilität zu ermöglichen und diese zu fördern. In diesem Kontext entwickeln sie u. a. Aktivitäten zu diversen Themen wie Staatsbürgerschaft und Interkulturalität und arbeiten im Feld der außerschulischen Bildung, der sozialen und beruflichen Eingliederung und bieten als Sendeinrichtung selbst Mobilitäten an, in deren Rahmen sie sich immer über weitere Partner im Ausland, wie z. B. Deutschland, freuen (vgl. [www.parcourslemonde.org](http://www.parcourslemonde.org); auf

<sup>1</sup> Titel der Freiwilligen im Service Civique (SC), die im Bereich der Mobilität tätig sind.

Facebook: [www.facebook.com/ParcoursLeMondeGO/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/ParcoursLeMondeGO/?ref=page_internal)).

Ihre Angebote gliedern sich in drei Bereiche (vgl. *Parcours le Monde – Grand Ouest* 2017):

1. Information für junge Erwachsene (16–30 Jahre), wie Erfahrungen und Kompetenzen im Ausland erlangt werden können;
2. Information und Serviceleistungen für Fachpersonal, welches im Bereich der Jugendeingliederung tätig ist und z. B. eigene Mobilitätsprojekte kreieren möchte;
3. Individual- und Gruppenberatung sowie Mentoring junger Menschen zwischen 16 und 30 Jahren.

Ihr Hauptklientel besteht aus Menschen, die unter die Bezeichnung *NEET* (Not in Education, Employment or Training) fallen, was 2018, 12,9 % der 15- bis 25-Jährigen in Frankreich betraf sowie generell Menschen, die ihre Schul- oder Studienlaufbahn frühzeitig abgebrochen haben und somit einen schwächeren oder gar keinen Abschluss haben. <sup>2</sup>

## Dank der im Ausland gemachten Erfahrungen, erfolgt die Rückkehr ins eigene Land zumeist gestärkt mit neuen und/oder vertieften Kompetenzen, neuen Freunden und Kontakten, die Türen für den weiteren professionellen Weg öffnen.

Kontakt zu dieser Zielgruppe bekommt *Parcours le Monde – Grand Ouest* über Informationsveranstaltungen (zweimal im Monat) sowie dank ihres ausgebauten Netzwerkes in und um Nantes und dank ihrer Präsenz auf unterschiedlichen Foren sowie in „*Maisons de Quartier*“ (Soziokulturelle Zentren in verschiedenen Stadtteilen) (vgl. [https://fr.wikipedia.org/wiki/Maison\\_de\\_quartier](https://fr.wikipedia.org/wiki/Maison_de_quartier)). Seit 2020 ist *Parcours le Monde – Grand Ouest* ebenfalls ver-

<sup>2</sup> Mehr Informationen unter: <https://dares.travail-emploi.gouv.fr/dares-etudes-et-statistiques/etudes-et-syntheses/dares-analyses-dares-indicateurs-dares-resultats/article/les-jeunes-ni-en-etudes-ni-en-emploi-ni-en-formation-neet-quels-profil-et> (Zugriff für diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 06.04.2020)

mehrt in weiterführenden Schulen, den Lycées, aktiv, wo sie Workshops anbieten, um der Schulabbrecherquote entgegenzuwirken und aufzuzeigen, dass es neben der geraden Laufbahn: Schule – Studium, auch andere Möglichkeiten gibt.



Die EU zum Mitnehmen am Empfangsschalter der M.I.A.J.

Foto: Judith Breuer

Ihre Begleitung (Angebot 3) umfasst drei Phasen: vor, während und nach dem Projekt im Ausland. Nach der Informationsveranstaltung erfolgen mehrere individuelle Beratungen während derer die „Chargée d’accompagnement“ (Zuständige für die Begleitung) zusammen mit dem/der Interessierten ein „projet pro(fessionnel)“ (ein auf Selbstreflexion basierendes Projekt für den Weg ins Berufleben) gestaltet, welches sich u. a. an seinen/ihren Interessen und Fähigkeiten orientiert sowie in seinen/ihren bisherigen Werdegang eingebettet ist. Ein „cahier de route“, ein Buch, welches von dem Verein verfasst wurde, begleitet die Jugendlichen und ihre Begleiter\*innen durch alle drei Phasen und enthält u. a. verschiedene Tools und Auto-Reflexionsbögen, die die Teilnehmer\*innen vor und nach einer Mobilität ausfüllen, um sich ihrer Kompetenzen und Entwicklung bewusster zu werden. Hinzu kommen Gruppeninteraktionen, in denen sich die Teilnehmenden über ihre Projekte austauschen, interkulturelles Briefing sowie bspw. offene Sprachangebote, durchgeführt von Volontären im SC, um Sprachbarrieren abzubauen.

2017 wurden in diesem Rahmen 151 Personen im Einzugsgebiet Nantes-Angers gebührenfrei begleitet, wovon 74 zeitgleich im Ausland waren, so die Information von Héléne Amouzou, eine von zurzeit zwei Chargées d’accompagnement von *Parcours le Monde-Grand Ouest* in Nantes, mit der die Autorin im Februar 2020 ebenfalls ein Interview durchführte.

Eine der Hauptmotivationen, ins Ausland zu gehen, ist generell die Lust, neue Eindrücke zu bekommen, da viele lieber andere Lebens- und Arbeitsweisen kennenlernen möchten, anstatt alleine zu Hause zu sitzen. Geld bleibt jedoch auch hier häufig noch ein Hindernis, weshalb das Team von *Parcours le Monde – Grand Ouest* Interessierte auch dabei begleitet, finanzielle Unterstützung z. B. bei der Stadt Nantes oder der Metropolregion Nantes zu beantragen oder sie auf Möglichkeiten aufmerksam macht, die ein kleines oder kein eigenes Budget voraussetzen.

Bevor es in die Ferne geht, nehmen die Jugendlichen an Vorbereitungstagen teil. Hierbei beschäftigen sie sich in einem Abschnitt ausschließlich mit Europa und den Fragen, was Europa und was die EU ist sowie wofür diese gut ist. „Einige der Teilnehmer\*innen haben davon bereits etwas in der Schule gehört, aber für die meisten ist es doch eher verschwommen“, teilt Héléne Amouzou ihre Erfahrung. Außerdem werde sich die Mehrheit der Teilnehmenden während einer Mobilität im EU-Ausland bewusster, dass sie Teil von etwas Größerem sind, das unterschiedliche Kulturen umfasst, die sie vorher nicht unbedingt kannten. Im Rahmen von *europäischen Freiwilligendiensten* (EFD/ESK)<sup>3</sup>, in deren Zusammenhang auch Workshops mit einer Vielzahl von anderen Volontär\*innen aus der EU durchgeführt werden, komme es, laut Héléne Amouzou, ebenfalls zu einer persönlichen Reflexion, die mitunter dazu führe, dass die meisten nach ihrer Rückkehr ein klareres Bild davon haben, was die EU überhaupt ist und welche Vorteile sie durch sie haben.<sup>4</sup>

Diese Erfahrung spiegeln auch Erhebungen aus Irland wider (vgl. Hughes 2018a, S. 16 ff. sowie die Ausführungen in Hughes 2018b, S. 14), die zeigen, dass bereits eine Mobilität unter vier Wochen signifikante Prozesse anstoßen kann. Sie steigert z. B. das Interesse zu erfahren, was in der Welt passiert (78 %) sowie das Interesse, sich im sozialen und politischen Leben der eigenen Gemeinde aktiver einzubringen (76 %). Darüber hinaus lernt ein Großteil, mit Menschen von unterschiedlichen Backgrounds und Kulturen zu kooperieren (95 %) und toleranter auf deren Werte und Handlungsweisen einzugehen (93 %), was einen besonderen Stellenwert im Zusammenhang des noch wachsenden Rechtspopulismus in der EU hat. 68 % der →

<sup>3</sup> Seit 2018 geht der Europäische Freiwilligendienst (EFD) im Programm des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) auf.

<sup>4</sup> Erfahrungsberichte von Teilnehmenden finden sich hier: [www.youtube.com/channel/UCk1BfmMmvRsHdgKaM4Fqnw](http://www.youtube.com/channel/UCk1BfmMmvRsHdgKaM4Fqnw); <http://parcourslemonde.org>

Befragten gibt an, sich mehr als Europäer\*innen zu fühlen, seine Stärken und Schwächen besser zu kennen (95 %) und selbstbewusster und überzeugter von seinen eigenen Fähigkeiten zu sein (96 %), was auf dem Arbeitsmarkt von Vorteil ist (vgl. ebd.).

Dies zeigen ebenfalls im Ansatz die Zahlen von *Parcours le Monde – Grand Ouest*, von denen *Hélène Amouzou* im Interview berichtete, wo 2017 rund 48 % der Begleiteten nach ihrem Auslandsaufenthalt entweder eine Ausbildung aufnahmen (22 %) oder eine Beschäftigung fanden (26 %). Andere entschieden sich u. a. für eine weitere Mobilität.

### Was ist ein Service Civique (International) (SC(I))?

Beim SC(I) handelt es sich um einen Freiwilligendienst mit dem Motto: „#LepouvoirDetreUtile“ (Die Macht, nützlich zu sein) (vgl. <https://twitter.com/hashtag/LePouvoirDetreUtile>), der sich in mehreren Etappen aus dem ursprünglichem „Service National“ von 1965 entwickelt hat (vgl. Agence du Service Civique 2016, S. 6f.). Seit März 2010 richtet er sich in seinem Hauptangebot an Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, bzw. bis 30 Jahren bei besonderen Bedürfnissen. Ziel ist es, unabhängig von ihrer schulischen Bildung, sozialer oder kultureller Herkunft, der Zielgruppe zu ermöglichen, gemeinnützig tätig zu werden und somit neue Erfahrungen und Kompetenzen zu erlangen (vgl. dazu [www.service-civique.gouv.fr](http://www.service-civique.gouv.fr)).

Die zuständige *Agence du Service Civique* steht unter der Aufsicht des französischen Bildungsministeriums, dem *Ministère de l'Éducation Nationale* (vgl. [www.service-civique.gouv.fr/a-propos-de-nous](http://www.service-civique.gouv.fr/a-propos-de-nous)).

## Ziel ist es, unabhängig von ihrer schulischen Bildung, sozialer oder kultureller Herkunft, der Zielgruppe zu ermöglichen, gemeinnützig tätig zu werden und somit neue Erfahrungen und Kompetenzen zu erlangen.

Während sechs bis zwölf Monaten können sich Interessierte im Rahmen von neun Aktionsfeldern (u. a. Bildung, Kultur) z. B. in einem Verein, einer öffentlichen Einrichtung o. Ä. im In- und Ausland einbringen und bekommen bei einer Mindestbeschäftigung von 24 h/Woche eine Aufwandsentschädigung von 580 Euro netto. Durch eine

Freiwilligenkarte, profitieren die Engagierten von verschiedenen Vergünstigungen und sind gleichzeitig durch ihren Status sozialversichert (vgl. zu diesen Angaben die Seiten der Agence du Service Civique: [www.service-civique.gouv.fr](http://www.service-civique.gouv.fr)). Hinzu kommen ein obligatorischer Erste-Hilfe-Kurs sowie eine Fortbildung „*Civique et Citoyenne*“, in der es z. B. um die eigene Rolle als Staats-/EU-Bürger\*in geht und die Fragen, was überhaupt eine Staatsbürgerschaft ist und welches die Werte eines Landes und der EU sind.

Möchte jemand einen SC(I) absolvieren, geht dies u. a. über die digitale Plattform des *Service Civique*, oder eine *Mission Locale*, wie die M.I.A.J., die über Möglichkeiten und notwendige Schritte informiert. Ist eine Einrichtung daran interessiert einen SC(I)-Volontär aufzunehmen, kann sich diese mitunter ebenfalls an die M.I.A.J. wenden.

### Was ist Erasmus+?

Angefangen im Jahr 1987 als Mobilitätsprogramm für Studierende (vgl. [https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/anniversary/30th-anniversary-and-you\\_de](https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/anniversary/30th-anniversary-and-you_de)), handelt es sich bei dem heutigen Erasmus+ um ein Programm, welches in drei *Key Actions* verschiedene vorher einzeln laufende Programme vereint und mit einem Budget von 14,7 Mrd. Euro (vgl. European Commission 2017) (Zeitraum: 2014–2020) u. a. daraufhin zielt, die Modernisierung der Systeme der Kinder- und Jugendhilfe sowie der allgemeinen und beruflichen Bildung zu unterstützen. Es soll die Beschäftigungsfähigkeit von Individuen ebenso wie ihre Kompetenzen verbessern und dabei helfen, die politische Agenda für Wachstum, Arbeitsplätze, Gerechtigkeit und soziale Integration zu stärken (vgl. [www.erasmusplus.de/erasmus/erasmus-ab-2021](http://www.erasmusplus.de/erasmus/erasmus-ab-2021)). Darüber hinaus trägt das Programm zur Verwirklichung der Ziele der EU-Jugendstrategie bei, die mit sechs konkreten Zielsetzungen, insbesondere die Schulabbrecherquote und Jugendarbeitslosigkeit reduzieren soll. Ein weiteres Ziel ist es, junge „(...) Menschen zur Teilhabe am demokratischen Leben in der EU“ ([https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/about\\_de](https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/about_de)) zu motivieren, wie auch die Mobilität und Zusammenarbeit im Austausch mit den Partnerländern der EU zu fördern.

Hierbei richten sich die Angebote zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa an Einzelpersonen jeden Alters und allen Arten von Organisationen, von Bildungsträgern, Denkfabriken bis privaten Unternehmen (vgl. ebd.). 8,6 % des Gesamtbudgets sind für „Angebote zum nicht formalen und informellen Lernen im Bereich Jugend vorgesehen“ (<https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/programme>)

guide/part-b\_de). Zeitgleich ist für die Folgeperiode 2021–2027 eine Aufstockung des Budgets auf 30 Milliarden Euro angedacht (vgl. Europäische Kommission 2018, S. 15).

### Einsatz in der Praxis

Die Erfahrung der beiden vorgestellten Einrichtungen zeigt, dass im Bereich der beruflichen Eingliederung auf dem Weg zu mehr Autonomie, die folgenden Mobilitätsarten für ihre Zielgruppe besonders interessant sind:

- die Teilnahme an einem interkulturellen Jugendaustausch (bis 30 Jahre) zu einem spezifischen Thema;
- ein europäischer Freiwilligendienst (Kurz- oder Langzeit);
- ein Erasmus+ gefördertes Praktikum im EU-Ausland.



Die M.I.A.J. erstrahlt im fröhlichen Orange Foto: Judith Breuer

In diesem Zusammenhang ist eine nachhaltige und umfangreiche Begleitung für die genannte Zielgruppe essentiell, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass jeder/jede Teilnehmer\*in bereits die Kapazitäten hat, die gelebten Realitäten im Ausland für sich zu reflektieren und zu nutzen. Hierbei spielen die Vor- und Nachbereitung, aber auch vor allem die Begleitung vor Ort eine entscheidende Rolle. Ein Beispiel hierfür ist u. a. die Rolle eines/einer Tutor\*in oder des häufig noch unterschätzten *Youthleaders*, der ab Beginn im eigenen Land für seine Landesgruppe bei Jugendaustauschen der/die erste Ansprechpartner\*in für jegliche Belange ist und u. a. sprachliche Hilfestellungen leistet, Gruppendynamiken gezielt begleitet sowie den allgemeinen interkulturellen Austausch fördert. Unter Berücksichtigung, dass nicht nur Menschen unterschiedlicher Kulturen, sondern auch unterschiedlicher sozialer Herkunft aufeinanderstoßen, gewinnt seine Rolle zusätzlich an Bedeutung. Während viele

EU Länder Erasmus+ Projekte häufig noch als Belohnung für ausgezeichnete Leistungen oder generell eher für eine privilegiertere Klientel nutzen, setzt Frankreich zusätzlich einen anderen Fokus und unterstützt somit seine Inklusionsstrategie vom Januar 2017 (vgl. Boissin-Cohen/Gerner/Zamora 2017). Dies kann vor Ort zu Verwirrung und Reibereien führen, denen jedoch, wenn vorhanden, von einer fachkundigen Begleitung vorgebeugt oder die konstruktiv von ihr umgeleitet werden können.

### Fazit

Die Praxis zeigt, dass die Ansätze vielversprechend sind, es gleichzeitig jedoch noch einige Punkte gibt, die vor allem im Bereich der Begleitung zu offenen Fragen führen und die es zu überdenken und ggf. anzupassen gilt.

In diesem Zusammenhang kann z. B. eine mögliche Hauptbegleitung durch Peers in Frage gestellt werden, auch wenn der Grundgedanke natürlich seine Berechtigung findet. Vor Ort als *Youthleader* oder bei der Vor- und Nachbereitung, können diese, sofern sie nicht selbst von einem/einer kompetenten Tutor\*in begleitet werden, schnell an ihre eigenen Grenzen stoßen und somit ungewollt förderliche Prozesse hemmen.

Ein weiterer Punkt sind die von einigen Sendeorganisationen zusätzlich erhobenen Gebühren, die somit unbewusst den Zugang für die genannte Zielgruppe erschweren können.

Die Frage bleibt somit offen, wie und durch wen qualitativ wertvolle Begleitung gestaltet werden kann und welchen Wert dieser Begleitung zugesprochen wird, ebenso wie die Frage, ob zusätzlich erhobene Gebühren im Rahmen von Erasmus+ Projekten wirklich notwendig sind oder ggf. verringert oder gar, wie im Beispiel von *Parcours le Monde – Grand Ouest*, weggelassen werden können.

Einrichtungen wie die M.I.A.J. und *Parcours le Monde – Grand Ouest* sind Inspirationen dafür, wie junge Menschen mit weniger Möglichkeiten hautnah mit der EU und deren Möglichkeiten in Kontakt treten können. Sie regen durch ihre Arbeit zum Nachdenken an und motivieren im besten Fall, selbst aktiv zu werden und seine eigenen Aktionsfelder auszuweiten, denn die Erfahrung zeigt: Diese Art von politischer Bildung, mit der genannten Zielgruppe, ist ein möglicher Schritt in eine tolerantere und reflektiertere Zukunft, die es auszubauen gilt! Sind Sie dabei? →

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

## Zur Autorin



**Judith Breuer** ist gelernte Europaerzieherin, Master Absolventin in European Studies sowie vom DFJW zertifizierte Sprachanimateurin. Mit Erfahrungen aus unterschiedlichen Ländern der EU, gestaltet sie heute u. a. Bildungsprogramme im Gebiet der Resilienzförderung, Interkulturalität, Sprache sowie des Personal- und Self Developments und freut sich immer über neue Herausforderungen.

Judith-Breuer@outlook.com

Foto: Diógenes Carbonell Boix

## Literatur

**Agence du Service Cique (2016):** Guide de Volontaire. Réussir sa mission de Service Civique; [www.service-civique.gouv.fr/uploads/content/files/7b8832c72ddd39aec9d45d428c6df11dd7400b71.pdf](http://www.service-civique.gouv.fr/uploads/content/files/7b8832c72ddd39aec9d45d428c6df11dd7400b71.pdf)

**Boissin-Cohen, Marine / Gerner, Hélène / Zamora, Philippe (2017):** Rapport. L'insertion professionnelle des jeunes; [www.strategie.gouv.fr/publications/linsertion-professionnelle-jeunes](http://www.strategie.gouv.fr/publications/linsertion-professionnelle-jeunes)

**Europäische Kommission (2018):** Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung von Erasmus, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013; [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-establishing-erasmus-regulation\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-establishing-erasmus-regulation_de.pdf)

**European Commission (2017):** Factsheet; <https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/sites/erasmusplus2/files/gen-erasmusplus-factsheet-en-version11-2017-hd.pdf>

**Hughes, Charis (2018a):** Léargas Impact Study: Erasmus+ International Work Placements for Vocational Learners from Ireland; [www.leargas.ie/news/impact-study-erasmus-vocational-mobility-ireland](http://www.leargas.ie/news/impact-study-erasmus-vocational-mobility-ireland)

**Hughes, Charis (2018b):** SHORT-TERM PLACEMENTS FOR LONG-TERM IMPACT. Member Magazine FORUM. Discussing international education, Winter 2018; [www.leargas.ie/wp-content/uploads/2018/12/Forum-Magazine-Short-Term-Placements-for-Long-Term-Impact-Winter-2018.pdf](http://www.leargas.ie/wp-content/uploads/2018/12/Forum-Magazine-Short-Term-Placements-for-Long-Term-Impact-Winter-2018.pdf)

**M.I.A.J. (2015):** Rapport d'activités 2015. La Seyne-sur-Mer

**M.I.A.J. (2016):** Rapport d'activités 2016. La Seyne-sur-Mer

**M.I.A.J. (2017):** Rapport d'activités 2017. La Seyne-sur-Mer

**M.I.A.J. (2018):** Rapport d'activités 2018. La Seyne-sur-Mer

**Parcours Le Monde – Grand Ouest (2017):** Informationsflyer auf Englisch. JOBS –INTERNSHIPS – VOLUNTEERING. Nantes

# Wenn sich alles verändert

## Politische Bildung in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und einer Pandemie

**Die großen Transformationen Globalisierung, Digitalisierung und die Klimakrise beeinflussen das Leben der Menschen dramatisch. Aber auch die weltweite Gesundheits- und Wirtschaftskrise infolge des neuartigen Coronavirus fordert die Politik und die Gesellschaften heraus. Zugleich ist die Politische Bildung gezwungen, sich inhaltlich und methodisch auf diese Veränderungen einzustellen und sich der Frage zu stellen, welchen Einfluss die globale Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die Globalisierung, der Klimawandel und vor allem die Digitalisierung auf die Demokratie hat.** von Ursula Münch

Die Globalisierung und die mit ihr einhergehende Migration, die Digitalisierung und die Erderwärmung besitzen das Potenzial, das Leben sehr vieler Menschen auf unserem Globus dramatisch zu beeinflussen (vgl. Friedman 2017). Jede dieser drei großen Transformationen, vor allem aber auch die Erfahrung einer weltweiten Gesundheits- und Wirtschaftskrise infolge des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) (vgl. Münch 2020), zeigen bereits jetzt massive Auswirkungen auf die nationale wie die supranationale Politik, auf Ökonomien und Gesellschaften weltweit und führen dazu, dass „alte“ Fragen sich auf neue Weise stellen: die Fragen von Eigentum und Verteilung sowie der Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht. Fragen nach Gerechtigkeit, Teilhabe und Zugang gewinnen neue Bedeutung. Wir machen uns Gedanken (und viele auch Sorgen), welche Auswirkungen die Pandemie, die Digitalisierung, aber auch die Erderwärmung für den Industriestandort Deutschland und dessen Arbeitsplätze haben werden. Und so mancher fragt sich, wie es gelingen soll, die Erfordernisse des Klimaschutzes umweltverträglich zu meistern (vgl. Soentgen 2020). Der Blogger *Sascha Lobo* spricht in seinem Buch vom „Realitätsschock“ (2019), den alle westlichen Gesellschaften erlitten hätten – und

meint damit: „Plötzlich müssen wir erkennen, dass die Welt anders ist als gedacht oder erhofft.“

### Infragestellung des Primats der Politik

Die genannten Transformationen und Krisen fordern in erster Linie die Politik heraus – aber sie wirken sich zwangsläufig auch direkt auf die Politische Bildung aus. Schließlich stehen wir vor der wohl größten Herausforderung für den „Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit“, also für den gesellschaftlichen und politischen Konsens über die Notwendigkeit, globale Macht durch internationale Verträge und nationale Macht durch gewaltenteilende Mechanismen zu bändigen. Zu allem Überfluss beobachten wir gleichzeitig, dass die klassische staatliche Steuerung mittels Regulierung angesichts der Macht trans- und international agierender Akteure an Wirksamkeit verliert und die Bereitschaft, selbst innerhalb der Europäischen Union nach gemeinsamen Lösungen zu suchen und diese einheitlich umzusetzen, in dem Maße zurückging, in dem sich das Coronavirus ausbreitete.

Der offensichtliche Widerspruch zwischen der Dimension der verschiedenen Transformationen sowie der Reichweite nationaler Politik stellt den Primat der Politik in →



Frage. Weite Teile der Bevölkerung hegen – durchaus zu Recht – Zweifel, ob die politischen Akteure dem Veränderungsdruck aufgrund der technischen und ökonomischen Umbrüche und den Auswirkungen einer Pandemie tatsächlich gewachsen sind. Gerade die Digitale Transformation wirkt einerseits zwar extrem beschleunigend, gleichzeitig gibt es aber Prozesse, deren Wirkungen mit einem deutlich über eine Legislaturperiode hinausgehenden zeitlichen Abstand auftreten. Die politisch Verantwortlichen müssen also nicht nur erkennen, welche Themen bereits heute reguliert werden müssen, damit weder Chancen verpasst noch Risiken vernachlässigt werden, sondern sie muss einschätzen können, welche Sachverhalte morgen und übermorgen zum Problem werden könnten. Gleichzeitig führen uns die Transformationen die beschränkte Reichweite nationaler Politik angesichts transnational agierender Internetunternehmen vor Augen.

## **Der offensichtliche Widerspruch zwischen der Dimension der verschiedenen Transformationen sowie der Reichweite nationaler Politik stellt den Primat der Politik in Frage.**

Wir sind Zeitzeugen eines radikalen Wandels des bisherigen marktwirtschaftlichen Systems. Bislang war die Warenproduktion auf den Konsumenten und dessen Nachfrage ausgerichtet. Neu ist die Entwicklung zu einem von *Soshana Zuboff* als „Überwachungskapitalismus“ bezeichneten neuen System. In diesem sogenannten „Überwachungskapitalismus“ gilt das Interesse der Unternehmen erst in zweiter Linie der Vermarktung ihrer Produkte. In erster Linie geht es ihnen um das Sammeln von Daten. Auch wenn wir uns als Kunden fühlen, so sind wir nicht einmal Nutzer. Die von uns im Überfluss erzeugten Daten stellen nämlich lediglich den Stoff dar, aus dem die Internetkonzerne Informationen über unser künftiges Verhalten ableiten. Zusätzlich wandelt sich die Geschäftswelt dadurch, dass Monopole quasi das Geschäftsmodell der Digitalen Transformation darstellen und damit auch die Unternehmenslandschaft dramatisch verändern. Die jeweilige „Nummer 2“ spielt selten eine Rolle, und die Gewinne fließen vollständig an den Marktführer. Blieben die digitalen Giganten ungezähmt und könnten sie ihre Geschäfte

weiter nach dem zynischen Motto des deutschstämmigen US-Investors *Peter Thiel* betreiben: „Competition is for losers“, dann geriete nicht nur unsere soziale Marktwirtschaft ins Abseits – sondern auch die Mechanismen unserer gesellschaftlichen und politischen Willensbildung (vgl. Münch 2019). Die Einschätzung, dass die nationale Politik in ihrer Reichweite durch die Marktmacht von Unternehmen beschränkt wird, ist nicht neu. Durch die Transformationen wird dieser fatale Eindruck, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seien den technologischen Veränderungen und ihren gesellschaftlichen Folgen passiv ausgeliefert, aber weiter genährt. In der Folge wuchs zumindest in vergangenen Jahren die Politikverdrossenheit der Bürger mit gravierenden Folgen für die Politische Bildung: Wie viel Aufmerksamkeit und Gehör kann man für die Erklärung zum Beispiel der Mechanismen parlamentarischer Politik erwarten, wenn so manche Wählerinnen und Wähler der festen Überzeugung sind, dass die „richtigen“ Entscheidungen ohnehin ganz woanders getroffen werden?

### **Folgen der Professionalisierung und Spezialisierung von Politik**

Hinzu kommt, dass sich durch die Transformationen nicht nur die Aufgaben und die Rahmenbedingungen der Politik verändern, sondern dass die Transformationen auch Auswirkungen auf die politischen und gesellschaftlichen Akteure haben. Diese reagieren mit Professionalisierung und Spezialisierung auf diese Trends, was wiederum mit einer gewissen Entfremdung von den zu Vertretenden oder den Adressaten des eigenen Tuns einhergeht: Sprache wird technischer, abgehobener und wirkt damit distanziert. Dass sich Erfahrungswelten von Bürgern und Politikern auseinander bewegen, hat verschiedene Ursachen. Erstens machen die Transformationen die Prozesse der Meinungs- und Willensbildung nicht nur vielschichtiger, sondern auch die Zahl der beteiligten Akteure (Experten) steigt und der Ort politischer Entscheidungen verlagert sich immer noch mehr hin zu den Regierungen und vor allem zu den Regierungschefs. „Krisenzeiten stärken die Exekutive“ (Korte 2017, S. 227). Gleichzeitig spielen Expertengremien und externe Berater eine zunehmend wichtige Rolle. Diese Trends schwächen die Bedeutung der Parlamente, sie verkommen immer mehr zu Akklamationsorganen. Das zerreißt die Legitimationskette demokratischer Entscheidungsprozesse, und es schmälert die Gemeinwohlorientierung. Zweitens verändern die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik. Angesichts

der neuen vertikalen Kommunikationskanäle, die auf der Basis vermeintlicher oder tatsächlicher Gleichrangigkeit von Kommunikator und Empfänger ablaufen, geraten die klassischen – vertikal und damit hierarchisch aufgebauten – Kommunikationsformate wie Presse oder öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, in den Verdacht, selbst Elite zu sein, bzw. die Interessen des „Establishments“ zu vertreten. Drittens kontrastiert die Schnelligkeit der Transformationen zu den eher langwierigen Prozessen einer rechtsstaatlichen und föderalen Demokratie. Die Wählerschaft zeigt sich nicht nur ungeduldig, sondern weiß die eigentlich bewährten Strukturen und Prozesse nicht mehr zu schätzen.



Veranstaltung für Referendare über Populismus (Argumentations-training) Foto: Akademie für Politische Bildung

### Wenn Überforderung zu „Basta-Sehnsucht“ führt

Der Regierungsstil des früheren Bundeskanzlers (1998–2005) *Gerhard Schröder* (SPD) wurde in den Medien als „Basta“-Stil beschrieben. Die Bedingungen, unter denen Politik heute entsteht, sind definitiv nicht mehr „Bastatauglich“. Irritierenderweise führt aber genau der Umstand, dass die Aufgaben so groß, die Zuständigkeiten auf so viele politische Ebenen verteilt, die Technologien sich rapide entwickeln, die Interessen so heterogen und die parlamentarischen Mehrheiten prekär sind, gleichzeitig zu etwas, was man als „wachsende Basta-Sehnsucht“ bezeichnen kann (Dausend/Pausch 2019). Alle Versuche der nationalen und der supranationalen Politik, die Folgen der großen Transformationen zu gestalten, werden von der Wählerschaft also auch an Maßstäben gemessen, die dieser „Basta-Sehnsucht“ entspringen. So bieten die digitale Transformation, die Globalisierung, die Klimapolitik und vor allem auch das Coronavirus Menschen mit Neigung

zur populistischen Argumentation Anknüpfungspunkte, um sowohl Unzufriedenheit und Katastrophenängste zu schüren und Aversionen gegen Funktionseliten und Intellektualität zu pflegen. Wir leben in einer Zeit, in der eine Pandemie uns alle für die Nachteile der Globalisierung sensibilisiert und in der wir noch nicht absehen können, ob sie geeignet ist, die bestehende Vertrauenskrise in das repräsentative System zu verstärken oder womöglich sogar zu überwinden. In der Nach-Corona-Phase wird sich zeigen, ob nicht nur staatliche Institutionen und politische Führungskräfte etwas aus der Pandemie gelernt haben, sondern auch die Bürgerschaft: Nämlich, dass wir ein widerstands- und handlungsfähiges politisches System haben, das nicht nur in der Krise besser funktioniert, wenn ihm Vertrauen entgegengebracht wird und das dieses Vertrauen zudem verdient.

### Gesellschaftlicher Wandel und der Wunsch nach Zugehörigkeit

Zu all dem kommt hinzu, dass wir Zeitzeugen eines enormen gesellschaftlichen Wandels sind. Der demografische Wandel, also der Umstand, dass die Gesellschaft bzw. ihre Mitglieder älter, weniger und „bunter“ werden und die Vielfalt an Lebensformen deutlich zugenommen hat, führt auch dazu, dass die Prozesse der Willensbildung anspruchsvoller werden. Die Herausforderung, sehr unterschiedliche Gruppen in die Gesellschaft zu integrieren oder zu verbindlichen politischen Entscheidungen zu kommen, bringt nicht nur die politischen Akteure oder auch die Massenmedien unter Druck, sondern auch die Politische Bildung. Zudem geht die wachsende Heterogenität der Gesellschaft mit einer der größeren Bedeutung der sogenannten Identitätspolitik einher: „America First“, Protektionismus heimischer Wirtschaften gegenüber bspw. China, die Abgrenzung von Einheimischen und Migranten sowie der Versuch, das „ausländische Virus“ (Donald Trump) mittels Grenzsicherungen fernzuhalten, können als Beispiele für diesen Trend zur Betonung von Unterschieden angeführt werden. Die Bereitschaft, das eigene Land bzw. die eigene Nation zum Wohle Europas, also des Gemeinwohls, hintanzustellen, wird von den zwar kleinen, aber dafür lauten Teilen der nationalen Wählerschaft nicht mehr hingenommen und sogar massiv bekämpft. In unserer moralisch aufgeladenen Welt führt das Denken in Schwarz-Weiß-Kategorien schnell in einen Kampfmodus und damit in die Polarisierung. Gerade in der Politischen Bildung kann und darf Polarisierung nicht unterstützt werden. Differenzierung ist angebracht. Klüger als re- →

flexartig „Populisten“ zu rufen, wäre es, zu unterscheiden zwischen übler Demagogie und berechtigten Kritikpunkten, aus denen die politisch Verantwortlichen, aber auch die Multiplikatoren der Politischen Bildung lernen können und müssen. So erschiene es falsch, jede Kritik an bspw. der Europäischen Union oder der Flüchtlingspolitik in Demokratieskepsis oder womöglich Nationalismus und sogar Rassismus umzudeuten. Fehlende Differenzierung, voreilige Pauschalierungen und Verurteilungen machen es den wirklichen Gegnern einer pluralistischen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung zu einfach.

### Veränderungen im Medienkonsum

Eine funktionierende rechtsstaatliche Demokratie wie die bundesdeutsche ist in dem Sinne eine „eingebettete Demokratie“ (Merkel 2016), als dass sie weit mehr umfasst als nur die demokratische Legitimation von Mandatsträgern und Amtsinhabern. Unverzichtbar ist vor allem eine „Arena der Öffentlichkeit“, in der Medien unter anderem die Aufgabe der informellen Gewaltenteilung übernehmen. Gleichzeitig wird den Medien auch eine andere Funktion zugeschrieben, nämlich die eines Frühwarnsystems für gesellschaftliche Entwicklungen. Zeitungen und andere Qualitätsmedien tragen zum Verständnis bei, weshalb politische Entscheidungen so und nicht anders getroffen werden und wurden; sie verhelfen zu Transparenz über staatliche Strukturen und politische Interessenlagen. Wem nun dagegen das Wissen über die Zusammenhänge fehlt, der ist empfänglich für Lügen („Fake News“), für Verschwörungstheorien, für Hetze. Die Gesetzmäßigkeiten der digitalen Kommunikation setzen etablierte Prozesse und Strukturen der politischen Meinungsbildung unter Druck. Diejenigen im In- und Ausland, die von der Vertrauenskrise unserer etablierten Institutionen profitieren wollen, besitzen nun Werkzeuge der Skandalisierung, der Fälschung und der Mobilisierung, von denen wir vor nur 15 Jahren noch keine Vorstellung hatten (vgl. Pörksen 2018). Heutzutage bieten die digitalen Netzwerke die Möglichkeit, ein Anliegen ohne Umweg womöglich sogar „viral“ zu verbreiten. Auch wenn im Umfeld der Coronakrise zu beobachten ist, dass die Nachfrage nach den Informationsangeboten gerade der öffentlich-rechtlichen Sender sowie der Qualitätspresse in allen Altersgruppen steigt (vgl. Dobusch 2020): Tageszeitungen und öffentlich-rechtlicher Rundfunk spielen im Leben gerade von Jüngeren kaum mehr eine Rolle (vgl. Feierabend/Rathgeb/Reutter 2018). Es bleibt abzuwarten, ob Journalisten und Redaktionen ihre frühere Deutungshoheit, also ihre weitgehende Monopol-

stellung als Gatekeeper, nochmals zurückgewinnen können oder ob diese unwiederbringlich verloren geht.



Foto: Akademie für Politische Bildung

Die Demokratie und die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze hängen keinesfalls alleine von der Qualität der Mandats- und Amtsinhaber, nicht einmal von gesetzlichen oder verfassungsrechtlichen Gewährleistungen ab. Die Wichtigkeit und Bedeutung intermediärer Organisationen in Zeiten großer gesellschaftlicher Transformationen sind nicht zu vernachlässigen. Das sogenannte intermediäre System gewährleistet die lebendige Verbindung zwischen den staatlichen Institutionen und dem Staatsvolk – bzw. besser gesagt, der Gesellschaft. Sie üben – im Idealfall – eine höchst relevante Vermittlungsfunktion zwischen diesen beiden Entitäten aus. Wenn die Strukturierungsfähigkeit der intermediären Institutionen weniger nachgefragt wird, dann sind Bürger und Bürgerinnen bei der Suche nach Einordnung und Orientierung stärker als bisher auf sich selbst gestellt. Wer verhindern will, dass hier ein Vakuum entsteht, in dem sich digital verbreitete Botschaften und Falschmeldungen der Anti-Pluralisten unterschiedlicher Couleur festsetzen und ausbreiten, muss die Bevölkerung in ihrer Rolle als gemeinsinnorientierte und verantwortungsbewusste Bürger stärken. Besonders problematisch ist die anti-liberale Haltung zum Aufstand gegen das Establishment, gegen die Eliten, die vor allem Jüngere anspricht. Verlieren diese „Leitplanken“ an Bedeutung, dann schlägt – eigentlich – die Stunde der Politischen Bildung. Dabei gilt aber auch: Die Politische Bildung muss sich inhaltlich und methodisch auf diese Veränderungen einstellen, und sie muss verständlich machen, warum eine globale Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die Globalisierung, der Klimawandel und vor allem die Digitalisierung auch einen Einfluss auf die Demokratie haben. Die Frage

ist nur – wie? Schließlich wird das zur politischen Urteilsbildung unabdingbare Orientierungs- und vor allem Deutungswissen gerade nicht durch die bloße Verfügbarkeit von Informationen erreicht (vgl. Ziegler/Waldis 2018).

---

## **Die Politische Bildung muss sich inhaltlich und methodisch auf diese Veränderungen einstellen, und sie muss verständlich machen, warum eine globale Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die Globalisierung, der Klimawandel und vor allem die Digitalisierung auch einen Einfluss auf die Demokratie haben.**

### **Die Herausforderungen für die Politische Bildung**

Unter anderem muss Politische Bildung sichtbar machen, dass es immer um unterschiedliche Interessen geht, sie muss anschaulich machen, warum Menschen oder Gruppen von Personen unterschiedliche Interessen haben. Dazu stehen unter anderem didaktische Werkzeuge zur Verfügung, die nachvollziehbar machen, worauf zum Beispiel Interessensunterschiede beruhen. Politiksimulationen oder Formate wie „Jugend debattiert“ haben sich dabei bewährt. Diese Vermittlungsformen können aufzeigen, dass wir über Methoden und Prozesse verfügen (Spielregeln), um Konflikte zu lösen. Dadurch kann sowohl das Einnehmen unterschiedlicher inhaltlicher Positionen eingeübt als auch Wissen mittels Erleben, Austausch und Spaß vermittelt werden. Zentral ist zudem die Auseinandersetzung mit dem „warum“ der anderen Einschätzung, die der Meinungspolarisierung entgegenwirkt. Auch aus diesem Grund spricht sehr viel dafür, die verschiedenen Formate ressourcenintensiver bürgerzentrierter Beteiligung (wie zum Beispiel Bürgerhaushalte, Minipublics) auf lokaler und regionaler Ebene durch politische Bildungsarbeit zu begleiten. Diese Begleitfunktion könnte und sollte durch Evaluierung flankiert werden, aus der die Politische Bildung wiederum neue Erkenntnisse gewinnen könnte.

Politische Bildung allein wird allerdings nicht genügen. Bürger müssen auch befähigt sein, die Mechanismen der

digitalen Kommunikation und der digitalen Wirtschaft zu durchschauen (vgl. Deichmann/May 2019). Der Erwerb algorithmischen Grundverständnisses ist dafür erforderlich (vgl. Meeh 2019). Im Zeitalter der Digitalisierung sollen mündige Bürger auch diejenigen Prozesse verstehen, die dazu führen, dass „Nutzer“ nicht Kunden, sondern eher Produkte von Internetkonzernen sind, die aus unseren Daten für das Maschinenlernen bzw. die Künstliche Intelligenz benötigten Informationen gewinnen. Selbst Profis fällt es in Zeiten der Bild- und Videofälschung („Deepfake“) oder der gekauften Trolle und Social Bots schwer, wahr und falsch angemessen schnell zu unterscheiden. Diese Überforderung begünstigt die Nachfrage nach den Botschaften der Vereinfacher und Populisten ebenso wie übertriebenes Bestätigungsdenken in „gatekeeperfreien Zonen“. Angesichts dieser Herausforderung reicht der erhobene Zeigefinger der Medienpädagogen schon lange nicht mehr.

Unsere Bürgerschaft hat ein hohes Selbstbild. Die Multi-Optionalität, also die Vielzahl konkurrierender Möglichkeiten, Freizeit zu gestalten, zwingt die Anbieter Politischer Bildung, ihre Angebote besonders attraktiv zu gestalten. Gelingt das nicht, wird zumindest die außerschulische Politische Bildung kaum mehr Abnehmer finden. Die Transformationen sind also nicht nur für die politisch Verantwortlichen immens, sondern auch für Politische Bildung.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2020

### **Zur Autorin**



**Dr. Ursula Münch** ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München (derzeit beurlaubt) und Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. Föderalismus- und Parteienforschung, Politikfeldanalysen sowie Fragen der gesellschaftlichen Integration. Sie ist u. a. Mitglied des Wissenschaftsrates, des Hochschulrats der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation (bidt) an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

U.Muench@apb-tutzing.de

→

## Literatur

**Dausend, Peter / Pausch, Robert (2019):** Niemand will. Die Erwartungen an Politik wachsen, ihr Einfluss aber schrumpft – nicht nur in der SPD scheuen immer mehr Spitzenleute Verantwortung. In: Die Zeit, Nr. 26/2019, 19. Juni 2019; [www.zeit.de/2019/26/politik-verantwortung-sofortismus-demontage/komplettansicht](http://www.zeit.de/2019/26/politik-verantwortung-sofortismus-demontage/komplettansicht) (Zugriff: 08.04.2020)

**Deichmann, Carl / May, Michael (Hrsg.) (2019):** Orientierungen politischer Bildung im „postfaktischen Zeitalter“. Wiesbaden: Springer VS

**Dobusch, Leonhard (2020):** Beweist Corona die Notwendigkeit öffentlich-rechtlicher Medien? In: Netzpolitik.org: <https://netzpolitik.org/2020/beweist-corona-die-notwendigkeit-oeffentlich-rechtlicher-medien> (Zugriff: 08.04.2020)

**Feierabend, Sabine / Rathgeb, Thomas / Reutter, Theresa (2018):** Jugend, Information, Medien. Ergebnisse der JIM-Studie 2018. In: Media Perspektiven 12/2018, S. 587–600

**Friedman, Thomas L. (2017):** Thank you for being late. Ein optimistisches Handbuch für das Zeitalter der Beschleunigung. Köln: Bastei Lübbe

**Korte, Karl-Rudolf (2017):** Der Sog der Mitte: Die Repolitisierung der Wähler im Wahljahr 2017. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2017, S. 221–231

**Lobo, Sascha (2019):** Realitätsschock: Zehn Lehren aus der Gegenwart. Köln: Kiepenheuer & Witsch

**Meeh, Holger (2019):** Digitale Werkzeuge für die politische Bildung. In: Politik & Unterricht. Zeitschrift für Praxis der politischen Bildung 2–3/2019, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; Themenheft: Digital ist besser? Die Leitperspektive Medienbildung in Schule und Unterricht

**Merkel, Wolfgang (2016):** Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–42/2016, S. 4–11

**Münch, Ursula (2019):** Digitale Transformation: Mehr als eine Herausforderung – eine Gestaltungsaufgabe. Akademie-Kurzanalyse 1/2019, August 2019; [www.apb-tutzing.de/download/publikationen/kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse\\_2019\\_01.pdf](http://www.apb-tutzing.de/download/publikationen/kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse_2019_01.pdf) (Zugriff: 08.04.2020)

**Münch, Ursula (2020):** Die Demokratie in Zeiten der Pandemie. In: Rotary Magazin 4/2020; <https://rotary.de/gesellschaft/demokratie-unter-quarantaene-a-15749.html> (Zugriff: 08.04.2020)

**Pörksen, Bernhard (2018):** Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung. München: Hanser

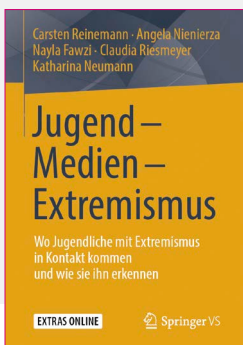
**Soentgen, Jens (2020):** Das Ende des Zwei-Grad-Ziels. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken Heft 849/2020, S. 22–33

**Ziegler, Béatrice / Waldis, Monika (Hrsg.) (2018):** Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS

# Rezensionen

**Carsten Reinemann / Angela Nienierza / Nayla Fawzi / Claudia Riesmeyer / Katharina Neumann: Jugend – Medien – Extremismus**

Wo Jugendliche mit Extremismus in Kontakt kommen und wie sie ihn erkennen



Wiesbaden 2019  
Springer Fachmedien, 256 Seiten

**VON RONJA INHOFF** Die drei Begriffe Jugend – Medien – Extremismus in einer Studie zusammenzubringen und ihre Verbindung aufzuzeigen, ist unzweifelhaft aktuell und relevant, aber auch eine Herausforderung. Dieser haben sich mehrere Forscher\*innen der Ludwig-Maximilian-Universität München angenommen. Die Studie stellt den Abschlussbericht des von der Landesanstalt für Medien NRW finanzierten Projekts „Extremismus in sozialen Medien“ dar.

In der Einleitung wird auf die Problemstellung aus Sicht der Kommunikationswissenschaft eingegangen. Die Forscher\*innen benennen fünf Forschungsdefizite, deren Aufarbeitung dahingehend von gesellschaftlichem Interesse sei. Ein wesentlicher Teilbereich ist dabei die Vereinnahmung junger Menschen von extremistischen Organisationen im Internet. Daraus wurden wiederum fünf Forschungsfragen abgeleitet, die zu einem tiefergehenden Verständnis beitragen sollen, „wo und wie Jugendliche mit extremistischen Botschaften in Kontakt kommen, wie sie diese wahrnehmen, bewerten und auf sie reagieren, um so einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen zu leisten.“ (S. 3)

Kapitel 2 befasst sich mit einer Klärung, was aus Sicht der Forscher\*innen unter Extremismus fällt. Als extremistische Verortungen werden Rechtsradikalismus, religiös begründeter Extremismus und auch Linksextremismus genannt. Gewaltbereitschaft wird dabei als ein wesentliches und einigendes Merkmal gesehen. Dass Linksextremismus hier mit aufgeführt wird, wird von den Forscher\*innen selbst problematisiert, da u. a. auch die Forschungslage im Gegensatz zu den beiden anderen extremistischen Gruppen viel geringer ist.

In Kapitel 3 werden dann die fünf Forschungsfragen, die zuvor nur kurz angesprochen wurden, weiter konkretisiert und das theoretische Modell der Untersuchung erläutert. Ebenso wird auf die Methodik der Untersuchung eingegangen. In den Kapiteln 4–6 werden die Ergebnisse der aufeinander bezogenen einzelnen Untersuchungen vorgestellt. Dadurch, dass mehrere Untersuchungsformen genutzt wurden (Repräsentationsbefragung, qualitative Befragung, kontrollierte Rezeptions- und Wirkungsstudie), fällt die Studie sehr umfassend und komplex aus. Sehr interessant ist der Manipulations-Check in Teilstudie III. Dabei wurde experimentell untersucht, wie gut und woran Jugendliche potenziell extremistische Online-Inhalte erkennen. Dazu wurden Jugendlichen Memes vorgelegt, die in Quelle und Botschaft divergierten. Ein Ergebnis davon ist u. a., dass wenige Jugendliche extremistische Aussagen selbstständig erkennen, bzw. die politische Bewertung der Memes die Jugendlichen insgesamt auch überforderte. Memes der „Patriotischen Jugend Deutschlands“ wurden von den Jugendlichen kaum als extremistisch eingestuft. Besonders Mädchen wurden unsicherer bei der Bewertung, wenn zu dem Memes ein Kommentar hinzugefügt wurde, der das Meme bereits als extremistisch bezeichnete.

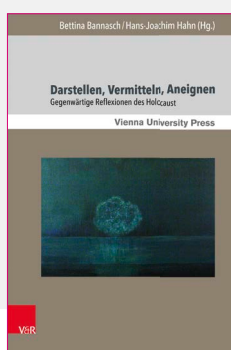
Es lässt sich vielleicht bereits mutmaßen, was als eine der sieben Empfehlungen in Kapitel 5 folgt. Viele der Ergebnisse und Empfehlungen sind sicherlich auch für die Praxis wichtig und bestätigen die bisherige Arbeit politischer Bildner\*innen. Bemerkenswert ist, dass der Qualitätsjournalismus in die Pflicht genommen wird, bei der Berichterstattung noch stärker die Quelle und das Narrativ zu hinterfragen. Obwohl in der Studie häufig die Vermittlung von Kompetenzen in den Vordergrund gestellt →

wird, wird ebenso auch die Schulung von Vertrauen und Wertebildung empfohlen.

Insgesamt ist die Studie sehr klar strukturiert. Das wissenschaftliche Niveau und der Anspruch sind sehr hoch. Problematisch ist m. E. die gleichzeitige Benennung von Rechtsradikalismus, religiös begründetem Extremismus und „Linksextremismus“. Hier wird definitiv zu wenig differenziert und die bedenkliche „Hufeisentheorie“ gestärkt. Sie als Beleg für Extremismus hauptsächlich auf Verfassungsschutzberichte zu stützen und die G20-Proteste als Beispiel für die Gewaltbereitschaft der linken Szene heranzuziehen ist zu kurz gegriffen und beschädigt die Studie eher. Der massive und provokative Polizeieinsatz, die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und die widerrechtlichen Massenverhaftungen und Inhaftierungen vor, während und nach dem G20 Gipfel sind noch lange nicht aufgearbeitet.

## Bettina Bannasch / Hans-Joachim Hahn (Hrsg.): Darstellen, Vermitteln, Aneignen

### Gegenwärtige Reflexionen des Holocaust



Göttingen 2018  
V&R unipress, 528 Seiten

**VON PAUL CIUPKE** Mit welchen Zielen, Formaten, Methoden und Anschauungsmöglichkeiten die Geschehnisse der Shoah vermittelt werden können, ist ein offenkundig unab-schließbares Thema. Das beruht nicht nur auf der nicht endenden subjektiven Verstörung, die eine Beschäftigung mit den NS-Verbrechen in der Regel hervorruft, sondern auch auf dem Umstand, dass ein so beispielloses Ereignis Gegenstand mannigfacher kultureller Spiegelungen, Rezeptionswege und Darstellungsmöglichkeiten sowie unter-

schiedlicher disziplinärer Zugriffe ist. Der hier zu besprechende, recht umfangreiche Sammelband bietet nicht, wie man zunächst vermuten könnte, Einblick in weitere neue historiografische Forschungsergebnisse, sondern richtet den Blick vor allem auf die literarischen und ikonografischen Formen der Darstellung, Verarbeitung und Vermittlung des Holocausts. Die Frage ist nicht mehr, so die Herausgebenden in ihrem Einleitungsbeitrag, ob man sich mit dem Thema auseinandersetzt, sondern vielmehr die, wie man mit den vielfältigen Diskursen, Überlieferungen und Repräsentationsformen reflektiert und pädagogisch umgehen kann. Das macht diesen Band für die pädagogische Arbeit in der außerschulischen Bildung und ihre speziellen eigensinnigen Lernformen besonders interessant. Er beansprucht auch, eine aktuelle Bestandsaufnahme von Positionsbestimmungen zu bieten, was allerdings angesichts der Fülle an Diskursen, Untersuchungen und Parteinahmen ein vielleicht etwas zu hoher Anspruch sein mag.

Die 20 Autor\*innen haben einen breiten geschichts- und kulturwissenschaftlichen Background, sind aber überwiegend Literaturwissenschaftler\*innen. Wir finden drei Bereiche vor, die sich den literarischen Bearbeitungsweisen, den bildlichen Darstellungen und den sich hier jeweils anschließenden Angeboten in den Gedenkstätten widmen und da, wo es relevant ist, auch ausreichend bebildert sind.

Hier können aus Platzgründen nur einige Beiträge exemplarisch erwähnt werden. Zu den Vorzügen des Sammelbandes gehört unbedingt die Möglichkeit, vergessene oder in der Aufmerksamkeit vernachlässigte literarische, filmische und sonstige bildliche Zeugnisse der Shoah wiederentdecken zu können. So beschäftigt sich Mona Körte mit Beispielen früher Prosa, insbesondere mit zum Teil sehr unterschiedlichen und hybriden Texten von Primo Levi, Charlotte Delbo und Robert Antelme. Die Auseinandersetzung von Jan Süselbeck mit den Autobiografien von Ruth Klüger und Otto Dov Kulka schließt hier an. Und Martin A. Hainz schlägt einen Bogen von Paul Celan über Rose Ausländer bis Max Czollek, um in der Lyrik festgehaltene Aspekte aufzuzeigen und zu deuten. Gerade in den ersten drei Jahrzehnten spielte das Theater eine zentrale Rolle bei der Thematisierung des Holocaust, bevor der Film seine große Bedeutung erlangte. Hans-Joachim Hahn erinnert dabei nicht nur an das bekannte Stück von Peter Weiß „Die Ermittlung“, sondern auch an frühe, weitgehend vergessene Dramen von Max Zweig und Erwin Sylvanus über die Geschehnisse im Warschauer Ghetto.

Holger Zimmermann beschäftigt sich mit Kinder- und Jugendliteratur zur Shoah. Er untersucht höchst proble-

matische Darstellungen wie Richters „Damals war es Friedrich“, kommt aber zu dem Ergebnis, dass allzu schlichte moralische Imperative heute so nicht mehr formuliert werden und sich die Perspektive verschoben habe von einer eher schlichten Aufklärungsdidaktik zu einer komplexen erinnerungsdidaktischen Herangehensweise.

Nach anfänglichen Zweifeln hat sich das Medium des Comics inzwischen als ernstzunehmende Erzähl- und Darstellungsform etabliert. Hans Kruschwitz und Ole Frahm führen dies an teils bekannten, teils weniger bekannten Beispielen aus.

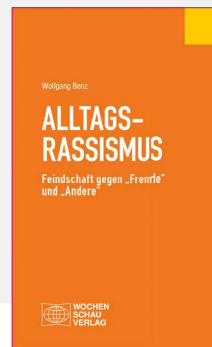
Fotografien haben frühzeitig als Zeugnisse der Verbrechen gedient, manche sind zu signifikanten Ikonen geworden. Hildegard Frübis analysiert unter anderem Fotos des bekannten Lily-Jacob-Albums über Auschwitz. Unbestritten stellt die Holocaust-Serie einen Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung des Holocaust dar. Erst ab Anfang der 1980er Jahre sickerte die Ungeheuerlichkeit der Verbrechen ins öffentliche Bewusstsein ein. Dass es aber schon vorher Spielfilmproduktionen gab, die bei aller Unterschiedlichkeit auch auf die Ermordung der Juden in Europa verweisen, zeigt Manuel Köppen in seinem Beitrag. Bettina Banasch schaut hingegen kritisch auf frühe Dokumentarfilme und deren projektierte Erziehungsfunktionen. Dabei geht es auch um die ethisch dimensionierte Frage, welche Bilder man zeigen kann und darf. Die Auseinandersetzung mit dem Thema in der bildenden Kunst behandelt schließlich Kathrin Hoffmann-Curtius.

In der letzten Sektion geht es in sehr unterschiedlich gerichteten Studien überwiegend um Fragen der pädagogischen Umsetzung. Anne Frank als „Ikone“, um die sich verschiedene Narrative spinnen, steht einmal mehr im Zentrum eines Beitrages. Gescheiterte Gedenkstätteninitiativen in Bayern sind ebenso ein Thema. Instrukтив und anschlussfähig an die vorherigen Abschnitte wirkt Christina Ulbrichts Bericht über den Einsatz von Zeitzeugenliteratur als Leitmedium bei Gedenkstättenführungen. Und eine biografieorientierte Bildungsarbeit zum Thema NS-Verfolgung von Sinti und Roma wird von Tobias von Borcke skizziert.

Der Nutzen des Bandes für eine historisch-politische Bildungsarbeit besteht aber vor allem in dem Aufzeigen von kulturell inspirierten Vermittlungsmöglichkeiten und der Ausdifferenzierung des Bildes von der Rezeptionsgeschichte der NS-Verbrechen.

## Wolfgang Benz: Alltagsrassismus

Feindschaft gegen „Fremde“  
und „Andere“



Frankfurt am Main 2019  
Wochenschau Verlag, 224 Seiten

**VON ULRICH STEUTEN** Wer heute beabsichtigt ein Buch zum Thema „Rassismus“ zu schreiben oder zu veröffentlichen, sollte sich im Klaren darüber sein, damit vermintes Gelände zu betreten. Galt es bisher – zumindest unter Demokraten – als ausgemachte Sache, rassistischen Einstellungen und Handlungen ohne Wenn und Aber die Rote Karte zu zeigen, so ist das strikte Zurückweisen jeglichen rassistischen Denkens und Handelns gegenwärtig komplizierter geworden. Politiker\*innen, Wissenschaftler\*innen, Journalist\*innen oder Künstler\*innen haben sich unter dem Vorzeichen der political correctness zuerst zu befragen – und gegebenenfalls dafür zu rechtfertigen –, ob es ihnen zusteht, zu diesem Thema zu sprechen oder zu schreiben. Dies gilt umso mehr, wenn sich weiße europäische Männer kritisch zum Rassismus äußern. Vorrangig – so scheint es – kommt es darauf an zu (er)klären, wer für wen spricht und ob man autorisiert ist, im Namen anderer zu sprechen.

Der renommierte Zeithistoriker und langjährige Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Wolfgang Benz, lässt sich von dieser Entwicklung nicht irritieren. In seinem Buch bezieht er ohne weitere Rechtfertigung in klassischer Weise Stellung: „Aufklärung (...) soll in diesem Band geleistet werden“, Aufklärung über „alltäglichen Rassismus“ durch „Informationen über dessen historische Wurzeln, seine aktuellen Erscheinungsformen, über Akteure und Schauplätze, ideologische Komponenten und strukturelle Voraussetzungen und emotionale Dispositionen.“ (S. 8)

Für sein Vorhaben hat der Autor sein Buch in acht Kapitel gegliedert. Sie folgen einer Betrachtung vom Allgemeinen zum Speziellen. Im ersten Kapitel thematisiert Benz „Ressentiments und Methoden der Ausgrenzung“, →



wobei er auf Vorurteile, Feindbilder, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Populismus eingeht, sich auch für „Integration statt Ausgrenzung“ ausspricht. Das zweite Kapitel behandelt die „Historischen Dimensionen des Rassismus“ u. a. mit den Unterpunkten Kolonialismus, Rassenlehre des Nationalsozialismus, „Volkstumspolitik“ und Vertreibung. „Rassismus als Ideologie“ (III.) beinhaltet die Aspekte Rasse, Kulturrassismus, Islamfeindschaft, Antiziganismus, Antisemitismus, Antizionismus. In seinen Ausführungen zu „Theorie und Praxis des Rassismus“ erläutert Benz gängige Begriffe und Postulate, die frühere und aktuelle Diskussionen zum Rassismus bestimmt haben, darunter Abendland, Asyl, Ethnopluralismus, Leitkultur, Nation, Volkstum, Heimat. Die folgenden Kapitel wenden sich stärker aktuellen Erscheinungsformen rassistischen Handelns in Deutschland zu. So werden im fünften Kapitel Parolen und Phrasen rassistischer Propaganda („Ausländer raus!“, Asyltourismus, Überfremdung ...) beschrieben, im sechsten Kapitel Gruppen, die Abwertung erfahren, benannt. Darunter fasst Benz u. a. neben Afro-Deutschen, Jenischen, „Juden“, Muslime, „Neger“, Sinti und Roma, auch „Kopftuchmädchen“ sowie den Islam und Islamismus. Kapitel VII thematisiert die Akteure des Rassismus und stellt deren Aktionsfelder dar. Der Autor geht neben rechtsextremen Organisationen, Pegida, der AfD, Identitären, dem „III. Weg“ und weiteren hier auch auf soziale Medien und „Rassismus im Fußballstadion“ ein. Im achten Kapitel behandelt Benz konkrete „Strukturen und Formen rassistischer Gewalt“. Hier werden die seit der deutschen Wiedervereinigung erfolgten überregional bekanntgewordenen rassistischen Übergriffe und Morde an „Fremden“ – Flüchtlingen, Asylbewerbern, Ausländern – wie auch die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zur Sprache gebracht.

In seinem Vorwort weist Benz darauf hin, dass er seine Veröffentlichung als ein „Kompendium“ (S. 8) verstanden wissen möchte. So – als ein kurzgefasstes Lehr- oder Handbuch, das einen schnellen Überblick zu Dimensionen, Erscheinungsformen und Hintergründen alltäglicher rassistischer Praktiken beschreibt und analysiert – ist es auch zu lesen und zu beurteilen. Es vermittelt – gerade auch denen, die sich nicht wissenschaftlich mit diesem Thema beschäftigen – fundierte Kenntnisse über die unterschiedlichen Akteure, ihre Motive und ihre ideologischen Ausrichtungen. Insofern kommt es dem erklärten Ziel, den „Blick für rassistische Vorurteile und Feindbilder“ zu schärfen und damit „alltäglichem Hass und (...) Gewalt“ entgegenzuwirken, eindeutig nach. Als nachbesserungswürdig – für wei-

tere Auflagen, die das Buch verdient – sind allein Details zu nennen: Den Islam und den Islamismus unter „Gruppen“ zu subsumieren zeugt nicht von begrifflicher Sorgfalt, die Rede von „Flüchtlingswelle“ (S. 61) und „Flüchtlingsstrom“ (S. 72) ohne Anführungszeichen ebenso wenig. Einige der im Buch erwähnten oder zitierten Autor\*innen sind in der Literaturliste nicht aufgeführt, in der – sehr ungewöhnlich – zuerst deren Vornamen genannt werden. Hinweise auf weiterführende Literatur zum Thema wäre wünschenswert.

## Daniel Hornuff: Die Neue Rechte und ihr Design

Vom ästhetischen Angriff auf die offene Gesellschaft



Bielefeld 2019  
transcript Verlag, 126 Seiten

**VON NORBERT TILLMANN** Das Widererstarken der Rechten ist offenkundig. Daniel Hornuff, Professor für Theorie und Praxis der Gestaltung an der Kunsthochschule in Kassel, geht davon aus, dass sich die Ideologie der Neuen Rechten nicht geändert hat. Die Inhalte seien aus der Zeit des Faschismus nahezu gleichgeblieben, aber neu sei das öffentliche Erscheinen von alltäglichen Gegenständen, der Kleidung bis hin zur medialen Präsenz. Darin sieht der Autor einen Angriff auf die offene Gesellschaft, der vor allem mit ästhetischen Mitteln geführt werde, so Hornuff.

Der Kulturwissenschaftler untersucht die ästhetischen Formen der Neuen Rechten, zu denen er das Spektrum von der Identitären Bewegung bis hin zur AfD zählt. Alltägliche Beispiele sind Aufdrucke auf Kaffeetassen wie: „Deutsche Ureinwohner“, oder „Deutschland retten“. Diese Präsenz im Alltag transportiert das Narrativ der Neuen Rechten von der Überfremdung.

Ein anderes Beispiel ist ein Facebook-Post von 2018 mit dem Satz: „Schützt den deutschen Wald“. Hier besetzt die Neue Rechte das Umweltthema und deutet es in Richtung eines völkischen Naturschutzes um. Auf rechten Plattformen werden diese Naturschutzbilder häufig mit einer Verabsolutierung des Mutter-Bildes in Verbindung gebracht. Hier führt Hornuff das Wahlplakat der AfD von 2017 mit der damaligen Vorsitzenden Frauke Petry und ihrem Baby an. Auf dem Plakat heißt es: „Und was ist ihr Grund für Deutschland zu kämpfen?“. Damit greife die AfD letztlich ein Motiv der NSDAP auf und veröffentliche dieses in einem aktuellen ästhetischen Design.

In scheinbar harmlosen „Koch-Videos“ auf YouTube, dem wohl größten Verbreitungsmedium der Neuen Rechten, werden beiläufig rassistische Bemerkungen fallen gelassen. Andeutungen setzen auf Mehrdeutigkeiten, um gewünschte Einstellungen zu stimulieren und um sich der Strafverfolgung wegen verfassungsfeindlicher Äußerungen zu entziehen.

Ein weiteres Beispiel des ästhetischen Konzepts der Neuen Rechten ist die Präsentation von Personen. In einer Portrait-Reihe auf der Website der Identitäten Bewegung sind smarte junge Leute, in ihrer alltäglichen Kleidung zu sehen. Sie zeigen sich harmlos mit Hipster-Image und nehmen damit Abstand von dem Habitus der Alt-Faschisten. Diese Selbstdarstellung der Personen aus der Identitären Bewegung unterscheidet sich in der ästhetischen Form nicht wesentlich von der Darstellung in den allgemeinen Medien. Durch Sticker o. Ä. zeigt sich aber eine Verbundenheit und Zugehörigkeit zur Neuen Rechten. Die Neue Rechte will offenbar das Klischee des dumpfen, männlichen Nazi-Typen mit Bomberjacke hinter sich lassen. Ihr Ziel ist, so Hornuff, mit ihrem Design die Gesellschaft von innen, in ihrer Mitte zu schwächen, indem sie in die Alltäglichkeit drängt. Diese Untersuchungen praktischer Erscheinungsformen der Neuen Rechten münden bei Hornuff in seiner Kernthese: „Die Feinde der offenen Gesellschaft erscheinen in den Gewändern der offenen Gesellschaft.“ (S. 11).

Sein Anliegen ist die Analyse des „rechten“ Designs. Die Auseinandersetzung mit der Ästhetik der Neuen Rechten ist wichtig für ein politisches Bewusstsein, so Hornuff, das die Aufklärung nicht nur vernunftgeleitet versteht, sondern vielmehr als ein immer wiederkehrendes Begründen. Hornuff will die ästhetische Raffinesse der Neuen Rechten verstehen, um ihr entgegenzutreten. Dabei verweist er auf Ähnlichkeiten des rechten und linken Verhaltens. Ein Beispiel sei die Äußerung des ehemaligen SPD Vorsitzenden

Martin Schulz über Alexander Gauland von der AfD, dass dieser auf den Misthaufen der Geschichte gehöre. Nach Hornuff müssen die Gegner der Neuen Rechten aufpassen, nicht selbst deren Stil zu übernehmen. Ebenso reiche ein moralischer Reflex auf die Neue Rechte nicht aus. Hinzukommen müsse eine Kritik der eigenen Perspektive. Die Propagierung der eigenen moralischen Überlegenheit bringe die Gefahr blinder Flecken. Die Sensibilität für die eigenen Bedingtheiten traue der Autor den Vertretern der offenen Gesellschaft auch zu. Diese mache den eigentlichen Unterschied zur Neuen Rechten aus. Gerade die wissenschaftliche Forschung müsse das Prinzip des Bezweifelns befolgen. Dies lasse die Neue Rechte außer Acht. In ihren medialen Darstellungen vollzieht sich ein fließender Übergang zu Verschwörungstheorien. Erkenntnisse und Ideologie vermengen sich auf wissenschaftlich unzulässige Weise.

Hornuff schlägt vor, in der Bildungsarbeit die Inszenierung der Neuen Rechten intensiver als bislang zu analysieren. Dabei sollte kein Rückzug auf die Gleichgesinnten erfolgen, sondern eine Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten.

Das Thema dieses Buches ist ein wesentlicher Gegenstand der politischen Bildung. Es bleibt die Befürchtung des Autors, dass die Feinde der offenen Gesellschaft nicht mehr am Rand, sondern inmitten des gesellschaftlichen Lebens stehen.

## Norbert Jung / Heike Molitor / Astrid Schilling (Hrsg.): Was Menschen bildet

Bildungskritische Orientierungen für  
gutes Leben



Opladen/Berlin/Toronto 2018  
Budrich UniPress, 273 Seiten

VON NORBERT TILLMANN Das zentrale Anliegen dieses Sammelbandes ist die Frage, wie Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung zu definieren sind. Welches Bildungsverständnis liegt diesem Bildungsanspruch zugrunde? Welche Bildung brauchen und wollen wir? Im einleitenden Artikel des hier vorliegenden Bandes 5 der Eberswalder Beiträge zu Bildung und Entwicklung der Hochschule im Land Brandenburg gibt Jakob von Uexküll, Gründer des alternativen Nobelpreises, eine eindeutige und engagierte Antwort: Er verknüpft und füllt die Bildungsfrage mit ökologischen Inhalten und Zukunftsfragen. Dabei lehnt er ein Bildungsverständnis ab, das auf wirtschaftlicher und politischer Verwertbarkeit beruht. Er wendet sich gegen das separierte Spezialwissen und fordert stattdessen „zusammen-gedachte“ Lösungen für die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Jakob von Uexküll plädiert für Erziehungssysteme, die ökologisch gebildete Menschen hervorbringen.

Hier schließt der Beitrag von Reinhard Schulz, Philosoph und Biologe, über Bildungstheorie und Kompetenzentwicklung an. Er verweist darauf, dass der Bildungsbegriff sich auf die deutsche Aufklärungstradition bezieht, während der Kompetenzbegriff für eine zunehmende Ökonomisierung der Bildung stehe. Einen Beleg dafür sieht er in den outputorientierten Studiengängen, wie sie im Rahmen des Bologna-Prozesses entstanden sind. Die Hochschulausbildung sei zu einem Wettbewerb um credit points verkommen. Für selbständiges Lernen, Sach- und Reflexionswissen fehle die Zeit. Auch das viel gepriesene lebenslange

Lernen dürfe keine Fessel aus vorgefertigten Lösungen und Kompetenzen sein. Für die Menschen muss Raum für ein eigenes Erleben und das Einlassen auf Unvorhergesehenes zur Verfügung stehen, so Schulz. Daher müsse die lebenslange Eigenverantwortlichkeit eines jeden im Vordergrund stehen. Er fordert eine Umkehrung der Bildungspolitik weg vom Effizienzdenken. Schulz plädiert für eine Renaissance der Inhalte und des Fragens. Das fragende Lernen ist der Kern seines Bildungsverständnisses. Und innerhalb der Umweltbildung werde eine kritische und historische Naturphilosophie als Bestandteil zukünftiger Bildung benötigt.

Der Philosoph Julian Nida-Rümelin formuliert in seinem Beitrag drei Prinzipien einer humanen Bildungspraxis. Prinzip eins ist die Einheit der Person: Humane Bildung versteht den Heranwachsenden als ein Wesen eigenen Ranges, mit gleichem Respekt wie gegenüber Erwachsenen. Sie nimmt den ganzen Menschen in seiner Vielfalt in den Blick unabhängig vom Alter. Mit dem Prinzip Einheit des Wissens wendet sich Nida-Rümelin gegen die Trennung in Allgemeinwissen als Aufgabe der Schule und Spezialwissen als Aufgabe z. B. von Universitäten. Wissenschaftliches Denken sei kein Privileg der Hochschulen. Nida-Rümelin wendet sich gegen die Parzellierung des Wissens an den Schulen mit raschem Fächerwechsel von der Mathematik, über die Biologie hin zum Religionsunterricht usw. Es käme stattdessen darauf an, auch Kindern Zusammenhänge aufzuzeigen und bereits interdisziplinäres Wissen zu fördern. Das dritte Prinzip der Bildungspraxis ist für Nida-Rümelin die Einheit der Gesellschaft. Die humane Bildungspraxis selektiere und klassifiziere nicht, sondern sie fordere Bedingungen für ein gelungenes und autonomes Leben. Autor des eigenen Lebens zu sein, die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten – das ist die Botschaft seiner Bildungsphilosophie.

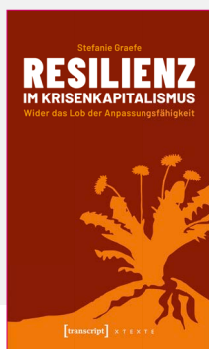
In dem vorliegenden Band folgen weitere bildungstheoretische Überlegungen über die Notwendigkeit schöpferischer Muße als Voraussetzung von Bildung oder dem Nichtwissen als Befreiung usw. Es schließen sich zahlreiche Praxisbeispiele zur Umweltbildung mit Kindern an.

Hier kommt die außerschulische Bildung mit Jugendlichen und Erwachsenen zu kurz. Angesichts des insbesondere von Jakob von Uexküll propagierten Paradigmenwechsels in Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung hin zu einer ökologischen Nachhaltigkeit, ist die Auswahl der Praxisbeiträge etwas begrenzt. Ebenso fehlt ein Hinweis auf den Begriff der politischen Ökologie, der über den Begriff der Umweltpflege und Umweltbildung deutlich hinausgeht. In der politischen Bildung mit Heranwachsenden

und Erwachsenen sollte es auch um die Hintergründe, Zusammenhänge und Interessen hinter dem Bienenhotel an der Schule gehen. Die politische Ökologie ist ein zentraler Gegenstand der politischen Bildung seit der Umweltbewegung in den 70er und 80er Jahren.

## Stefanie Graefe: Resilienz im Krisenkapitalismus

Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit



Bielefeld 2019  
transcript Verlag, 196 Seiten

**VON NORBERT TILLMANN** Resilienz hat Konjunktur. Ist Resilienz tatsächlich das neue Ideal der Persönlichkeit und der Lebensgestaltung? Widerstands- und Anpassungsfähigkeit, Erschöpfung, Stress und Depressionen – das sind nur einige Stichworte der modernen Gesellschaft. Die Autorin zweifelt an der neoliberalen Vorstellung einer lebenslangen Selbstoptimierung, einer uneingeschränkten Leistungsbereitschaft sowie an dem rastlosen Aktivismus mit Ellbogenmentalität.

Der Aufstieg der Resilienz als Gegenmittel zur Erschöpfung, so Graefe, führt zwar einerseits zu einer größeren Sensibilität für die personalen Belange, aber andererseits zum Verschwinden der Kritik an der Arbeitswelt. Sie fragt nach dem Zusammenhang zwischen Erschöpfung als sozialer Erscheinung und Resilienz als scheinbar neuem Leitbild einer flexiblen, widerstandsfähigen, leistungsbereiten Persönlichkeit. Dabei weitet die Autorin den Begriff der Resilienz vom Subjekt auf die Vorstellungen über Gesellschaft aus.

Die Argumentation: Die in Jena lehrende Soziologin geht zunächst davon aus, dass Resilienz uns die Fähigkeit gibt, mit der zunehmend unüberschaubaren, komplexen

Lebenswelt fertig zu werden. Doch kann uns Resilienz heute noch gesund halten? Ist Resilienz die geeignete Antwort auf den Krisenkapitalismus? Stefanie Graefe beobachtet eine allgemein verbreitete Erschöpfung. Nach ihrer Auffassung sind Burnout und Depressionen das Ergebnis des flexiblen Kapitalismus. So zeigt sich die Erschöpfung als Wesensmerkmal der Gegenwartsgesellschaft. Das Beharren auf die individuellen Widerstandskräfte – im Sinne einer falsch verstandenen Resilienz – entspricht der neoliberalen Weltvorstellung des leistungsstarken, belastbaren, anpassungsfähigen und erfolgreichen Subjekts.

So zeigt sich dieses Resilienzkonzept als passgenaue Antwort auf die Erschöpfung im Krisenkapitalismus – mit der fatalen Wirkung, dass die Erfordernisse und Probleme im Selbst bearbeitet werden – die wirtschaftlich geforderte Selbstorganisation dringt ins Subjekt ein.

Stefanie Graefe folgert daraus, dass weniger die Konflikte verschwinden, sondern diese ins Innere der Menschen verlagert werden. Es verändern sich die Konfliktbereitschaft und die Konfliktformen. Graefe verweist darauf, dass die Autonomie des Subjekts mehr bedeutet als die viel gepriesene Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Hinzu komme die Autonomie im Sinne von Selbstorganisation. Das entspricht einem Konzept der Resilienz, also der Fähigkeit mit Schwierigkeiten fertig zu werden. Graefe argumentiert, dass sich dies aber nicht nur auf die individuellen Belange bezieht, sondern ebenso auf die organisatorische Verfasstheit der Gesellschaft, auf Organisationen und Systeme. Flexible Individuen und flexible Organisationen bedingen einander.

Graefe wendet sich dagegen, dass Resilienz zu einer Technik des Subjekts reduziert wird, in der die Beziehung des Subjekts zur Wirklichkeit lediglich unter optimierter Funktionalität verstanden wird. Sie kritisiert die Annahme, dass Resilienz jederzeit sinnvoll sei, da sie Handlungsfähigkeit garantiere. Daher bestehe die Gefahr des Resilienzkonzepts darin, dass die Unterscheidung von Alltäglichem und Existenzuellem, von „positiver“ oder „negativer“ Gesellschaft hinfällig wird. Der Vorstellung, das Selbst helfe sich dank seiner Resilienz schon selbst, widerspricht die Autorin. Sie erweitert den Begriff der Resilienz von der individuellen Handlungsmaxime der eigenen bedrängten Existenz hin zu einer Kategorie politischer Vorstellungskraft. Graefe möchte den Blick vom Subjekt auf die Gesellschaft, das Soziale lenken. Es geht ihr nicht darum, dass sich die Menschen immer weiter anpassen, sondern dass die Welt veränderbar ist. Stefanie Graefes Fazit lautet: Es ist sinnvoll Resilienz zu stärken, z. B. in den Beziehungen, Famili- →

en, Bildung und Einkommen usw., aber man darf Resilienz nicht als allgemeingültiges Handlungsideal missverstehen, das per se schon eine emanzipatorische Wirkung habe. Die Subjekte sind sowohl abhängig, als auch autonom. Es gilt, die politische Handlungsfähigkeit gegenüber Interessen und Machtverhältnissen zu bewahren.

Die vorliegende Arbeit stellt einen wertvollen Hinweis für die politische Bildungsarbeit bereit. Gerade in der Arbeit mit sogenannten bildungsfernen Menschen am Rande der Gesellschaft, ist der Übergang zur sozialen Arbeit fließend. Es liegen multiple Problemlagen vor, Psychokarrieren sind an der Tagesordnung. Das „Modewort“ Resilienz sollte nicht unüberlegt als Lyrik in Förderanträge einfließen. Subjektive und gesellschaftliche Belange in der politischen Bildungsarbeit müssen ständig überprüft werden. Gibt es noch die Hinwendung zur politischen Aktion oder begrenzt sich die politische Bildung auf das Individuelle?

### Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme

Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde



München 2019  
C.H. Beck, 319 Seiten

### Wolfgang Engler / Jana Hensel: Wer wir sind

Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein



Berlin 2018  
Aufbau Verlag, 288 Seiten

### Jana Hensel: Wie alles anders bleibt

Geschichten aus Ostdeutschland



Berlin 2019  
Aufbau Verlag, 317 Seiten

**VON PAUL CIUPKE** Im Jahr 2019 ist es 30 Jahre her, dass die Friedliche Revolution oder – je nachdem, wie man es sehen möchte – die Wende sich vollzog. Von wem angetrieben, wer die entscheidenden Akteure waren, welche sonstigen Kräfte wirkten, all das wurde letztes Jahr im Feuilleton ausgiebig und kontrovers diskutiert. Waren es die Bürgerrechtsgruppen in der DDR oder die einfach nur enttäuschten, ausreisewilligen Bürger\*innen, oder Gorbatschow, die Solidarnosc in Polen, die Erschöpfung der kommunistischen oder realsozialistischen Gesellschaften generell, die Ostpolitik der SPD oder das Festhalten an der deutschen Einheit seitens des konservativen politischen Lagers, die zum „Wunder der Wiedervereinigung“ geführt haben?

Längst hat sich gesamtdeutsch eine Meistererzählung etabliert, die von der ersten in Deutschland geglückten Revolution berichtet und die die Errungenschaft von politischer Freiheit in Ostdeutschland zwar nicht unterschlägt, aber das Moment der Einigung besonders hervorhebt. Flankierend bzw. ergänzend wird manchmal auch auf eine halbwegs kontinuierliche Aufarbeitung der NS-Geschichte verwiesen, aber es ist oft die worauf auch immer im Einzelnen fokussierte Einheit und weniger die Freiheit, die den Diskurs hegemonialisiert hat. Natürlich aber, und das zeigen die aktuellen Diskussionen, verbergen sich hinter dieser „großen Erzählung“ Risse oder viele andere und auch alternative Erzählungen, von denen eine nun sehr wirkmächtig geworden ist. Das ist die über die (vor allem negativen) Erfahrungen der Ostdeutschen nach der Vereinigung. Manchmal war da auch schon zuspitzend, analog zu Österreich 1938, von „Anschluss“ die Rede, nun hat Ilko-Sascha Kowalczuk ein wuchtig argumentierendes Buch veröffentlicht, das den Titel „Die Übernahme“ trägt: eine nicht weniger konfrontative Kennzeichnung. Kowalczuk ist bisher nicht für grobschlächtige und einseitig parteinehmende Auseinandersetzungsformen bekannt, vielmehr für kluge und differenzierende Beobachtungen zur Geschichte der DDR und ihrer nachträglichen Deutung.

Ostdeutschland sieht er jetzt aber als ein „Labor der Globalisierung“. Dass das seit Ende der 1970er Jahre international immer mehr sich in der politischen Agenda verbreitende neoliberale Denken besonders in den postkommunistischen Gesellschaften Mittelosteuropas praktische Anwendung fand, ist inzwischen keine besonders neue Erkenntnis. Trotzdem werden aber das ganze Ausmaß bzw. die Tiefendimensionen der seinerzeit in Gang gesetzten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Operationen mit etwas Abstand immer deutlicher bzw. bewusster. Natürlich wurde den Menschen, die vorher „Bürger“ der DDR waren, der Boden unter den Füßen weggezogen, was unter anderem hieß, dass viele eingeübte Alltagsroutinen, Verhaltensstrategien und Deutungsmuster unbrauchbar geworden waren. Die vielfältigen sozialen, ökonomischen und kulturellen, auch auf Distinktion zielenden Zumutungen für die Bevölkerung beschreibt der Autor in zwölf Kapiteln. Er führt etliche Beispiele an, wie sich westdeutsche Akteure in zum Teil paternalistischer, zum Teil schlicht arroganter Art den Ostdeutschen als Typus konstruierten, um sich selber vor dieser Folie eine Mission oder auch Rechtfertigung zu verschaffen. Dass hierfür aber ausgerechnet der verstorbene und vorher schon lange senil-konservativ gewordene Ar-

nulf Baring als Kronzeuge dient, ist vielleicht ein bisschen zu einfach.

Noch deutlicher sprechen Jana Hensel und Wolfgang Engler ostdeutsche Marginalisierungserfahrungen an, Engler meist aus einer systematischen Perspektive und Hensel mitunter auch als persönliche Erfahrung oder aus teilnehmender kritischer Beobachtung. In einem Band, der ein langes Gespräch der beiden miteinander dokumentiert, werden vielfältige Fragen und Erlebnisse der letzten 30 Jahre angesprochen. Jana Hensel ist als Journalistin für taz, der Freitag, Die Zeit und andere Medien seit längerem unterwegs und öffentlich wahrnehmbar mit Beiträgen über den ostdeutschen Alltag und die dort verbreiteten Mentalitäten. Sie bietet Erkundungen und Expeditionen in die Lebenswelten vornehmlich ostdeutscher Personen und Geschichten auf unterschiedlichen Zeitschienen. Ihre während der letzten zehn Jahre in den Zeitungen erschienenen Reportagen und Kommentare sind kürzlich kompakt im Aufbau Verlag veröffentlicht worden.

Wolfgang Engler ist ein kantiger, vielleicht manchmal in der Fachszene solitärer Soziologe, der die ganze internationale Breite soziologischer Theoriebildung auch schon zu DDR-Zeiten für seine Beobachtungen und Analysen zu nutzen wusste und weiß und nicht im Verdacht steht, leichtfertig rechten Ideologen entgegenzukommen. Das, egal wie man zu vielen Aussagen im Einzelnen steht, unglaublich interessante Gespräch zwischen Hensel und Engler entwickelt eine ziemliche und eigentümliche Dynamik mit einer dominanten und mitunter zornigen Spur bei Engler, die deutliche Emotionen und Abgründe offenlegt.

Vielleicht geschieht es im Eifer des Gefechts, aber Engler lässt sich hinreißen zu der Formulierung, dass es in der medialen Sphäre eine Tendenz zur „Gleichschaltung“ gäbe. Zwar mildert er alsbald diese Kennzeichnung ab und spricht von einem Gleichklang, später von einem „falschen Konsens“ in der Öffentlichkeit, der eine „Kluft zwischen veröffentlichter und gesellschaftlicher Meinung“ verdeckt. Man kann diese Äußerungen als mehrfach codiert lesen: als Mahnung an die, die sich für aufgeklärt, tolerant und weltoffen halten, doch auch die Machtverhältnisse und sozial-kulturellen Dimensionen im Denken und Sprechen mit zu reflektieren. Aber ebenso als Entgegenkommen gegenüber einer Weltsicht, in der sich ostdeutsche Stimmen vermeintlich nicht berücksichtigt finden oder – noch weitgehend – offenbar systematisch bzw. gezielt ausgeblendet werden. Immer wieder werden in dem Dialog Sprachregelungsprozesse angesprochen, ob die DDR-Geschichte betreffend oder die Gegenwart. →

Identitätspolitik, wenn man dieses etwas unklare, aber nun häufig genutzte Rubrum verwenden will, sieht Engler sehr skeptisch; die „kosmopolitische, globalisierungsaффine Denk-, Sprech- und Lebensweise“, die manche Linke und Liberale „zur allgemeinverbindlichen stilisieren“, bedeutet für ihn nur, dass dieser Teil der ebenfalls ökonomisch Beherrschten sich in gewisser Weise, ob bewusst, selbstvergessen oder ahnungslos, zur „Herrschaft über den ‚plebejischen‘ Teil der ökonomisch Beherrschten“ aufschwingt. Jana Hensel versucht immer mal wieder dagegenuzuhalten und zu differenzieren.

Unschwer kann man in Englers Argumenten die Beobachtungen des französischen Publizisten und Soziologen Didier Eribon, auf den er sich wiederholt beruft, als anleitend wiedererkennen. Eine von Eribons Thesen besagt, dass Milieus, die früher der Kommunistischen Partei Frankreichs zuneigten, heute Front National wählen.

Die Erfolge von AfD (und mutmaßlich auch Pegida) sind für Engler allein das Ergebnis jener Erfahrungen, die die Ostdeutschen nach 1990 gemacht haben, und haben mit der früheren DDR-Sozialisation nichts zu tun. Engler und auch Hensel verweisen immer wieder auf die politischen und gesellschaftlichen Brüche, sozialen Verwerfungen und ins Persönliche gehenden Entwürdigungen der 1990er Jahre, die natürlich ein in vieler Hinsicht problematisches Lehrstück waren. Aber, man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass dieses von den Ursachen und Wirkungen her mit schlichten Entgegensetzungen allein den verschiedenen Akteuren der westdeutschen Seite bzw. den von dort importierten ökonomischen und politischen Logiken zugeschrieben wird. Und eine „Entfremdung“ von Politik wird konstatiert, die offenbar nur die Ostdeutschen so erlebt haben. Weitere Stationen dieser Verstörungen seien nach den verschiedenen tiefgreifenden Umstrukturierungen in den ostdeutschen Ländern dann die Hartz 4-„Reformen“, die weltweite Finanzkrise und das Flüchtlingsdrama 2015 gewesen. Aber man möchte einwenden: Als ob es vielen Menschen in Westdeutschland nicht auch so gegangen wäre, dass sie nachhaltig durch diese Ereignisse tangiert und verunsichert worden sind.

Im Jahr 1990 war übrigens die ostdeutsche Bevölkerung der treibende Part, der zur in jeder Hinsicht verfrühten und ökonomisch gerade für die ostdeutsche Industriestruktur und ihre Wettbewerbsfähigkeit höchst problematischen Währungsunion und dann – bekundet durch die Ergebnisse der Wahlen im Frühjahr 1990 – zur Vereinigung drängte. Warnende Stimmen aus dem linken Spektrum im Westen wollte niemand hören. Nach der Agonie der ost-

deutschen Wirtschaft wurden große Teile der Transformationskosten auf die sozialen Systeme überwält, die damit an Grenzen kamen. Hartz 4 war – wenn auch vielleicht nicht zwingend – eine der Folgen. Es geht weder darum, west- und ostdeutsche Erfahrungen gleichzusetzen noch die ostdeutschen Besonderheiten zu ignorieren, aber eine Perspektivenverschränkung wäre, gerade aus Sicht der außerschulischen politischen Bildung, nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

Engler entdeckt erst in der jüngeren Gegenwart das Erzählen ostdeutscher Lebensgeschichten als Möglichkeit der Anerkennung und Selbstvergewisserung. Da kann man fragen, ob er da lange nicht hingesehen hat, denn in den 1990er Jahren waren Formen biografischer Kommunikation, auch als Ost-West-Austausch, in pädagogisch strukturierten und sonstigen Öffentlichkeiten sehr präsent. Ostdeutsche Lebensgeschichten und Erfahrungsszenen wurden in den Medien, in Romanen und Filmen durchaus sehr breit präsentiert. Der Englersche Einwand wäre vielleicht, dass sich das fast nur auf die DDR-Zeit bezieht und die Jahre danach vernachlässigt werden. Zumal der Vorwurf im Raum steht, dass die DDR-Geschichte nur einseitig und persönlich entwertend thematisiert wird. Engler nennt an einer Stelle auch die Auseinandersetzung mit der DDR gallig die Erinnerung eines „zugewiesenen falschen Lebens“.

Kowalczuk geht mit den Ostdeutschen und ihrer Geschichte nach 1945 hingegen weniger zimperlich um. Für ihn ist es ebenfalls kein Zufall, dass die AfD in den ostdeutschen Ländern besonders erfolgreich ist. Natürlich sind für ihn auch die Transformationserfahrungen, aber auch die verschiedenen späteren „Krisen“ (Finanzkrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise) Anlässe, bei denen sich „die Ostdeutschen“ wiederholt bestätigt fühlen in ihrem Inferioritätsgefühl nach den Motti, dass hier plötzlich Geld zur Verfügung steht, das ihnen seinerzeit verweigert wurde, oder dass mal wieder die Eliten profitieren. Als Historiker hat Kowalczuk aber den tieferen und weiteren Blick: Die „obrigkeitsstaatlichen Prägungen“ und die „Traditionsverhaftung“ von großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung seien durch die Vereinigung nicht gebrochen worden, sondern erwiesen sich auch häufig als funktional, etwa gerade im Kontext der Fragen des wirtschaftlichen Umbaus nach 1990. Er verweist aber auch auf den europäischen Rahmen und die Beispiele anderer postkommunistischer Gesellschaften wie Polen und Ungarn. Es fehlt dort wie in Ostdeutschland oft ein breites Verständnis der Herausforderungen einer „offenen Gesellschaft“. Und es gibt ein

abgründiges und untergründiges Geschichtsverständnis, dessen Grundlinien schon in Polen oder Ungarn lange vorhanden und gerade heute wirksam sind, sodass man sich eher wundern muss, dass dieses erst in den letzten Jahren auch öffentlich hegemonial werden konnte.

Angesichts der in den hier zitierten Publikationen deutlich aufgezeigten tiefgreifenden Unterschiede und Verwerfungen in Deutschland und in Europa sind die Rede von der deutschen Einheit und der Ruf nach einer gesamtdeutschen Erzählung reine Ideologie. Es stellt sich auch die Frage, ob man eine solche überhaupt braucht. Das gilt auch für den deutschen Einigungsfeiertag am 3. Oktober. Jana Hensel schlägt vor, diesen mit seiner Datierung ohnehin fragwürdigen Tag ganz abzuschaffen und konstatiert kritisch: „Man feiert die Wiedervereinigung und weist den Ostdeutschen mit ihren historischen Erfahrungen ein weiteres Mal die Rolle von Statisten zu.“

Eine deutsche Meistererzählung und entsprechende Identitätsbeschwörungen braucht niemand außer den wohl niemals aussterbenden Hurra-Patrioten und historischen Rechthabern. Auch eine neue Stilisierung der Menschen in Ostdeutschland als Opfer, ihre Charakterisierung als besondere deutsche Spezies und die Kennzeichnung der ihnen zugemuteten Erfahrungen in den vergangenen 30 Jahren als quasi „zweite Schuld“ der Anderen scheint mir in vielerlei Hinsicht problematisch und der vorhandenen realen Unterschiedlichkeiten in den ostdeutschen Regionen wie auch den inzwischen eingetretenen gesellschaftlichen Entwicklungen dort wie im Rest der Republik nicht angemessen. Eine kritische Bilanzierung, diskursive Konfrontationen und ost- und westdeutsche wie europäische Perspektivenverschränkungen würden hingegen nicht schaden und zum Aufgabenspektrum außerschulischer politischer Bildung gehören.

Die Beschäftigung mit der eigentlichen DDR-Geschichte scheint – abgesehen von den spezialisierten dafür beauftragten Aufarbeitungsinstitutionen – in der außerschulischen politischen Bildung der letzten Zeit erheblich an Bedeutung und Umfang verloren zu haben. Die besonderen Förderschwerpunkte der Bundeszentrale für politische Bildung für das Jahr 2020 sehen die Rubrik „30 Jahre deutsche Einheit“ vor, es soll aber, so Thomas Krüger, insbesondere die Transformationsgeschichte nach 1989 berücksichtigt werden. Das Thema ist also angekommen. Interessantes und kontroverses Diskussionsmaterial bieten die hier angezeigten und besprochenen Bände dafür mehr als genug.



# AdB Aktuell

## Die Deutsche Ratspräsidentschaft im Blick

### Erste Sitzung der AdB-Fachkommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit



Die Mitglieder der neu berufenen Fachkommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit Foto: Melanie Haase

Mit mehr als 30 Mitgliedern startete die AdB-Fachkommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit in ihre neue, vierjährige Legislaturperiode und traf sich vom 12. bis 14. Februar 2020 zur konstituierenden Sitzung in Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V. in Bovenden-Eddigehausen. Dort wurden die Mitglieder vom AdB-Vorsitzenden Boris Brokmeier, dem Leiter des Hauses, persönlich begrüßt.

Mit der Neubesetzung der Kommission findet ein großer personeller Umbruch statt: Knapp zwei Drittel der Mitglieder haben sich neu um die Mitarbeit in der Kommission beworben.

Neben dem Kennenlernen und der gemeinsamen Entwicklung einer ersten Arbeitsplanung für die kommenden vier Jahre, stand die Wahl der Kommissionsvorsitzenden auf dem Programm. Markus Rebitschek von der Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“ und Dajena Schlöffel von der Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz wurden einstimmig gewählt.

Die Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit deckt fachlich und inhaltlich ein breites Aufgabenspektrum ab. Es umfasst die politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Ebenso sind die verschiedenen Fokussierungen internationaler Begegnungsarbeit in der

Kommission vertreten. Das Spektrum reicht von klassischen Jugendbegegnungen und Fachkräftemaßnahmen, über internationale Freiwilligendienste bis hin zur thematisch orientierten Bildungsarbeit im internationalen Kontext. Die Schwerpunkte und Erfahrungen der Kommissionsmitglieder sind breit aufgestellt.

Erfreulich ist zudem, dass in der neuen Kommission mehrere Träger vertreten sind, die im internationalen Zentralstellenbereich des AdB tätig sind, sodass die lange bestehende Lücke zwischen fachlich-inhaltlicher Arbeit der Kommission und der geförderten Begegnungsarbeit im AdB-Zentralstellenverfahren geschlossen werden kann.

Mit den neuen Kommissionsvorsitzenden haben sich die Mitglieder auf erste Schwerpunkte festgelegt, die in den Jahren 2020/2021 in der Hauptsache die Mitwirkung an und Ausgestaltung von Aktivitäten im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft, die Deutschland am 1. Juli 2020 übernimmt, sowie dem Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats, den Deutschland von November 2020 bis Mai 2021 innehat, betreffen.

Einen großen Bedarf identifizierten die Kommissionsmitglieder in der Frage der Qualifikationsangebote für Teamende und junge Trainer\*innen, wie auch in der kollegialen Beratung zu spezifischen Herausforderungen internationaler politischer Bildungsarbeit.

Zudem beschäftigte sich die Kommission mit dem Stand des Verbandsentwicklungsprozesses im AdB und ebenso mit den vielen neuen Projektschwerpunkten in der AdB-Geschäftsstelle.

Mit Katja Greeson, Bundeskanzler Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung, diskutierten die Kommissionsmitglieder erste Erkenntnisse aus der aktuellen Feldforschung zur European Citizenship Education with Youth.

Es war alles in allem eine arbeitsreiche Sitzung in guter und konstruktiver Atmosphäre, in der viel Vertrauen zwischen den Mitgliedern gewachsen ist.

## Demokratisierung der politischen Bildung

### Erste Beiratssitzung des Projekts „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“



Beiratsmitglieder (v.l.n.r.) Karim Fereidooni, Nina Khan, Roland Wylezol, Lena Graser, Sebastian Bock, Narmada Saraswati und María do Mar Castro Varela Foto: AdB

Am Freitag, 21. Februar 2020, fand die erste Beiratssitzung des Projekts „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ) statt. Der Beirat wird zwei Mal pro Jahr tagen und dient dem Projekt als fachliche Begleitung und als kritischer Reflexionsraum.

Schon in der ersten Sitzung gab es viele wichtige Anregungen und Hinweise, welche Aspekte im Projekt noch mitbedacht oder vertieft werden müssen. So war sich der Beirat einig, dass rassismuskritische Lernprozesse angestoßen werden müssen, wenn der Verband sich weiterentwickeln und vielfältiger in Bezug auf (post-)migrantische Organisationen werden möchte.

Ebenso war es den Beiratsmitgliedern wichtig, dass beim Wunsch nach Veränderungen der Blick zuallererst auf die eigenen Strukturen gerichtet werden müssen. Das betrifft z. B. die Sensibilisierung für eine diskriminierungskritische Sprache und die Einbeziehung von (post-)migrantischen Perspektiven.

Repräsentation von gesellschaftlicher Vielfalt in allen Bereichen und auf allen Ebenen – auch in der politischen Bildung – bedeutet letztendlich auch, für Chancengleichheit einzustehen und Grundrechte von allen gesellschaftlichen Gruppen ernst zu nehmen.

So konstatierte Professorin Dr. María do Mar Castro Varela von der Alice Salomon Hochschule Berlin, dass wir anstatt „von einer Diversifizierung eher von einer Demokratisierung“ der politischen Bildung sprechen müssten.

Der AdB freut sich außerordentlich, dass er für den Beirat ausgezeichnete, wissenschaftliche und praktische Expertise zu den Themen politische Bildung, Rassismuskritik, postkoloniale Theorie, Intersektionalität, Erwachsenenbildung und (post)migrantische Organisationen gewinnen konnte und damit auch einen wichtigen und kritischen Blick von außen erhält. Wir freuen uns sehr auf die weitere Zusammenarbeit!

*Mitglieder des Beirats sind:*

- Ina Bielenberg, AdB-Geschäftsführerin
- Prof. Dr. María do Mar Castro Varela, Alice Salomon Hochschule Berlin, Professorin für Soziale Arbeit und Allgemeine Pädagogik
- Jun.-Prof. Dr. Karim Fereidooni, Ruhr-Universität Bochum, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung
- Dr. Janosch Förster, Pädagogischer Mitarbeiter und stellv. Geschäftsführer im Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.; Vertreter der AdB-Fachkommission Erwachsenenbildung
- Lena Graser, Türkische Gemeinde in Deutschland e. V., Referentin für politische Bildung
- Dr. Nina Khan, Bundesverband Netzwerke von Migrant\*innenorganisationen e. V., Projektleitung „Wir sind Viele – gegen Rassismus und Diskriminierung“
- Peggy Piesche, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Referentin für Diversität, Intersektionalität, Dekolonialität
- Narmada Saraswati, AdB, Projektleitung „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“
- Roland Wylezol, Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Leitung/AdB-Vorstandsmitglied

## Herausforderung Diversität

### Kommission Erwachsenenbildung trifft sich zur konstituierenden Sitzung



Mitglieder der Kommission Erwachsenenbildung Foto: AdB

Am 9. und 10. März 2020 traf sich die AdB-Fachkommission Erwachsenenbildung im Haus Neuland e. V. in Bielefeld zu ihrer konstituierenden Sitzung und eröffnete damit die vierjährige Legislaturperiode. Ziele der Sitzung waren daher vor allem, sich als neue Gruppe zusammenzufinden, einen Arbeitsplan für die kommenden Jahre zu erstellen und die Rolle zu definieren, die die Kommission im AdB-Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ spielen will.

Geleitet wird die Kommission von Nadja Bilstein, Bildungsreferentin in Haus Neuland e. V., die während der Sitzung zur Kommissionsvorsitzenden gewählt wurde, und von Jan Zajic, Pädagogischer Leiter des Heinz-Kühn-Bildungswerks, der zum stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden gewählt wurde.

Der Einstieg in die gemeinsame Arbeit erfolgte mit der Frage nach den eigenen Schwerpunkten und Interessen in der politischen Erwachsenenbildung und mit der Frage, wo die Kommissionsmitglieder die größten aktuellen Herausforderungen für die politische (Erwachsenen)Bildung sehen. Aus den Diskussionen heraus konnte eine umfangreiche Sammlung von Aspekten zusammengestellt werden, die als Basis für die weitere Arbeitsplanung der Kommission dienen werden. Herausforderungen sind z. B. eine beobachtete gesamtgesellschaftliche Demokratiemü-

digkeit, das Erstarken demokratiefeindlicher Einstellungen, die Aktivierung zur Mitwirkung in der Demokratie, die Erreichbarkeit von Teilnehmende im jüngeren und mittleren Erwachsenenalter, aber auch die Lage der eigenen Einrichtung.

Die Kommission wird das AdB-Projekt: „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“, ein Modellprojekt zur nachhaltigen Stärkung und Diversifizierung der politischen Erwachsenenbildung, intensiv begleiten. Das Projekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb für drei Jahre gefördert. Die Themen Diversitätsentwicklung und Diskriminierungskritik werden als Querschnittsthemen bei allen zu bearbeitenden Themen in der Kommission mitgedacht. Mit einer Fortbildung zur diversitätssensiblen Arbeit, die für die nächste Sitzung geplant ist, werden Anregungen zur Reflexion und zur Klärung des Selbstverständnisses gegeben. Dann wird es darum gehen, Anstöße für die eigene Bildungsarbeit (Methoden, Angebote) sowie für die Strukturen in den Institutionen (z. B. Zusammensetzung der Teams) zu geben.

Das Projekt wurde von der Projektleiterin, Narmada Saraswati, Referentin für Diversität in der Erwachsenenbildung in der AdB-Geschäftsstelle, ausführlich vorgestellt. Sodann wurde in der Gruppe zusammengetragen, welche Expertise es bereits in der Kommission zu Rassismuskritik und Diversität gibt, welche Wege die Kommission gehen muss, um zu einem gemeinsamen Verständnis dazu zu kommen, und was die Kommission zum Gelingen des Projektes beitragen kann. Die Kommissionsmitglieder sehen einen hohen Bedarf, sich für die Auseinandersetzung mit Themen wie z. B. deutsche Kolonialgeschichte, Gadjé-Rassismus, Rassismuskritik, postmigrantische, postkoloniale Gesellschaft Expertise von außen zu holen.

Die Kommissionsmitglieder freuen sich auf die Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren und hoffen, einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland leisten zu können.

## DIGIT-AL: Smart City, smarte Arbeit, smart leben? Smarte Bildung!

### Sektorenübergreifende und interdisziplinäre Perspektiven auf digitale Transformation



Erstes Projekttreffen in Brüssel Foto: DARE-Network

Bildung muss anerkennen, dass digitale Transformation nicht nur ein Aspekt technischen Fortschritts, sondern in gleichem Maße ein einschneidender sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Prozess ist. Im Projekt „DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship“ wird derzeit erforscht, was die digitale Transformation für die politische Erwachsenenbildung bedeutet. Vom 24. bis 29. Februar 2020 trafen sich im Rahmen des Projekts politische Bildner\*innen aus verschiedenen Teilen Europas in Brüssel.

Gemeinsam mit Vertreter\*innen europäischer Netzwerke, mit Forscher\*innen und Politik-Expert\*innen im Bereich der digitalen Transformation widmeten sich die Teilnehmenden dem Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven: sektorenübergreifend und interdisziplinär. Indem es ganz verschiedenen Beiträgen und Perspektiven Raum gab, förderte das Treffen einen eher holistischen Blick auf die Digitalisierung.

Mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat sowie der EU-Kommission präsentierten zwei EU-Institutionen ihre Strategie in Bezug auf die Entwicklung digitaler Kompetenzen im Kontext wirtschaftlicher Modernisierung.

Auch in der Zivilgesellschaft wird digitaler Kompetenz ein hoher Stellenwert eingeräumt, jedoch ist hier der Fokus deutlich stärker auf die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe und die Schaffung besserer Bedingungen für selbstbestimmte lebenslange Lernprozesse gesetzt – ein Standpunkt wie er etwa vom europäischen Netzwerk ALL DIGITAL oder der Lifelong Learning Platform vertreten wird.

Aus den Gesprächen und Diskussionen wurde deutlich, dass nützliche Konzepte von Digital Literacy nur mit starken Anteilen politischer Bildung entwickelt werden können. Insbesondere der Vermittlung der rechtlichen Dimension (Digital Human Rights) kommt hier mehr Wichtigkeit zu, als allgemein vermutet wird. Die eigenen Rechte kennen und verstehen ist der erste Schritt auf dem Weg zur Überwindung der Angst vor der digitalen Transformation und ebenfalls Voraussetzung für ihre aktive demokratische Mitgestaltung durch die Bürger\*innen. Um dafür politisches Problembewusstsein zu schaffen, bedarf es mehrerer solcher Austausche, so das Fazit der Organisatoren aus dem Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

Die Schwerpunktthemen der teilnehmenden Expert\*innen und Gäste aus Brüsseler Institutionen und Organisationen waren:

- Das digitale Ich und der Datenkörper; Nils-Eyk Zimmermann, AdB
- Partizipation und Gemeinwesen; Ricardo Caldas, Inducar; [www.inducar.pt](http://www.inducar.pt)
- E-State und E-Democracy; Sulev Valdmaa, Edgar Roditsenko und Mark-Andre Udikas, Jan Tönnisson Institut; [www.jti.ee](http://www.jti.ee)
- Rechtliche Herausforderungen; Andrès Chomczyk Penedo, Projekt Panelfit [www.panelfit.eu](http://www.panelfit.eu) von der Law, Science, Technology and Society – LSTS – Research Group an der Vrije Universiteit Brussel; <https://lsts.research.vub.be>
- Digitalisierung, KI und Fairness – Wie die EU im globalen Rennen um Zukunftskompetenzen und Bildung stärken, während man soziale Inklusion ermöglicht; Tellervo Kylä-Harukka-Ruonala, Christa Schweng, European Economic and Social Committee; [www.eesc.europa.eu/en](http://www.eesc.europa.eu/en)
- Digitale Wirtschaft und Skills; Alexander Riedl, GD Kommunikation Netze und Technologie der Europäischen Kommission, stv. Leiter der Einheit F.4 Digital Economy and Skills; <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/content/digital-economy-and-skills-unit-f4>
- Medien und Information im Umbruch; Valentina Vivona, Centre for International Cooperation Trento; [www.cci.tn.it](http://www.cci.tn.it)
- Digitale Menschenrechte; Jan Penfrat, European Digital Rights, Senior Policy Advisor; <https://edri.org> →

- Die Lernenden und der Lernraum; Daniela Kolarova, Partners Bulgaria Foundation; <https://partnersbg.org>
- Digitale Pfade zur Anerkennung (non-formalen) Lernens; Frank Elbers, DARE-network; <https://dare-network.eu>
- Digital Competence als bürgerschaftliche Kompetenz; Barbara Quarta, Chief Programs Officer, Renato Sabbadini, Vorsitzender, Netzwerk ALL DIGITAL; <https://all-digital.org>
- Die Perspektive lebenslangen Lernens: Die Projekte DIGIT, DIMILI 4AC und Open Your Eyes; Pauline Boivin, Lifelong Learning Platform; <http://lllplatform.eu>

Das Projekt wird über das Programm Erasmus + der Europäischen Kommission als Strategische Partnerschaft im Feld der Erwachsenenbildung (Projektnummer: 2019-1-DE02-KA204-006421) gefördert. Der AdB führt das Projekt in Kooperation mit Partnern dem Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe (<https://dare-network.eu>) durch.

## Was sind die aktuellen Herausforderungen der geschlechterreflektierten Bildung?

AdB-Fachkommission Geschlechterreflektierte Bildung traf sich zur konstituierenden Sitzung in Hamburg



Foto: Jan Stahlhut / Waldritter e. V.

Die Mitglieder der AdB-Fachkommission Geschlechterreflektierte Bildung trafen sich am 12. und 13. März 2020 zur ersten Sitzung in der neuen Sitzungsperiode. Im Fokus der Sitzung im Internationalen Bildungszentrum dock europe e. V. in Hamburg standen das gegenseitige Kennenlernen sowie die Verständigung über die Struktur und den Inhalt der zukünftigen Kommissionsarbeit. Die Kommissionsmitglieder tauschten sich zu den eigenen Schwerpunkten und Interessen in der geschlechterreflektierten Bildung und ihrer Bildungsarbeit allgemein aus. Damit einher ging auch die Frage, was aus ihrer Sicht die größten aktuellen Herausforderungen für die geschlechterreflektierte Bildung sind.

Neben der Erläuterung der Aufgaben der Fachkommissionen im AdB wurden die Erwartungen an die Zusam-

menarbeit geklärt und die Themen für die kommenden Sitzungen erarbeitet. Themenschwerpunkte, denen sich die Kommissionsmitglieder in dieser Sitzungsperiode bis 2023 widmen wollen, sind u. a.

- Feminismus – Antifeminismus,
- Gleichstellungspolitik,
- Die Neue Rechte – Gender,
- Sprache,
- Gesundheit in Bezug auf § 219a, Europäische Abtreibungsgesetze und die Notwendigkeit der Mobilität,
- Feministische Ökonomie,
- Intersektionalität sowie
- Arbeitsbedingungen – Care Arbeit.

Zudem stand die Wahl des Kommissionsvorsitzes auf dem Programm: Tanja Berger, HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, und Dr. Ines Pohlkamp, Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz, werden die Kommission zukünftig gemeinsam leiten.

In der kommenden Herbstsitzung will sich die Kommission schwerpunktmäßig mit dem Thema Intersektionalität auseinandersetzen. Geplant ist dazu eine Kooperation mit dem AdB-Modellprojekt „Polyphon – Diversität in der politischen Bildung stärken!“

Neben der Auseinandersetzung mit den Themenschwerpunkten plant die Kommission einen regelmäßigen Austausch über Materialien, Methoden, Literatur und

Webinhalte zu aktuellen Fachthemen der geschlechterreflektierten Bildung sowie den Austausch von Best Practice Beispielen aus den eigenen Einrichtungen. Wichtig für die Kommissionsmitglieder ist dabei der Rückfluss von Expertise aus der Kommission in den Verband. In diesem Sinne möchten die Mitglieder des Fachgremiums gern strukturelle Handlungsempfehlungen für die Einrichtungen erarbeiten und Ansprechpartner\*innen für Austausch sein. Für alle AdB-Mitgliedseinrichtungen, die Interesse haben, eine diskriminierungs- und geschlechtersensible Perspektive gewinnbringend in ihrem Arbeitsalltag zu verankern, steht

die AdB-Fachkommission Geschlechterreflektierte Bildung gerne für Beratung zur Verfügung.

Obwohl einige Kommissionsmitglieder aufgrund der zunehmenden Einschränkungen durch die Corona-Pandemie nicht an der Sitzung teilnehmen konnten, war diese erste Kommissionssitzung intensiv und konstruktiv sowie geprägt von einer offenen und vertrauensvollen Arbeitsatmosphäre. Unterstützend wirkte dabei die kreative Umgebung des Tagungshauses. Die Kolleg\*innen freuen sich auf den gegenseitigen Austausch und die weitere fachliche Zusammenarbeit in der Kommission!

## Der 8. Mai – „im Kalender des Erinnerns – der beste Tag zum Feiern“

Die Bedeutung politischer Bildung über den Tag hinaus



Foto: AdB

„Haben wir im Moment nichts Wichtigeres zu tun, als uns an den 8. Mai 1945 zu erinnern? Schließlich sind wir im Krieg gegen ein Virus ...“ fragt provokant der Berliner Historiker Paul Nolte im Tagesspiegel (vom 06.05.2020; [www.tagesspiegel.de/kultur/tag-der-befreiung-eine-redemacht-geschichte/25794392.html](http://www.tagesspiegel.de/kultur/tag-der-befreiung-eine-redemacht-geschichte/25794392.html)) und regt damit ein vielschichtiges Nachdenken und die Formulierung vielfältiger „Nachfragen“ an: Ist nur noch Corona eine Nachricht wert? Regiert Corona unser Denken und unser Handeln? Was ist darüber hinaus wichtig? Aber auch: Was bedeutet es, wenn wir einen Tag als „Tag der Erinnerung“ benennen, ihn gar zum Feiertag machen, wie in Berlin für dieses Jahr beschlossen? Ja, was bedeutet der 8. Mai 1945 heute überhaupt noch? Wer füllt dieses Datum mit welchen Gedanken, vielleicht Erinnerungen?

Gedenktage stehen nie einfach nur für sich. Sie sind eingebettet in Narrative, illustriert mit Bildern und Erinnerungen, und sie sind mit einer „offiziellen“ Erzählung verknüpft. Für die Nachfahren der Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus wird ein solcher Tag ein besonderes Gewicht haben. Der jüdische Autor Max Czollek sagt in diesem Zusammenhang, wenn überhaupt ein Tag im Kalender des Erinnerns zum Feiern sei, dann dieser ([www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/religion\\_und\\_gesellschaft/202005/03/432430.html](http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/religion_und_gesellschaft/202005/03/432430.html)). Aber Gedenktage werden ihre Bedeutung für eine Gesellschaft nicht entfalten, wenn sie nicht mit Leben gefüllt werden, d. h., wenn sie keinen Bezug zu aktuellen Fragen und Lebenswirklichkeiten bekommen.

Genau das sieht die politische Bildung als ihre Aufgabe an: in schulischen und gerade auch außerschulischen Kontexten und Bildungsformaten Erinnerungskultur lebendig zu halten, Bezüge herzustellen und Fragen zu beantworten. Die Auseinandersetzung mit nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Diskursen ist ein Kernbestandteil politischer Bildung. Nicht nur an diesem Tag oder anderen Gedenktagen, sondern über das ganze Jahr, denn auch dieser 8. Mai im Jahr 1945 stand nie für sich, sondern hat eine Geschichte davor und danach.

Für Paul Nolte ist – Bezug nehmend auf die Rede Richard von Weizsäckers, die dieser vor 35 Jahren gehalten hat – dieser Tag nicht nur ein „deutscher, sondern europäischer, ja globaler Knotenpunkt der Erinnerung“. Der Gefahr, diese Europäisierung der Erinnerung als „Entlastung“, wie Max Czollek es benennt, zu verstehen, sollte →

man sich dabei bewusst sein. Es kann aber eben auch den Blick dafür schärfen, dass Erinnerung immer aus sehr unterschiedlichen Perspektiven geschieht.

Gerade hier ist die politische Bildung gefragt.

Um noch einmal auf den Anfang zurückzukommen: Wir dürfen nicht bei den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie stehen bleiben und alles andere darüber vergessen. Natürlich reagieren wir, reagiert die politische Bildung auf die Herausforderungen, entwickelt spannende Formate, die auch mit Abstandsregelungen gut zu realisieren sind, trifft sich im digitalen Raum und passt ihre Angebote den Geboten an. Politische Bildung muss aber

auch als Raum für junge und ältere Menschen bestehen bleiben, die sich außerhalb der gewohnten Orte zusammenfinden, die sich begegnen und sich – zum Beispiel – über verschiedene Zugänge über die Bedeutung des 8. Mai 1945 bewusstwerden.

Der 8. Mai erinnert uns auch daran, dass es gerade in diesen Zeiten nicht nur darum geht, auf Wirtschaft, Lehrpläne und individuelle Unterstützungen zu schauen, sondern den gesellschaftlichen Diskurs und die non-formale politische Bildung zu stärken und breit zugänglich zu halten.

## Für die Werte unserer Demokratie streiten

Der Tag des Grundgesetzes erinnert an das Fundament unserer Demokratie



Installation Grundgesetz 49 von Dani Karavan am Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestags Foto: AdB

In jedem Jahr wird am 23. Mai an das Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949 und damit an die Werte, die mit diesem Grundgesetz verbunden sind, erinnert. Im Jahr 2020 kommt diesem Tag eine besondere Bedeutung zu, denn zum ersten Mal seit Bestehen des Grundgesetzes wird den Menschen abverlangt, auf viele der Grund- und Freiheitsrechte zeitweilig zu verzichten, bzw. deren vorübergehende Einschränkung zu akzeptieren.

Ob und in welcher Weise dies notwendig ist, um einer der größten globalen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte Herr zu werden, führt zu einer zum Teil hitzigen gesellschaftlichen Diskussion über die Verhältnismäßigkeit, über den Vorrang des Gesundheitsschutzes vor den Frei-

heitsrechten und über die demokratischen Werte.

Besteht bei vielen Menschen die Einsicht, dass ein zeitweiliger Verzicht auf die persönlichen Freiheitsrechte – auch zum Schutz besonders gefährdeter Menschen – notwendig ist, sind diese Maßnahmen für andere Menschen verbunden mit einer großen Verunsicherung, mit Misstrauen und Sorge. Dieses gilt es ernst zu nehmen. Genauso muss aber auch entschieden für das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie geworben werden.

Hier sehen die politischen Bildner\*innen wichtige Aufgaben ihrer Profession: Sie setzen sich dafür ein, die im Grundgesetz verankerten Rechte zu verteidigen, zu ihrer Sicherung und Weiterentwicklung sowie zu ihrer Vermittlung beizutragen. Sie streiten für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie sowie der Sozial- und Rechtsstaatlichkeit.

Gleichzeitig wenden sie sich gegen Demokratiefeindlichkeit, die Verbreitung von Verschwörungsmymen sowie gegen die Verunglimpfung und Abwertung von Menschen und Gruppen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ lautet der Beginn des Artikel 1 des Grundgesetzes. Dieser hat als unveräußerlicher Wert ein besonderes Gewicht und muss als hohes Gut in dieser besonderen Situation unter Umständen auch vor die anderen Grundrechte gestellt werden.

In der Stellungnahme zum AdB-Jahresthema 2019 heißt es: „Die Träger politischer Bildung leisten ihren Beitrag durch die Vermittlung von Kompetenzen für das demokratische Miteinander. Dazu gehört es zu lernen, Konflikte

auszuhalten und Kompromisse eingehen zu können. Demokratielernen ist auch das Einüben einer positiven Streitkultur.“ Genau dies scheint im Moment besonders von

Nöten zu sein und zeigt, wie wichtig es ist, die politische Bildung zu stärken.

## Aus den Mitgliedseinrichtungen

Die durch die Corona-Pandemie notwendig gewordenen Einschränkungen haben auch den gewohnten Betrieb aller AdB-Mitgliedseinrichtungen auf ein Minimum heruntergefahren. Veranstaltungen wurden abgesagt, die Flure, Zimmer und Seminarräume der Bildungsorte sind verweist, es reisen keine Gruppen von Schüler\*innen, Multiplikator\*innen oder Teilnehmenden aus dem Ausland an und das Personal – sowohl im Service- als auch im Bildungsbereich – ist in Kurzarbeit. Dennoch bedeutet das keinen Stillstand: Auf vielen Ebenen wird nach Lösungen gesucht, mit denen dennoch Bildung stattfinden kann – nicht mehr verbunden mit einer persönlichen Begegnung, aber dennoch in engem Austausch über virtuelle Kanäle. Neue, kreative Konzepte werden entwickelt und mit anderen geteilt. Im Folgenden werden aus diesem Grund beispielhaft einige wenige Konzepte und Ideen vorgestellt:

Die *Akademie für Politische Bildung* in Tutzing hat Mitte April das Podcast-Projekt „Akademie fürs Ohr“ gestartet. Themen sind: Wie versuchen Populisten den öffentlichen Diskurs zu bestimmen? Wieso gefährden Gesundheitskrisen die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft? Was machen die Medien mit Corona – und Corona mit den Medien? Beate Winterer, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit & Community Management der Akademie, spricht in diesem Projekt regelmäßig mit Akademiedirektorin Ursula Münch und dem wissenschaftlichen Kollegium über aktuelle Entwicklungen in ihren Arbeitsbereichen, darunter Demokratie, Wirtschaft, Medien, Europa und Zeitgeschichte. <https://akademiefuersohr.podigee.io>

Auch für die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* heißt die Corona-Pandemie, dass nahezu alle Veranstaltungen nicht mehr in der gewohnten Form stattfinden können. Die Stiftung stellt zahlreiche Angebote nun im digitalen Format an als Onlineseminare, Livestreams und Video-Podcasts bereit. Zwei neue Angebote sollen ein Forum für

die Diskussion über die weltweiten gesellschaftlichen und politischen Folgen der Corona-Krise bieten. Das Format kann an verschiedenen Tagen live abgerufen werden. [www.rosalux.de/livestream](http://www.rosalux.de/livestream)

Die *Europäische Akademie Berlin* schaltet angesichts der aktuellen Situation nach und nach von den analogen in die digitalen Gänge. Mit dem sogenannten „Heimtrainer“ stellt die Akademie Online-Tutorials, interaktive Chats, Webinare, Streams und Downloads zur Verfügung und will europapolitisch Interessierte auf dem Laufenden halten. Der Heimtrainer ist wie ein sportliches Trainingsprogramm aufgebaut. So können sich die Nutzer\*innen je nach Bedarf mit unterschiedlicher Intensität in die Themen Solidarität, Kultur, Freiheit, Menschenrechte und Wirtschaft einarbeiten. [www.eab-berlin.eu/die\\_eab\\_im\\_netz/heimtrainer](http://www.eab-berlin.eu/die_eab_im_netz/heimtrainer)

Ab sofort können beim Verein *Soziale Bildung e. V.* aus Rostock digitale Bildungsangebote gebucht werden. Die Themen der Online-Angebote sind sehr vielfältig: In Anlehnung an den konsum- und globalisierungskritischen Stadtrundgang des Vereins ist nun in digitaler Form auch ein konsum- und globalisierungskritischer Wohnungsrundgang möglich. Der Workshop „Queer gepasst – Fußball, Sexismus und Geschlechterrollen“ regt zur kritischen Auseinandersetzung mit Diskriminierung an, wirft einen Blick auf die gesellschaftlichen Vorstellungen und darin verfestigte Strukturen und versucht auf Basis moderner Geschlechtermodelle Geschlechterrollen und deren Zuschreibungen kritisch zu hinterfragen. Beim Webinar „SPURENSUCHE – Digitale Erkundung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme“ können die Teilnehmenden auf Basis einer virtuellen Ausstellung die KZ-Gedenkstätte Neuengamme erkunden. Zudem wird ein Online-Seminar über Fake News und Hate Speech sowie ein Webinar zur Auseinandersetzung mit dem rassistischen Pogrom von Rostock Lichtenhagen im Jahr 1992 angeboten. Die Angebote richten sich an Schüler\*innen ab der Klassenstufe 8 und können in →



Abstimmung mit Soziale Bildung e.V. gebucht werden.  
<https://soziale-bildung.org/bildung/digitale-bildung>

#### Weitere Meldungen:

Das *Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen* hat eine neue Ausgabe der Publikation *Vision* veröffentlicht. Die Ausgabe VISION Nr. 10 2019 hat den Schwerpunkt „Choosing hope over fear. Democracy and diversity in the U.S. and Germany“. Die Publikation kann über das GSI bestellt werden. [www.gsi-bevensen.de](http://www.gsi-bevensen.de)

Die *Bildungsstätte Anne Frank* hat ein neues Themenheft „Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus – Wie die Rechten die Geschichte umdeuten“ veröffentlicht. Es gibt einen Überblick über aktuelle Formen von Geschichtsrevisionismus, benennt wichtige Akteur\*innen und deren typische Argumentationsfiguren und zeigt, an welche gesellschaftlichen Einstellungen sie anknüpfen. Es enthält u. a. Beiträge von Natascha Strobl, Volker Weiß, Nadja Erb, Max Czollek und Stella Hindemith. Download: [www.bs-anne-frank.de](http://www.bs-anne-frank.de)

Das *Anne Frank Zentrum Berlin* hat das Lernmaterial „Flucht im Lebenslauf – Biografisches Lernen mit Jugendlichen“ veröffentlicht. Es richtet sich an Jugendliche ab 14 Jahren und erzählt die Lebensgeschichten von drei geflüchteten Menschen aus Geschichte und Gegenwart: Anne Frank aus Deutschland, Hava aus dem Kosovo und Marah aus Syrien. Das Material ist vollständig online und kostenfrei zugänglich. Für die Einzelarbeit der Jugendlichen zu Hause hat das Anne Frank Zentrum die Methoden überarbeitet. <https://flucht.annefrank.de>

Die Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz hat die Broschüre „Empowerment für den Arbeitswelt-Parcours“ zur arbeitsweltbezogenen Beratung und Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchterfahrung im Übergang Schule/Beruf veröffentlicht. Hierbei handelt es sich um eine Handreichung zum gleichnamigen Projekt, das von 2017–2019 durchgeführt und von Demokratie leben! gefördert wurde. Download: [www.empowerment-bredbeck.de](http://www.empowerment-bredbeck.de)

# Berichte, Hinweise, Nachrichten

## Personalien

Seit Anfang Januar ist **DR. SABINE DENGEL** die neue Leiterin Fachbereich Förderung in der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie löst damit **WINFRIED KLEIN** ab, der als Leiter in das Gustav-Stresemann-Institut nach Bonn gewechselt ist. Sie ist Politikwissenschaftlerin und hat zum Thema politische Erziehung in nicht-demokratischen politischen Systemen promoviert und in unterschiedlichen Kontexten im Feld der politischen Bildung gearbeitet. In der bpb ist sie seit 2008 u. a. im Fachbereich Veranstaltungen und in der Projektgruppe „Politische Bildung und Kultur“ tätig.

**MARIA SPRINGENBERG-EICH** wurde im Januar 2020 nach 15 Jahren als Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Die Nachfolge wurde noch nicht benannt.

**CAROLIN ZIELE** hat die Geschäftsführung des Vereins Internationales Haus Sonnenberg – Sonnenberg-Kreis e. V. im Januar 2020 übernommen.

Am 1. März 2020 hat **JANA MITTAG** die Geschäftsführung der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg übernommen. Nach verschiedenen Einsätzen im Rahmen der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit u. a. in Peru, Sri Lanka und Indien, übernahm sie 2008 die Leitung des Regionalbüros Südostasien der Heinrich-Böll-Stiftung in Thailand. 2010 wechselte sie in die Bundesstiftung nach Berlin. Von 2018 bis 2020 war sie für das Autonome Frauenzentrum Potsdam tätig und arbeitete zu geschlechterpolitischen Themen auf kommunalpolitischer Ebene.

**DR. INES POHLKAMP**, Jugendbildungsreferentin in der Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz, wurde in den Vorstand der BAG Mädchen\*politik e. V. gewählt, einem gemeinnützigen Verein, der Politik mitgestalten und fachpolitische Impulse in der feministischen Arbeit zur bundesweiten Verankerung von Mädchen\*arbeit in Strukturen und Konzeptionen setzen will.

Seit März 2020 unterstützt **ANNA QUINTSCHER** die AdB-Geschäftsstelle als studentische Hilfskraft. Sie hat Volkswirtschaftslehre und Soziologie mit Schwerpunkt auf soziale Ungleichheit und Migration studiert.

Ende März gab es einen Wechsel in der Geschäftsführung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV). **ULRICH AENGENVOORT** wurde nach 19 Jahren in seiner Funktion als Verbandsdirektor im DVV in den Ruhestand verabschiedet. Seine Nachfolgerin ist **JULIA VON WESTERHOLT**. Nach Stationen im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich, war sie seit 2011 in steigender Verantwortung für den Bundesverband des Deutschen Roten Kreuzes e. V. in Berlin tätig, zuletzt als Marketingleiterin und stellvertretende Bereichsleiterin Marketing, Kommunikation und Fundraising.

Das Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hat am 4. März 2020 einen neuen Vorstand gewählt: **DR. ANDREA DESPOT** und **DR. PETRA FOLLMAR-OTTO** sind ab 1. Juni 2020 das neue Führungsduo. Sie folgen auf **DR. ANDREAS EBERHARDT** und **DR. MORITZ KILGER**, die sich Ende 2019 nicht wieder zur Wahl gestellt hatten. Dr. Andrea Despot war zuletzt Direktorin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied an der Europäischen Akademie Berlin. Dr. Petra Follmar-Otto war von 2008 bis 2020 Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik am Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin.

**IN EIGENER SACHE:** Nach fast 20 Jahren verlässt **GERTRUD GANDENBERGER** den Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“.



Wohl niemand hat sich länger ehrenamtlich für unsere Zeitschrift engagiert. Als Gertrud Gandenberger in den Redaktionsbeirat eintrat, wurde sie noch von der AdB-Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit dafür delegiert. Das war damals ein basisdemokratisch verstandenes Prinzip, dass jede Kommission eine Person in den Redaktionsbeirat entsandte, um auf diese Weise eine umfassende Expertise sicherzustellen. In der eben genannten Kommission arbeitete Gertrud Gandenberger noch länger als im Redaktionsbeirat mit. Wer eine brasilianische Mutter hat, dem fallen das Interesse an der Welt außerhalb Deutschlands und die gewandte Mehrsprachigkeit vielleicht leichter bzw. selbstverständlicher zu. Die europäische und internationale Bildungsarbeit

war neben der Menschenrechtspädagogik das ihre politische Bildungsarbeit bestimmende Thema. Das gilt auch für das Internationale Forum Burg Liebenzell im Nordschwarzwald, in der die pädagogische Arbeit über 20 Jahre vor allem einen Namen hatte: Gertrud Gandenberger. Diese Bildungspraxis, die vor allem aus vielen europäischen und internationalen Begegnungen bestand, war die Basis ihres Einsatzes für die Reflexion und theoretische Weiterentwicklung pädagogischer Ansätze, die sich in Artikeln für die „Außerschulische Bildung“ wiederfinden. So verdankt die Zeitschrift ihr lange Zeit die Betreuung der Rubrik „Politische Bildung praktisch“ inklusive vieler einzelner Hinweise und der Vermittlung entsprechender Beiträge. Als ich Gertrud Gandenberger im Rahmen einer AdB-Tagung kennenlernte, merkte ich sofort, dass hier eine Kollegin in Erscheinung tritt, die nicht nur ein abstraktes allgemeines Interesse an gesellschaftspolitischen Vorgängen und der Welt zeigt, sondern ein hohes Gespür für die Fragen ihrer konkreten und personalen Vermittlung besitzt. Und in diesem Sinne arbeitete sie auch als Studienleiterin in der Burg Liebenzell. Für die Einrichtung wie für den AdB ist ihr Ausscheiden ein großer Verlust. Nun geht sie nach Tübingen und wird künftig als Mitarbeiterin im Landratsamt für Europäische Angelegenheiten und Strukturförderung zuständig sein. In vieler Hinsicht wird sie dort ihre bisherigen Interessen und Ideen weiterhin verfolgen und auch der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung den Rücken stärken können.

**Paul Ciupke**

# Aus Profession und Politik

## AGJ-Positionspapier: Die European Youth Work Agenda für qualitativ hochwertige Youth Work – in Europa und in Deutschland

Der Rat der EU und der Europarat streben die Weiterentwicklung von Youth Work im Rahmen einer European Youth Work Agenda an. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ verbindet mit der European Youth Work Agenda die Zuversicht, wirksame Impulse aus der europäischen Debatte in die deutsche Kinder- und Jugendhilfe einbringen zu können. Als Forum und Netzwerk der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland erhebt sie mit dieser Stellungnahme zudem den Anspruch, die Kompetenz der deutschen Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, in die Ausformulierung der European Youth Work Agenda

einfließen zu lassen und somit ihre Prinzipien und Qualitätsstandards auf der europäischen Ebene einzubringen. Um zur Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Youth Work beizutragen, setzt sich die AGJ in diesem Positionspapier mit der angekündigten European Youth Work Agenda auseinander und formuliert Forderungen an deren Ausgestaltung sowie an den europäischen und deutschen Umsetzungsprozess.

Quelle und Download: [www.agj.de](http://www.agj.de)

## The Representation of Roma in European Curricula and Textbooks

Unter dem Titel „The Representation of Roma in European Curricula and Textbooks“ verfassten Riem Spielhaus, Simona Szakács-Behling, Aurora Ailincăi, Victoria Hopson und Marko Pecak im Auftrag des Europarats, des Georg Eckert Instituts und in Zusammenarbeit mit dem Roma Education Fund den Analysereport. Im Mittelpunkt steht die Analyse der Repräsentanz der Roma in Lehrplänen und Lehrbüchern, die derzeit für die Primar- und Sekundarstufen in den europäischen Ländern genutzt werden.

Die Analyse umfasste ebenso die Schulfächer Geschichte, Geografie sowie civic education in 21 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Der Fokus der Studie lag bei den 10–18-Jährigen.

Quelle, weitere Informationen und Download: <https://repository.gei.de/handle/11428/306>

## Anerkennungsverfahren von Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung nutzen

Das Projekt GRETA „Grundlagen für die Entwicklung eines trägerübergreifenden Anerkennungsverfahrens von Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung“ wird vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in Kooperation mit sieben Dachverbänden der Weiterbildungslandschaft, u. a. dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), durchgeführt. Die eigene GRETA-Website ist nun online. Dort finden Sie alle Produkte, Termine und Veranstaltungen sowie Informationen rund um das Projekt. In einem GRETA-Einführungsvideo wird das Projekt kurz und anschaulich dargestellt.

In einer ersten Projektphase wurden im Zeitraum von 2014–2018 Konzepte und Instrumente zur Anerkennung von Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung entwickelt. Im Projekt GRETA II werden von Dezember 2018 bis November 2021 die GRETA-Konzepte und Instrumente erprobt und pilotiert. Ziel ist es, Erfahrungen zum Aufwand und Nutzen der unterschiedlichen Einsatzvarianten sowie zu Umsetzungsbedingungen zu sammeln.

Sie arbeiten als Trainer\*in oder Kursleiter\*in, als Dozent\*in oder Seminarleiter\*in in der Erwachsenen- und

Weiterbildung? Sie haben viel praktische Erfahrung gesammelt und sich eine Menge Wissen angeeignet? Ab jetzt können Sie Ihr Können dokumentieren und bewerten lassen und erhalten dafür eine aussagekräftige Kompetenzbilanz und ein professionelles Feedback. Die Kompetenzbilanz zeigt Ihre Stärken auf. Sie können diese für Ihre Bewerbungen nutzen, denn sie ist von über sieben Dachverbänden der Weiterbildung anerkannt.

Bis Ende 2021 können Sie kostenfrei die Fragen nach Ihrem Wissen und Können einfach von zuhause online im PortfolioPlus beantworten. Dafür loggen Sie sich auf der Projektwebsite ein. Auch die Gutachter\*innen können den Begutachtungsprozess sowie das Feedbackgespräch ab sofort online erledigen.

Vertreten Sie eine in der Weiterbildung tätige Einrichtung, freut das GRETA-Team sich, wenn Sie als GRETA-Nutzungspartner die Instrumente testen. Interessierte wenden sich bitte an das DIE (Dr. Anne Strauch [strauch@die-bonn.de](mailto:strauch@die-bonn.de)).

<https://www.greta-die.de>

## Neues Dossier informiert in leichter Sprache über Jugendmedienschutz

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung wachsen mit zahlreichen neuen Medien auf. Zum Fernseher, dem Radio und der Spielekonsole sind in den vergangenen Jahren Tablets und Smartphones hinzugekommen. Soziale Netzwerke im Internet nutzen junge Menschen täglich. Mit Freunden tauschen sie sich online über gemeinsame Hobbys und Interessen aus oder finden darüber neue Freunde. Auch Streaming-Dienste wie Netflix bieten rund um die Uhr Filme und Unterhaltung. Doch die Nutzung der neuen Medien bietet nicht nur Chancen und Möglichkeiten, sondern birgt auch Gefahren und Risiken für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sowohl soziale Netzwerke als auch Streaming-Dienste bieten Angebote, die nicht bedenkenlos konsumiert werden können, wie pornographische oder gewalthaltige Inhalte sowie die Gefahr des Cyber-Groomings (Ansprechen von Kindern über Computerspie-

le mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte) oder Cyber-Mobbings.

Mit dem Dossier „Jugendmedienschutz in Leichter Sprache“ wollen die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) und die Bundesvereinigung Lebenshilfe über die gesetzlichen Regelungen zum Jugendmedienschutz informieren. Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe sowie Lehrer\*innen an Förderschulen, die mit betroffenen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, bietet der Ratgeber einen guten Einstieg in das Thema Jugendmedienschutz. Aber auch Eltern mit Beeinträchtigungen oder Kinder mit einer geistigen Behinderung oder Lern-Behinderung können darüber in einen Dialog treten.

Quelle, weitere Informationen, kostenlose Bestellung (auch in höherer Stückzahl) und Download: [www.bag-jugendschutz.de](http://www.bag-jugendschutz.de)

## Rechtsextremismus im Netz: Aktueller Lagebericht von jugendschutz.net

Rechtsextreme Gruppen verlagern ihre Aktivitäten zunehmend auf Social-Media-Kanäle und nehmen damit gezielt Jugendliche ins Visier. Über alle verfügbaren Dienste locken sie mit Angeboten, die an die Lebenswelt junger Menschen anknüpfen und deren Emotionen wecken – zum Beispiel durch Musik von Rock bis Hip-Hop. Das zeigt der Lagebericht „Rechtsextremismus im Netz 2018/19“, den Bundesjugendministerin Dr. Franziska Giffey Mitte April vorgestellt hat. Erarbeitet und herausgegeben wurde der Bericht von jugendschutz.net, dem Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet. Der Lagebericht macht einmal mehr deutlich, dass Social-Media-Dienste ein zentrales Aktionsfeld von Rechtsextremen sind. Gerade dort, wo Schutzmaßnahmen durch Plattformbetreiber nicht vorhanden oder zu wenig wirksam seien, entstünden gefährliche „Echokammern“.

jugendschutz.net dokumentierte 2018 und 2019 im Themenfeld Rechtsextremismus 1.486 Verstöße. Meist handelte es sich um die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung. 2.248 Maßnahmen wurden eingeleitet; in über 80 % der Fälle wurde eine Löschung oder Sperrung erreicht. Der Großteil der gesichteten rechtsextremen Propaganda befand sich auf Social-Media-Plattformen wie YouTube, Facebook, Twitter und Instagram.

Auch jugendschutz.net und das Kompetenznetzwerk Rechtsextremismus im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beobachten, dass Rechtsextreme aktuell versuchen, die Corona-Krise für ihre Propaganda zu instrumentalisieren. Das führe zu einer „Hass- und Rassismus-Pandemie in den sozialen Netzwerken“, so Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung als koordinierende Stelle des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismus. Um sich der Bedrohung von Geflüchteten, Einwanderern und Repräsentanten der Demokratie durch Rechtsextreme entgegenzustellen und Fake News, gezielter Desinformation und rechtsextremen Narrativen präventiv und pädagogisch begegnen zu können, werden Trägern der Jugendarbeit und pädagogischem Fachpersonal Informationen und Methoden an die Hand gegeben.

Der Bericht „Rechtsextremismus im Netz 2018/19“ und die Praxis-Information „Corona-Pandemie und rechtsextreme Onlinepropaganda: Verschwörungstheorien, Hasskampagnen und rechtsextremes Framing“ stehen zum Download bereit.

Quelle, weitere Informationen und Download: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/rechtsextremismus-im-netz-giffey-stellt-aktuellen-lagebericht-von-jugendschutz-net-vor-/154790](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/rechtsextremismus-im-netz-giffey-stellt-aktuellen-lagebericht-von-jugendschutz-net-vor-/154790)

## Stellungnahme zu Corona und Mädchen\*

Die Auswirkungen der Maßnahmen zur Entschärfung der COVID19-Pandemie beeinflusst aktuell alle Lebenswirklichkeiten. Die BAG Mädchen\*politik hat ihre Mitglieder gefragt, wie sich die COVID19-Pandemie auf die Lebenslagen von Mädchen\* und auf die Mädchen\*arbeit vor Ort auswirkt.

In der praxisnahen Stellungnahme still\*love\*moving\*girls werden diese Auswirkungen der Pandemie auf die Lebenslagen von Mädchen und auf die Arbeit der verschiedenen Mädchen\*einrichtungen im deutschsprachigen Raum überblickshaft dargestellt.

In der Konsequenz fordert die BAG Mädchen\*politik geschlechtersensible CORONA-Schutzmaßnahmen. Diese beinhalten u. a. die Berücksichtigung der Lebenslagen von Mädchen\* und jungen Frauen\*; Aufklärung statt Vereinfachungen wie #stayathome; die Öffnung der niedrigschwelligen Angebote, wie z. B. offene Mädchentreffs; den Ausbau und die Absicherung der Mädchen\*angebote sowie die humanitäre Unterbringung für alle.

Quelle, weitere Informationen und Download der Stellungnahme: [www.maedchenpolitik.de](http://www.maedchenpolitik.de)

## Was geht? Kunst und Kultur, Politik und Gesellschaft

Eine Gruppe von jungen Leuten – die meisten von ihnen haben Flucht- oder Migrationserfahrung – entwickeln im April 2018 in einem Workshop in Kooperation mit Berlin Mondiale ([www.berlin-mondiale.de](http://www.berlin-mondiale.de)) erste Ideen für ein Magazin mit dem Namen „WAS GEHT?“ Schon um diesen Titel wird gerungen. Die Beteiligten wollen zeigen, was wirklich geht. Sie legen einfach los, planen, diskutieren und entscheiden sich, entwickeln ein Logo, das für ihre Ideen und Vorstellungen spricht. Jeder bringt unterschiedliche Erfahrungen mit – sowohl Lebenserfahrungen als auch Erfahrungen im Umgang mit Medien. Sie haben keine Chefin und keinen Chef, sie entscheiden gemeinsam. Das ist nicht super einfach, aber es funktioniert! Keiner hat eine feste Aufgabe, alle sind für alles verantwortlich: Jede/r stand schon mal hinter der Kamera, hat den Ton übernommen, Videos geschnitten oder Texte geschrieben. Die meisten Themen, die die Gruppe behandelt, beschäftigen sich mit Migration, Kultur, Kunst, Sport und Politik.

Das aktuellste Vorhaben stand unter dem Motto „Aus Mut gemacht“ und wurde im Rahmen des Projekts „30 Jahre Mauerfall“ im Oktober 2019 realisiert (<https://mauerfall30.berlin/aus-mut-gemacht/#>). Die Gruppe drehte zwei Filme. Der Titel des ersten Films „Freifliegen“ hat das Thema Freiheit mit Soundeffekten zum Ausdruck gebracht. Der zweite Film mit dem Titel „Aus Angst kommt Mut“ handelt von dem rassistischen Vorfall gegen Vietnames\*innen im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Die beiden Filme wurden im Zeitraum von 7 Tagen gedreht. Auf den Seiten von „Was geht?“ stellen sich die jungen Menschen vor, werden die Film- und Fotoprojekte präsentiert, wird über die geplanten Aktivitäten berichtet.

Text: Walid Alastah

Weitere Informationen: <https://wasgeht.berlin>

## Neuer IDA-Reader erschienen: Rassismuskritische Öffnung

Rassismus strukturiert unsere gesamte Gesellschaft – vom Kinderbuch über die Schule, den Wohnungs- und den Arbeitsmarkt bis hin zu Ess- und Konsumgewohnheiten. Rassismus macht vor keiner Organisation halt. Auch Jugendverbände sind in diese Verhältnisse eingebettet und daher dazu aufgerufen, sich kontinuierlich mit ihnen zu beschäftigen. Was bedeutet es, Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe und Teil des Selbstverständnisses zu begreifen? U. a. dieser Frage gehen die Beiträge in dem Band „Rassismuskritische Öffnung. Herausforderungen und Chancen für die rassismuskritische Öffnung der Jugend(verbands)arbeit und Organisationsentwicklung in der Migrationsgesellschaft“ nach, der von Sebastian Seng und Nora Warrach für das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V. herausgegeben wurde.

Wie bin ich gesellschaftlich positioniert? Welche Privilegien habe ich? Teile ich meine Privilegien und wenn ja, mit wem? Welche Teilhabebereiche sind für mich selbstverständlich und warum? Wem stelle ich welche Fragen, wem nicht und warum? Was gehört zu meiner Normalität und was ist für mich selbstverständlich? Was bedeu-

tet die Einbettung in rassistische Strukturen für die Arbeit von Jugendverbänden, wenn sie dem Anspruch genügen möchten, die Interessen aller Jugendlichen in Deutschland zu vertreten? – Das sind nur einige der Fragen, die im Mittelpunkt des neuen IDA-Readers stehen. Zunächst zeichnet er die Entwicklung von einer Interkulturellen zu einer Rassismuskritischen Öffnung nach und überlegt, wie rassismuskritische Jugend(verbands)arbeit gelingen kann. Die Autor\*innen beschäftigen sich dann aus rassismuskritischer Perspektive mit Organisationsbereichen wie dem Aufbau von Beschwerdeverfahren, der Einstellungspraxis sowie dem Lehren und Lernen. Schließlich wird der Prozess der Organisationsentwicklung u. a. dahingehend befragt, wie sich Organisationen macht- und rassismuskritisch entwickeln können und wie dieser Prozess selbst macht- und rassismuskritisch gestaltet werden kann.

Quelle und Bestellung: [www.idaev.de](http://www.idaev.de)

Download: [www.idaev.de/publikationen/reader](http://www.idaev.de/publikationen/reader)

## Antimuslimischer Rassismus und Muslimische Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft

Ebenso ist ein IDA-Reader mit dem Titel „Antimuslimischer Rassismus und Muslimische Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft“ erschienen. Er wurde von Ansgar Drücker und Philip Baron für das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. herausgegeben.

Ereignisse wie 9/11 oder die Silvesternacht in Köln haben das Bild „der“ Muslim\*innen in Deutschland nachhaltig verändert. Buchveröffentlichungen und eine hohe Zahl von Geflüchteten aus muslimisch geprägten Ländern haben die gesellschaftlichen Kontroversen über „die“ Muslim\*innen weiter angeheizt. Ergebnis dieser gesellschaftlichen Entwicklungen ist ein verbreiteter Antimuslimischer Rassismus, der sich gegen Muslim\*innen ebenso richtet wie gegen Menschen, die einfach für Muslim\*innen gehalten werden. Und schon der Begriff ist umstritten und wird daher zu Beginn der Broschüre diskutiert, ebenso wie Abwehrstrategien gegen das Konzept.

Die Autor\*innen beschäftigen sich dann mit Antimuslimischem Rassismus in der Extremen Rechten oder dem Antisemitismus unter Muslim\*innen sowie der Zuschreibung

desselben an Muslim\*innen. In einem Kapitel mit aktuellen Kontroversen rund um den Islam werden Themen wie Männlichkeit, Homosexualität und Islam, Neutralitätsgesetze oder Salafismusprävention angesprochen. Thematisiert werden auch die Vielfalt und innere Heterogenität muslimischer Communities und ihrer Verbände sowie Lebenslagen und Lebensrealitäten junger Muslim\*innen in der superdiversen Migrationsgesellschaft Deutschland.

In einem Kapitel zur Muslimischen Jugendarbeit in Deutschland werden nach einem Überblick verschiedene Verbände und Organisationen vorgestellt. Es folgen Interviews mit der Islamwissenschaftlerin und Lehrerin Lamyia Kaddor, mit Taner Beklen vom Muslimischen Jugendwerk und der êzidischen Aktivistin Gian Aldonani. Schließlich finden sich Materialien und Links zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Thema Antimuslimischer Rassismus.

Quelle und Bestellung: [www.idaev.de](http://www.idaev.de)

Download: [www.idaev.de/publikationen/reader](http://www.idaev.de/publikationen/reader)

## Haltung zeigen! — jetzt erst recht. Bildungsmaterialien für Demokratie, Anerkennung und Vielfalt

Die Broschüre, im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung (IDA) e. V. herausgegeben von Mathis Harbord-Blome, Ina Klären und Sigrid Wollgarten, gibt einen Überblick über das vielfältige Repertoire an Methoden, Konzepten und Informationen zu den ganz unterschiedlichen Themenfeldern der Vielfalt-Mediathek und damit des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der ersten Förderperiode. Sie bietet anhand von Beispielen einen Einstieg in unterschiedliche Themen, stellt Projekte vor und gibt mit Methoden und Materialien Anregung für die praktische Arbeit.

In der Broschüre werden folgende Themen und zugehörige ausgewählte Projekte vorgestellt: Methoden gegen Rassismus und für Empowerment, präventive und interve-

nierende Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Argumentationshilfen gegen rechtspopulistische Vereinfachungen, Grundlagen für eine diskriminierungsfreie Pädagogik in der Vor- und Grundschule, Konzepte gegen primären und sekundären Antisemitismus, Unterstützungsangebote für Multiplikator\*innen in der Arbeit mit Geflüchteten, Informationen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, Ideen, um präventiv gegen religiösen Fundamentalismus zu wirken, und Konzepte zur Prävention und Maßnahmen gegen Hate Speech.

Quelle und Download: [www.vielfalt-mediathek.de/data/vielfalt\\_mediathek\\_haltung\\_zeigen\\_jetzt\\_erst\\_recht\\_vielfalt\\_mediathek.pdf](http://www.vielfalt-mediathek.de/data/vielfalt_mediathek_haltung_zeigen_jetzt_erst_recht_vielfalt_mediathek.pdf)



## BAMF-Forschung: Geflüchtete fühlen sich in Deutschland willkommen

Rund drei Viertel der befragten Geflüchteten fühlen sich nach eigenen Angaben in Deutschland willkommen. Das zeigt eine Studie des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten ist eine jährliche Erhebung, bei der bis zu 5.700 Geflüchtete wiederholt befragt werden.

Untersucht wurde, wie Geflüchtete ihre eigene Lebenssituation und ihre Deutschkenntnisse beurteilen, denn letztere sind eine zentrale Voraussetzung für die berufliche und soziale Integration: 44 % schätzen ihre Deutschkenntnisse als gut oder sehr gut ein. 85 % haben an einem Sprachkurs teilgenommen, insbesondere Personen mit mittlerem Bildungsniveau haben aufgeholt. Wichtige Faktoren für die Lebenszufriedenheit der Geflüchteten sind die familiäre und gesundheitliche Situation, der aufenthaltsrechtliche Status sowie die Erwerbs- und Wohnsituation und das Ausmaß der sozialen Kontakte zu Deutschen. Negativ beeinflusst wird die allgemeine Lebenszufriedenheit

von Sorgen um die persönliche wirtschaftliche Situation. Die Zufriedenheit mit der Erwerbs- und Einkommenssituation variiert erwartungsgemäß je nach individueller Erwerbstätigkeit.

Datengrundlage der gemeinsamen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ist eine Wiederholungsbefragung von Personen, die in den Jahren 2013 bis 2016 als Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind. Bislang wurden rund 8.000 Geflüchtete in den Jahren 2016, 2017 und 2018 befragt.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vom 18.02.2020

Weitere Informationen: [www.bamf.de/SharedDocs/ProjekteReportagen/DE/Forschung/Integration/iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.html?nn=282600](http://www.bamf.de/SharedDocs/ProjekteReportagen/DE/Forschung/Integration/iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.html?nn=282600)

## Handreichung: Bildung für nachhaltige Entwicklung mit außerschulischen Partnern

Akteur\*innen der schulischen Praxis erfahren in der neuen Handreichung von Engagement Global, wie sich Angebote außerschulischer Bildungspartner in den Schulalltag integrieren lassen. Die Handreichung, verfasst von Autorin Dr. Marie Bludau (BNE-Fachreferentin des Landes Niedersachsen), basiert auf der Studie „Globale Entwicklung als Lernbereich an Schulen? Kooperationen zwischen Schulen und Nichtregierungsorganisationen“.

Die Einbindung des gesellschaftlichen Umfelds und insbesondere außerschulischer Partner\*innen in den Schulalltag ist eine gute Möglichkeit, Schulen zu öffnen für zukunftsfähiges Lernen. Dies kann durch die Etablierung von besonderen Zeiträumen, beispielsweise eine spezielle Lernzeit pro Woche, in die Schulstruktur geschehen. Solche Zeiträume können Initiativen von Lernenden wie etwa in der Folge der Fridays for Future-Bewegung dabei unterstützen, sich anhand des eigenen Lebensweltbezugs und dennoch im schulischen Rahmen zu entwickeln.

Eine weitere Möglichkeit, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker zu verankern, eröffnet das gro-

ße Spektrum von Angeboten seitens außerschulischer Bildungspartner\*innen. Diesem Thema widmet sich die neue Veröffentlichung zum Orientierungsrahmen.

Die Handreichung ist eine praxisnahe Zusammenstellung der Ergebnisse der Studie „Globale Entwicklung als Lernbereich an Schulen? Kooperationen zwischen Schulen und Nichtregierungsorganisationen“ und richtet sich insbesondere an Akteur\*innen der schulischen Praxis. Unter dem Titel „Gemeinsam für Zukunftsfähigkeit“ stellt sie unterschiedlichen Möglichkeiten und Formen einer Kooperation dar. Sie beschreibt, welche Bedingungen es braucht, damit Kooperationen gelingen und welche Stolpersteine ein Gelingen behindern können. Sie nimmt dabei sowohl strukturelle als auch individuelle Bedingungen in den Blick und zeigt Gestaltungsspielräume für die Akteur\*innen auf.

Quelle: Engagement Global gGmbH vom 18.03.2020

Download: <https://ges.engagement-global.de>

# Ausschreibungen und Wettbewerbe

## Bundesstiftung Aufarbeitung: Anträge für 2021 im Förderschwerpunkt „Revolution und Transformation“

2019/2020 werden 30 Jahre seit der Friedlichen Revolution und der Wiedererlangung der deutschen Einheit vergangen sein. Im aktuellen Förderschwerpunkt „Revolution und Transformation“ können noch bis Ende August Anträge für das kommende Jahr bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingereicht werden. Insbesondere richtet sich die Ausschreibung an Projektvorhaben mit folgenden Themenschwerpunkten: die Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen in ihren unterschiedlichen Facetten in Deutschland und Ostmitteleuropa; die Auseinandersetzung mit den Friedlichen Revolutionen als Ausgangspunkte des demokratischen Aufbruchs in der DDR und in Ostmitteleuropa sowie der Entwicklung in den letzten 30 Jahren; die Debatte über mittlerweile drei Jahr-

zehnte deutsche Einheit und die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Transformationsprozesses, mit seinen Erfolgen wie auch mit seinen Schwierigkeiten.

Förderanträge für Projekte mit einer beantragten Fördersumme von 50.000 EUR und mehr sind bis zum 30. Juni des Vorjahres zu stellen. Die übrigen Anträge müssen der Bundesstiftung Aufarbeitung bis zum 31. August des Vorjahres vorliegen, um in der Entscheidungsrunde des Vorstandes der Bundesstiftung berücksichtigt werden zu können.

Quelle und weitere Informationen: [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/foerderung](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/foerderung)

## Deutsch-Französischer Bürgerfonds für eine lebendige Zivilgesellschaft

Der neu gegründete Deutsch-Französische Bürgerfonds ist im April 2020 an den Start gegangen. Der Fonds soll Austausch, Begegnung, Gemeinschaft, Solidarität und Engagement unterstützen sowie eine lebendige Zivilgesellschaft, eine aktive Demokratie und den europäischen Zusammenhalt stärken.

Der Bürgerfonds richtet sich an Vereine und Bürgerinitiativen, Städtepartnerschaften und Stiftungen oder Akteure aus Sozialwirtschaft, Bildung und Wissenschaft im Dienste eines lebendigen Europas. Geförderte Projekte sollen den Austausch zwischen Bürger\*innen aus Deutschland und Frankreich wirksam und innovativ anregen, erneuern oder vertiefen. Sie stärken die Demokratie in Deutschland und Frankreich und fördern europäische Verständigung und Vielfalt. Schwerpunkte liegen auf Themen wie Umweltschutz, intergenerationellem Dialog, Gesundheit, Kultur, Menschenrechten, Sport oder der Digitalisierung. Die Förderung ist niedrigschwellig angelegt: Sprachkenntnisse sind nicht erforderlich, eine Online-Suchbörse für Partnerorganisationen soll Kontakte vermitteln. Ein Förderantrag

kann ab sofort online gestellt werden.

Um den besonderen Umständen Rechnung zu tragen, liegt der Fokus zunächst auf Online-Begegnungen. Wenn die Ausgangssperren aufgehoben werden und die Normalität zurückkehrt, soll der Bürgerfonds Menschen auch wieder physisch zusammenbringen.

Der Fonds ist eine Initiative des Vertrags von Aachen. Das Budget des Bürgerfonds von 2,4 Millionen Euro wird finanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), vom französischen Bildungs- und Jugendministerium sowie vom französischen Europa- und Außenministerium. Die Umsetzung der dreijährigen Pilotphase übernimmt das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW). Verläuft die dreijährige Pilotphase erfolgreich, wird der Bürgerfonds ab 2023 weitergeführt und aus dem DFJW ausgekoppelt.

Quelle und weitere Informationen: [www.buergerfonds.eu/aktuelles/start-deutsch-franzoesischer-buergerfonds](http://www.buergerfonds.eu/aktuelles/start-deutsch-franzoesischer-buergerfonds)

## Dieter Baacke Preis 2020 – auch für innovative Projekte der digitalen Jugendmedienarbeit

Auch in dieser besonderen, krisengeschüttelten – für manche Medienpädagog\*innen existenziell bedrohlichen – Zeit möchte die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) e. V. dazu ermutigen, Projekte aus dem Vorjahr oder diesem Jahr für den Dieter Baacke Preis einzureichen. Die bundesweite Auszeichnung für medienpädagogische Projekte wird in sechs Kategorien („Projekte von und mit Kindern“, „Projekte von und mit Jugendlichen“, „Interkulturelle und internationale Projekte“, „Intergenerative und integrative Medienprojekte“, „Projekte mit besonderem Netzwerkcharakter“ sowie „Sonderpreis 2020: Speak out & connect“) vergeben – auch für innovative experimentelle Wege der digitalen Jugendmedienarbeit. Sehr gern können innerhalb

aller Kategorien Bewerbungen für medienpädagogische Projekte eingereicht werden, welche die aktuelle, besondere Situation bereits reflektieren und kreativ aufgreifen. Im Sonderpreis „Speak out & connect“ stehen solche Projekte besonders im Fokus, die innovative experimentelle Wege der pädagogisch begleiteten digitalen Kinder- und Jugendmedienarbeit beschreiten, indem sie Teilhabe und kreatives Wirken digital ermöglichen. Bewerbungen sind noch bis zum 31. Juli möglich. Der Preis ist mit insgesamt 12.000 Euro dotiert.

Quelle und weitere Informationen: [www.dieter-baacke-preis.de](http://www.dieter-baacke-preis.de)

## Mit Bits und Bäumen in die Zukunft: Ausschreibung für den Deutschen Multimediapreis

Zum 22. Mal zeichnet der Deutsche Multimediapreis digitale, interaktive und netzbasierte Projekte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre aus. Die Teilnahme ist weder auf ein bestimmtes Format, noch auf ein Thema beschränkt. Websites, Blogs oder Video-Channels können ebenso eingereicht werden wie Apps, Games und Podcasts. Auch Coding- und Maker-Projekte, interaktive Installationen oder medienkünstlerische Performances sind zum Wettbewerb zugelassen. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese in der Freizeit, Kita, Schule, Hochschule oder in einer medienpädagogischen Einrichtung entstanden sind.

Ergänzend zum offenen Wettbewerb gibt es wieder ein Jahresthema – diesmal mit dem Motto „Bits & Bäu-

me“. Damit sollen Fragen zu nachhaltiger Mediennutzung in den Fokus gerückt werden. Für die Ausschreibung des Jahresthemas kooperiert der Deutsche Multimediapreis mit der gleichnamigen Bewegung für Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

Die Ausschreibung zum Deutschen Multimediapreis mb21 läuft bis 10. August 2020. Bewertet werden die Beiträge in vier Alterskategorien und mehreren thematischen Sonderpreisen. Die Gewinner\*innen dürfen sich auf Geldpreise im Gesamtwert von 11.000 Euro sowie eine Einladung zum Medienfestival nach Dresden freuen.

Quelle und weitere Informationen: [www.deutscher-multimediapreis.de](http://www.deutscher-multimediapreis.de)

---

## Jugendwettbewerb „denkt@g“ gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar hat die Konrad-Adenauer-Stiftung zum 11. Mal den Jugendwettbewerb „DenkT@g“ ausgeschrieben. Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren sind dazu aufgerufen, sich mit dem Holocaust, der NS-Diktatur und/oder heutigen Formen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus auseinanderzusetzen.

Die Teilnehmer\*innen sollen Beiträge in Form von innovativ gestalteten Webseiten einreichen. Neben der Er-

innerung an die Millionen Opfer des Holocaust soll das Nachdenken über die daraus entstehende Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft stehen. Die Gewinner werden im Rahmen einer großen Preisverleihung im Januar 2021 in Berlin ausgezeichnet. Bewerbungsschluss ist der 31. Oktober 2020.

Quelle und weitere Informationen: [www.denktag.de](http://www.denktag.de)

---

## SDG Action Awards der Vereinten Nationen

Die SDG Action Awards der Vereinten Nationen würdigen Aktionen, die kreative Wege zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele aufzeigen. Initiativen können sich in einer der folgenden Kategorien bewerben: 1) Mobilize – Projekte und Aktionen, bei denen Koalitionen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gebildet werden, um gemeinsam die Nachhaltigkeitsziele zu verfolgen; 2) Inspire – Projekte und Aktionen, die Werte wie Hoffnung und Solidarität fördern, um das Verhalten der Menschen und die Politik in der Gesellschaft nachhaltig im Sinne der Ziele zu verändern; 3) Connect – Projekte und Aktionen, die den Dialog und das Vertrauen zwischen Menschen und Institutionen aller Ebenen stärken, um die Nachhaltigkeitsziele voranzubringen.

Angesichts der aktuellen globalen Gesundheitskrise ist es wichtiger denn je, Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen, Zugang zu Gesundheitsversorgung und hochwertigen Lebensmitteln zu gewähren, sicherzustellen, dass alle Kinder Zugang zu Bildung haben, und die am stärksten gefährdeten Personen zu schützen. Deshalb wird in diesem Jahr ein zusätzlicher Preis verliehen: Mit dem „Solidarity Award“ können Initiativen und Aktionen vorgeschlagen werden, die unsere Gesellschaften in der andauernden Krise widerstandsfähiger machen und die andere inspirieren. Einsendeschluss für Initiativvorschläge ist am 19. Juli 2020.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.sdgactionawards.org>

# Veranstaltungen

**2. September 2020**

Berlin

## Auftaktveranstaltung des Projekts „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.

[www.adb.de/auftakttagung-demokratie-profis](http://www.adb.de/auftakttagung-demokratie-profis)

**11. bis 20. September 2020**

Bundesweit

## 16. Woche des bürgerschaftlichen Engagements „Engagement und Klimaschutz“

Veranstalter: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Kooperation mit der Stiftung Mercator

[www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de)

**20. bis 26. September 2020**

Bundesweit

## Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit

Veranstalter: Rat für Nachhaltige Entwicklung

[www.tatenfuermorgen.de](http://www.tatenfuermorgen.de)

**15. bis 17. Oktober 2020**

Europaweit

## ErasmusDays

Veranstalter: Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung und weitere Nationale Agenturen

[www.na-bibb.de](http://www.na-bibb.de)

**5. bis 8. November 2020**

Berlin

## NECE Konferenz „Climate Change and Democracy: Citizenship Education for a Sustainable Europe“

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

[www.nece-conference.eu](http://www.nece-conference.eu)

**28. und 29. Januar 2021**

Berlin

## AGJ-Fachtagung zum 16. Kinder- und Jugendbericht

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

[www.agj.de](http://www.agj.de)

**18. bis 20. Mai 2021**

Essen

## Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag „Wir machen Zukunft – Jetzt!“

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

[www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfetag.html](http://www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfetag.html)

# Zeitschriftenschau

**Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 8–10/2020** Schwerpunkt: Hongkong

**Heft 11/2020** Schwerpunkt: Natur- und Artenschutz

**Heft 12–13/2020** Schwerpunkt: Freie Rede

**Heft 14–15/2020** Schwerpunkt: Politische Bildung

**Heft 16–17/2020** Schwerpunkt: Militär

**Heft 18–19/2020** Schwerpunkt: Äthiopien

**Heft 20/2020** Schwerpunkt: Menschenrechte

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

**Blätter für deutsche und internationale Politik,**

**Heft 3/2020** Schwerpunkte z. B.: USA 2020: Wer schlägt Trump?; Erinnerung, Identität, Emotionen: Die Nation neu denken

**Heft 4/2020** Schwerpunkte z. B.: Der Corona-Schock: Die Entzauberung der Globalisierung; Die Ideologie der Ungleichheit

**Heft 5/2020** Schwerpunkte z. B.: Die globale Seuche; Corona und die neue Weltordnung; China vs. USA; Demokratie in der Bewährung

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

**Debatte. Beiträge zur Erwachsenenbildung. Budrich**

**Journals, Heft 2/2019** Schwerpunkt: Auf Abwegen – Zur Kritik des Mobilitätsimperativs

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; <https://budrich-journals.de>

**deutsche jugend, Heft 3/2020** Schwerpunkt: Umweltpädagogik

**Heft 4/2020** Schwerpunkt: Professionalität in der Jugendarbeit

**Heft 5/2020** Schwerpunkt: Mit Jugendarbeit die Demokratie vor Ort stärken

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

**Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, Heft 560/2020** Schwerpunkt: Landwirte – Feeding the Future

**Heft 561/2019** Schwerpunkt: Afrika – Im Dialog mit dem Nachbarkontinent

Bezug: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin; [www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de)

**EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift**

**für Weiterbildung, Heft 1/2020** Schwerpunkt: Wie lernen Gesellschaften?

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; [www.alice.ch](http://www.alice.ch)

**FES-info**, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung,

**Heft 1/2020** Schwerpunkt: Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung; Für ein besseres Morgen: Jobverlust durch Klimaschutz?; Die digitale Revolution: Das Leben besser machen

Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin; [www.fes.de](http://www.fes.de)

**forum erwachsenenbildung**, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut,

**Heft 2/2020** Schwerpunkt: sharing cultures verändern Bildungslandschaften

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; [www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

**Forum Jugendhilfe**, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 1/2020** Schwerpunkt: Ganztags: Kind- und jugendgerechte Ganztagsbildung; Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung; Partizipation im Ganztags

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; [www.agj.de](http://www.agj.de)

**GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 1/2020** Schwerpunkt: z. B.: Rechtsextremismus in der Bundeswehr; Die Europäische Kommission als Regierung Europas?; Wahlentscheidungen in Zeiten von wachsender Ungewissheit

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; [www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)

**Hessische Blätter für Volksbildung**, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 1/2020** Schwerpunkt: Professionalität – Studiengänge der Erwachsenenbildung

Bezug: [www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung](http://www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung)

**Journal für politische Bildung**, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 1/2020** Schwerpunkt: Bezugswissenschaften

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

**Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)**, hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 2/2020** Schwerpunkt: „Jugendschutz bedeutet für mich ...“ Was junge Menschen bewegt.

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; [www.kjug-zeitschrift.de](http://www.kjug-zeitschrift.de)

**Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, Heft 39/2020** Schwerpunkt: Humanismus und Freiheitlichkeit

Bezug: [www.erwachsenenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenenbildung.at/magazin)

**merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, Heft 2/2020** Schwerpunkt: Beruf Medienpädagog\*in

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; [www.kopaed.de](http://www.kopaed.de)

**Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 3/2020** Schwerpunkt: Keine Alternative

**Heft 4/2020** Schwerpunkt: Führung und Verführung

**Heft 5/2020** Schwerpunkt: Krieg und Frieden

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

**POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Heft 1/2020** Schwerpunkt: Neue Rechte – eine Herausforderung für die Demokratie und die Politische Bildung

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

**POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 1/2020** Schwerpunkt: Emotionen

**Heft 2/2020** Schwerpunkt: Klimakrise

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

**weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 1/2020** Schwerpunkt: Nachhaltig klimafreundlich

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; [www.wbv.de](http://www.wbv.de)

**Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, Heft 2/2020** Schwerpunkt: Geschlechterverhältnisse (Sek. I); Ökologie und Ökonomie (Sek. II)

**Heft 3/2020** Schwerpunkt: Demokratie in der Gemeinde (Sek. I); Das Parteiensystem (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

# pd-digital

## Digitales Ressourcen-Paket des AdB

Kolleg\*innen aus der AdB-Geschäftsstelle haben eine Seite mit Ressourcen, Methoden und Tools im Netz für digitales Arbeiten und digitale Bildungsarbeit zusammengestellt, die als Hilfestellung in dieser Zeit und darüber hinaus dienen soll. Es finden sich darin auch Informationen zu Online-Veranstaltungen, Online-Spielen und vieles mehr.

Auf einer Corona-Krisenmanagement-Seite wurden für die Träger und Einrichtungen im AdB nützliche Informationen für das Krisenmanagement zusammengetragen. Um auf die vielfältigen Formate, Konzepte und Zugänge aufmerksam zu machen, wurden Praxisbeispiele aktueller digitaler Angebote zusammengestellt. Diese werden laufend ergänzt. In einem Veranstaltungskalender werden digitale Veranstaltungen beworben.

<http://www.adb.de/corona-krisenmanagement>

<https://www.adb.de/digitale-bildung-im-adb>

<http://www.adb.de/digitale-angebote>

## Neue Bildungsangebote der bpb in der Corona-Krise

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb hat ihr Bildungsangebot in der Corona-Krise verstärkt. Ziel ist es, denen, die zu Hause bleiben müssen, mehr Politik-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissen zu vermitteln. Wegen der Schließung von Schulen, Kitas und Einrichtungen des öffentlichen Lebens werden viele Inhalte als digitale Unterrichts-Formate angeboten. In der „Politikstunde“ wurde täglich ab 11 Uhr im Livestream ein anderes Thema aus Politik und Gesellschaft diskutiert. Alle 12 Beiträge können abgerufen werden. Zudem ist die bpb mit zwei Podcast-Reihen auf Spotify vertreten. Einen kritischen Blick auf Verschwörungstheorien rund um die Pandemie wirft der Podcast „Die ‚Wahrheit‘ in Zeiten von Corona“. Mehrere Corona-Themenseiten auf [bpb.de](http://bpb.de), [fluter.de](http://fluter.de) und [hanisau-land.de](http://hanisau-land.de) informieren über das Virus und seine Folgen. Die Themenseite „Unterricht ohne Schule“ bündelt Materialien und sammelt Anregungen rund um digitale Didaktik.

Politikstunde: [www.bpb.de/politikstunde](http://www.bpb.de/politikstunde)

Podcast-Reihe: [www.bpb.de/306942](http://www.bpb.de/306942)

Themenseite Corona: [www.bpb.de/306802](http://www.bpb.de/306802)

## Online-Übersetzungstool für Geflüchtete

Die Strategische Partnerschaft „Compass – Setting Migrants and Refugees in the Right Direction“ entwickelte ein auf die Zielgruppe ausgerichtetes benutzerfreundliches Online-Übersetzungstool, das eine effektive Kommunikation zwischen Geflüchteten, Freiwilligen und Behörden ermöglicht. Ergebnis ist eine Lern-App, die es den Nutzer\*innen ermöglicht, sich schnell die wichtigsten Kommunikationsmittel für bestimmte Themenbereiche zugänglich zu machen. So bietet das Tool Übersetzungen und Schlüsselwörter für die Bereiche Gesundheit, Frauenfragen, Recht und Verkehr. Behörden und Migrant\*innen können mithilfe des Tools Fragen zum gesetzlichen Status klären oder Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten wie Gesundheitsversorgung oder Weiterreisemöglichkeiten kommunizieren.

Quelle: [www.na-bibb.de/erasmus-erwachsenenbildung/strategische-partnerschaften/good-practice/compass-setting-migrants-and-refugees-in-the-right-direction](http://www.na-bibb.de/erasmus-erwachsenenbildung/strategische-partnerschaften/good-practice/compass-setting-migrants-and-refugees-in-the-right-direction)

<https://project-compass.eu>

## Dossier „Politische Bildung im Strafvollzug“

Transfer für Bildung e. V. hat ein neues Dossier veröffentlicht. Hier wurden Forschungs- und Praxisprojekte, Literaturhinweise, Hinweise auf Datenbankeinträge sowie Interviews und Tagungshinweise zum Thema politische Bildung im Strafvollzug zusammengestellt. Ziel des Dossiers ist es, damit Wissenschaft und Praxis politischer Bildung einen Einblick in dieses Feld zu geben. Da das Thema bisher wenig empirisch erforscht wurde, wurden unter den Veröffentlichungen auch Hinweise auf nicht-empirische Studien aufgenommen, die relevant sind. Bei klaren Bezügen zur politischen Bildung wird auch auf Arbeiten im Bereich der Prävention und/oder Deradikalisierung sowie beispielhaft auf Praxisbeispiele verwiesen. Die Akteure von Transfer für Bildung e. V. bitten darum, über weitere relevante Forschungsarbeiten oder Projekte zu informieren, damit sie mit in das Online-Angebot aufgenommen werden können.

<https://transfer-politische-bildung.de/dossiers/strafvollzug>



# Impressum

## Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

**2/2020**

### 51. Jahrgang

**Herausgeber:** Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Boris Brokmeier und Dr. Beate Rosenzweig

**Redaktion:** Dr. Friedrun Erben

**Redaktionsbeirat:** Ulrich Ballhausen, Ina Bielenberg, Boris Brokmeier, Dr. Paul Ciupke, Gertrud Gandenberger, Dr. Barbara Hopmann, Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder

**Redaktions- und Bezugsanschrift:**  
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
Telefon: 030 400401-11  
E-Mail: [redaktion@adb.de](mailto:redaktion@adb.de)  
<https://fachzeitschrift.adb.de>  
adb.de

**Gestaltung und Satz:** Berliner Süden, [berlinersueden.de](http://berlinersueden.de)

**Herstellung:** Ruksaldruck GmbH + Co. KG, [ruksaldruck.de](http://ruksaldruck.de)

**Bildnachweis:** Copyrightthinweise siehe Fotos

## Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

**Einzelheft:** 7 €

**1 bis 3 Abonnements:** jährlich 20 €

**ab 4 Abonnements:** jährlich 16 €

**Abonnements für Studenten, Praktikanten,**

**Referendare, Arbeitslose:** jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.



Arbeitskreis deutscher  
Bildungsstätten e.V.

adb.de